

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH

Nr. 307

8. November 1979

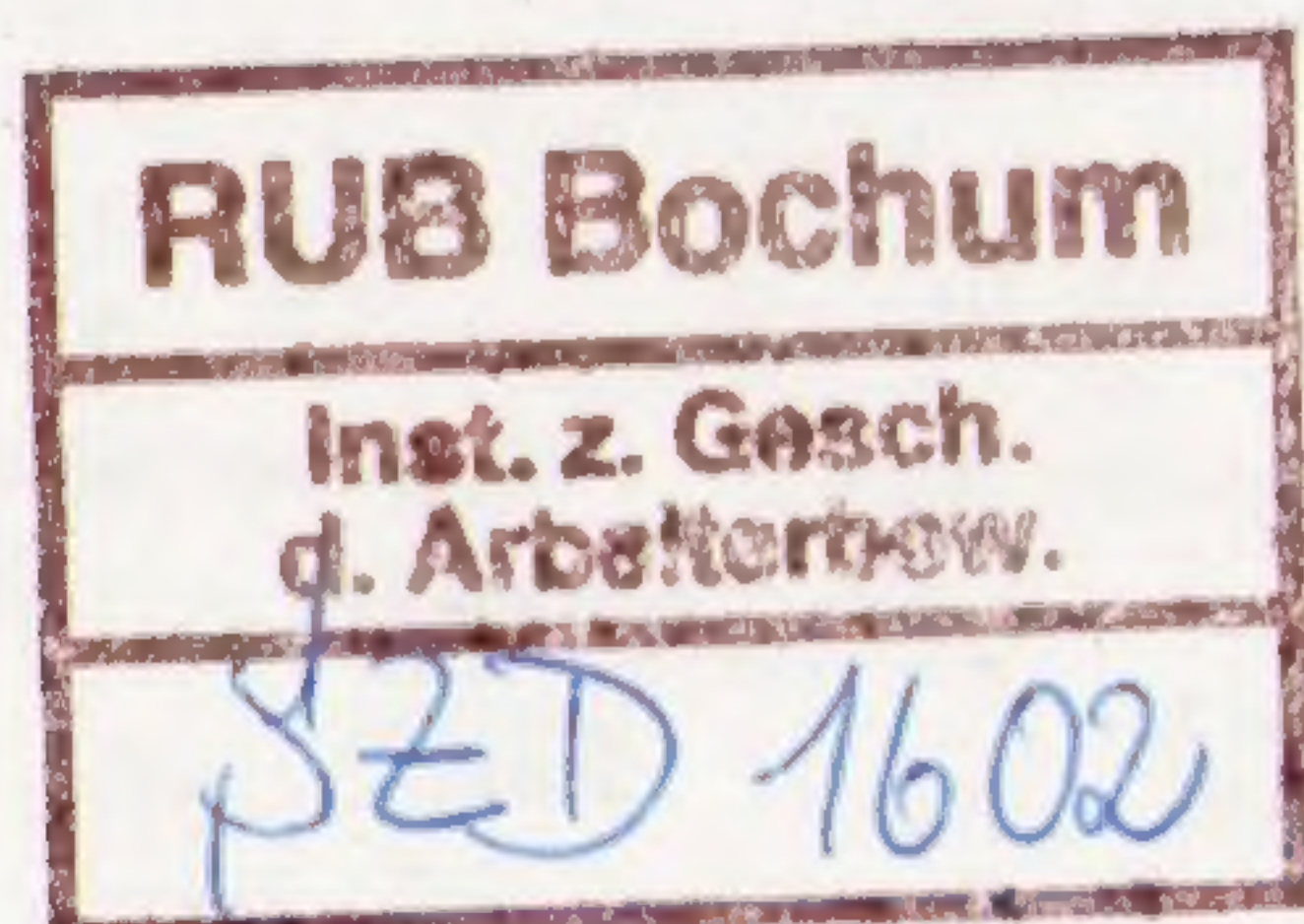
2,50 DM incl. 6% MwSt.

D 1870 CX



DIE DEM BÖSEN
GEWEIHTEN MÄNNER
BESITZEN WENIGSTENS
DIE TUGENDEN DES
MANNES. VON SELBST
ODER AUS EINEM
ZUFALL HERAUS, DER
STATT IHRER
ENTSCHIEDEN HAT;
TAUCHEN SIE MIT
HELLEM BEWUSSTSEIN
UND OHNE KLAGEN
UNTER IN JENES
GEMEINE ELEMENT.
MIT DEM MUTE DER
VERZWEIFLUNG
NEHMEN SIE ES AUF
SICH, EINE VERBOTENE
WELT ZU SCHAFFEN.
IHRE WELT, MEINER
DÜRSTENDEN SEELE
BIETET SIE ENDLICH
EIN ZIEL.

(Jean Genet)



UND HIER SIND WIEDER DIE TOLLDREISTEN LESERBRIEFE:

Verstopfdheit.

VIEL LESEN -- VIEL WUT!



ALLE TASSEN AUF'M MIST!!!!!!

Es waren fast dreißig (in Zahlen:30) Briefe, die zur "freundlichen ID-Broschüre" (ID-Nr.303: der mit dem geheimnisvoll schimmernden Gemächte vom: schönen William auf dem Titelblatt). Und wie da vom Leder gezogen wurd! Hier einige Auszüge:

absolut traurig	so krampf
entsetzt und wütend	jetzt langts
einfach nur blöd	fiese,zynische Art
mich hauts vom Hocker	süffisant,dämlich
so'n Scheiß	unkonkret
so nicht	was soll's?
ohne mich	entstellt
schlicht Schwachsinn	ist mir schleier-
sagt mir nix	haft, das letzte
bringt mir nix	unverschämt
von Tag zu Tag be-	absolut geistlos
schissener	mies
die überflüssigste Alternativzeitung der Bundesrepublik	nur Mist
mies	ist meine Identifizierung total im Eimer
ist meine Identifizierung total im Eimer	einigermaßen entsetzt
zum Kotzen	nichts verstanden
nicht mehr alle Tassen im Schrank	zu blöd
auf den Hund gekommen	Quatsch
Mist	Nein Danke!
Magazin-Mist	Scheiß
verdammst schade	verkommen
Pornoheft a la Pardon	entsetzt + ver-
DER Hammer	ärgert
ganz schön sauer	
werde mein Abo nicht verlängern!	
macht bitte möglichst bald wieder ein richtiges Schweineheft mit guten Schweinepornos	
ich hab den alten ID immer sehr geliebt	
so, hier habt ihr euren ID zurück!	
böse Grüße	

was man hat.

Persil - da weiß man.

natürliche Mittel haben ihre Vorteile.



Ich sags frei heraus: die Schimpfkanonade in den beiden zurückliegenden ID's hat mir gefallen UND sie hat mich geärgert. Über Ersteres will ich kein Wort weiter verlieren, über Letzteres ja.

Der ID ist nicht zuletzt deshalb ein Wochenblatt, damit/weil zum Lesen einer Nummer sieben Tage Zeit sind. Wenn die große Mehrheit der Briefschreiber und -schreiberinnen dennoch reagiert, als sei das Konzept der Betroffenenberichte hinfert in der Versenkung verschwunden, dann haben sie die besagte ID-Nummer nicht gelesen. Sondern nur das Titelblatt unter die Augen gekriegt und das Heft anschließend mit spitzen Fingern und geschwellenem Kamm durchgeblättert. Anders kann ich mir die Blindheit gegenüber den Betroffenenberichten in dieser Nummer nicht erklären.

Angst, ihre Abwehr und auch Enttäuschung stecken neben Zorn in der Litanei vom erbosten Konzert der Eierschmeißer: "Ich habe den ID immer geliebt — meine Identifizierung ist total im Eimer". Weil plötzlich das vertraute Blättchen einige Kratzer hat. Aber für EINE Reaktion habe ich nur noch EIN Rezept. (Und zwar deshalb, weil diese Reaktion auf den betagten ID mir diesen Sommer schon einmal gegenüber dem Riesenküken TAZ begegnet ist). Das ist die Reaktion des Drohens mit Abbestellung, sozusagen mit Liebesentzug. Mein Rezept: lest Klopapier zum Frühstück! Da gibts keinen Grund zur Aufregung, da gibts keine Experimente, da gibts keine Fremdwörter oder freche Fotos! (Hast du 'ne Ahnung! — d.Comp.) Da ist alles weich und mit Blumen besetzt. (Nix gegen weiche Blumen).

Hannes

Lieber ID,

bis zu Eurer Nummer 301 ist ja alles gut gegangen, aber der folgende war eine Katastrophe und dessen Preis eine Unverschämtheit! Seither haben sich leichte Besserungstendenzen gezeigt, aber trotzdem: für DM 2.50 möchte ich kein Punk-Magazin mit angehängtem Nachrichtenteil haben. Und diese Funktion des ID - Verbreitung unterbliebener Nachrichten, wie's noch immer im Untertitel heißt - war und ist für mich immer noch die wichtigste. Natürlich steht das meiste auch in der TAZ, aber was die Dabeigewesenen und die berüchtigten "Betroffenen" zu jeweiligen Ereignissen meinen, steht halt immer noch vorwiegend im ID.

Vor allem hatte ich bis jetzt nie das Gefühl,

der ID sei in seiner Funktion als Nachrichtenagentur überflüssig. Ich mach bei einer Alternativzeitung mit und oft haben wir schon Sachen von Euch abgedruckt, oder verarbeitet, die wir sonst nirgends gefunden hätten. Nicht immer Sachen, die ihr selbst geschrieben hattet, oft auch Artikel aus anderen Alternativzeitungen, die wir sonst nie zu Gesicht bekommen hätten. Wenn ihr nun aus dem ID ein „Magazin“ (alternativer Spiegel? ? fui deibel) machen wollt, geht das wohl alles unter. Seit bald 4 Jahren les ich jetzt den ID - noch nie war er so überflüssig wie heute!

Was in den Leserbriefen bisher nur wenig angeschnitten wurde, ist euer finanzielles Problem. Da erdareistet sich doch jemand, im letzten ID (Nr. 304) von „massiven Eingriffen seitens des Druckladens“ zu schreiben. Dazu kann ich nur sagen: bei 30.000 DM Schulden ist der Druckladen selber schuld, daß er nicht schon früher massiv eingegriffen hat! Die Diskussion um die Ökonomie alternativer Projekte ist immer ein wenig peinlich, und die Mentalität des Sich-Durchwurstelns herrscht vor. Es ist doch traurig, wenn die Inhalts- und Konzeptdiskussion erst durch eine finanzielle Notlage amgeleiert wurde, der Anlaß dann aber schnell wieder unter den Tisch gekehrt wird.

Natürlich ist es ein Widerspruch, wenn ein Projekt wie der ID nach kapitalistischen Gesichtspunkten geführt werden muß, nur 1.) seh ich im Moment nicht, wie das anders gehen könnte, 2.) ist das kein Grund, den Widerspruch zu verdrängen und 3.) wenn ihr diese Seite vernachlässigt, geschieht's auf Kosten des Druckladens. Vielleicht steckt da heimlich eine Verachtung der Handarbeit dahinter? Ohne Druckladen gäbs den ID genausowenig wie ohne Artikelschreiber. "Immer noch scheinen die Schulden nicht das eigene Problem des ID zu sein, sondern unseres, das vom Druckladen". (Druckladen-Kollektiv im ID 302/303). Ja, leider.

Theoretisch müßten die Schulden bei einer Auflage von 4000 bereits nach 7 oder 8 Nummern abbezahlt sein, wo ihr doch um 1,- DM aufgeschlagen habt. Freilich: 2,50 DM für den ID ist eine ganze Menge... Na gut, genug kritisiert für heute. Kampf dem Schuldenberg!

Für einen besseren ID!

Eine Lanze für die Drucker!

Lang lebe... ich hör ja schon auf.

Gerhard

Liebe IDler,

Welche gesellschaftliche Bedeutung die Unterdrückung unserer Sexualität hat, das haben die meisten ID-Leser theoretisch längst kapiert. In den Bücherregalen vieler linker WGs, die ich kenne, verstauben meterbreite Abhandlungen über sexuelle Befreiung und in der Küche sitzen dann die Besitzer und verstauben in ihrem Zweier-Beziehungs-Mief. Ich kenne kaum Leute, die's geschafft haben, ihre Theorie auch nur ein Stückchen weit in die Praxis umzusetzen. Also: wem hilft die Erkenntnis, daß Knäste, Umweltzerstörung (einschließlich AKWs und Betonstädten), daß Altern und der Tod durch Sexualunterdrückung erst möglich wurden? Wenn es aber kaum Ansätze gibt, kaum Kommunen z.B., wo versucht wird, diese Erkenntnisse umzusetzen und konsequent gegen die staatlich angeordnete Einsamkeit zu leben, worüber berichtet ihr dann? Über die Unterdrückung der politisch fortschrittlichen, ohne diese im Zusammenhang mit der unterdrückten Sexualität zu sehen. Im ID gibt's nur Berichte über die mörderischen Folgen der unterdrückten Zärtlichkeit: über Knast, Repression, Nazis, Umweltzerstörung, Wohnungskampf. Das ist sicher wichtig, aber ohne Perspektive für mich. Ohne Auswege!

Traurig zu sehen, wie aus einer Riesendemonstration gegen AKWs und für Luft und Leben ein Trauerzug wird. Kaum offene Gesichter, kaum Menschen, die aus sich heraus leben, überall herrscht Angst, Einschüchterung, Verklemmtheit. Wo sind die Kinder? Wie schaffen es 120.000 Demonstranten, ihre elementarste Unterdrückung so hartnäckig zu verdrängen? Ich möchte auf der Kundgebung darüber reden, mir stinkt diese unpersönliche Selbstbeweihräucherung auf der Bonner Demo. Da wird von Gewaltlosigkeit geredet und wir werden mit Gewalt vom Mikro weggerissen, weil wir es wagten, über Sexualität von Kindern, Kindheit, Mädchen und Jungen etwas zu sagen! Große Angst und Einsamkeit herrscht auch hier, ich komme gar nicht dazu, werde nach einem Satz vom Mikrophon weggedrängt und von der Bühne geschoben!

Ihr lieben IDle(se)r, ich finde es wichtig, daß mehr über unsere Isolierung geschrieben wird, in Schulen, Elternhäusern und sonstwo, wo unsere Sexualität zerstört wird und wie wir uns dagegen wehren können, wo es Leute gibt, die sich für volle Gleichberechtigung von Kindern und Jugendlichen einsetzen, was wir tun können und welche Schwierigkeiten wir dabei haben (eben gerade haben uns 3 Typen die Ladentüre eingeschlagen, nebenbei)....

Christoph

Liebe IDler,

die letzten Nummern waren für mich ein Wechselbad. Die Nr. 304 hab' ich heute angelesen: Sie hat mir Hoffnung gemacht auf einen ID nach meinem Geschmack: Nachrichten an erster Stelle, dazu Satire + Ironie, ein oder zwei Betroffenenberichte.

Die Montage „Routinekontrolle“ (ID 303, S. 20) fand ich fehl am Platz. Vielleicht deshalb, weil ich erst im Lauf der Diskussion begriffen habe, was gemeint sein sollte (trotz fast regelmäßiger Verfolgung des Prozeßgeschehens in Stammheim,

Der „(Nur)-Unterbliebenen-Fraktion“ wünsch ich den Sieg, damit ich den ID (den ich gern lese) weiter abonniere. Eine Wendung zu einem (wie auch immer gearteten) Magazin werde ich nämlich nicht mitmachen.

Benutzt habe ich in der letzten Zeit:

1. Harrisburg Aufkleber vom Asta Frankfurt,
2. Larzac Postkarten,
3. Serie Aktionskreis für Auflösung des Schulstrafrechts,
4. Spendenaufruf Agit,
5. Dokumentation Stahlstreik,

also so 'ne Art überregionaler Auszug aus Lokalaktivitäten.

Gruß

Otto

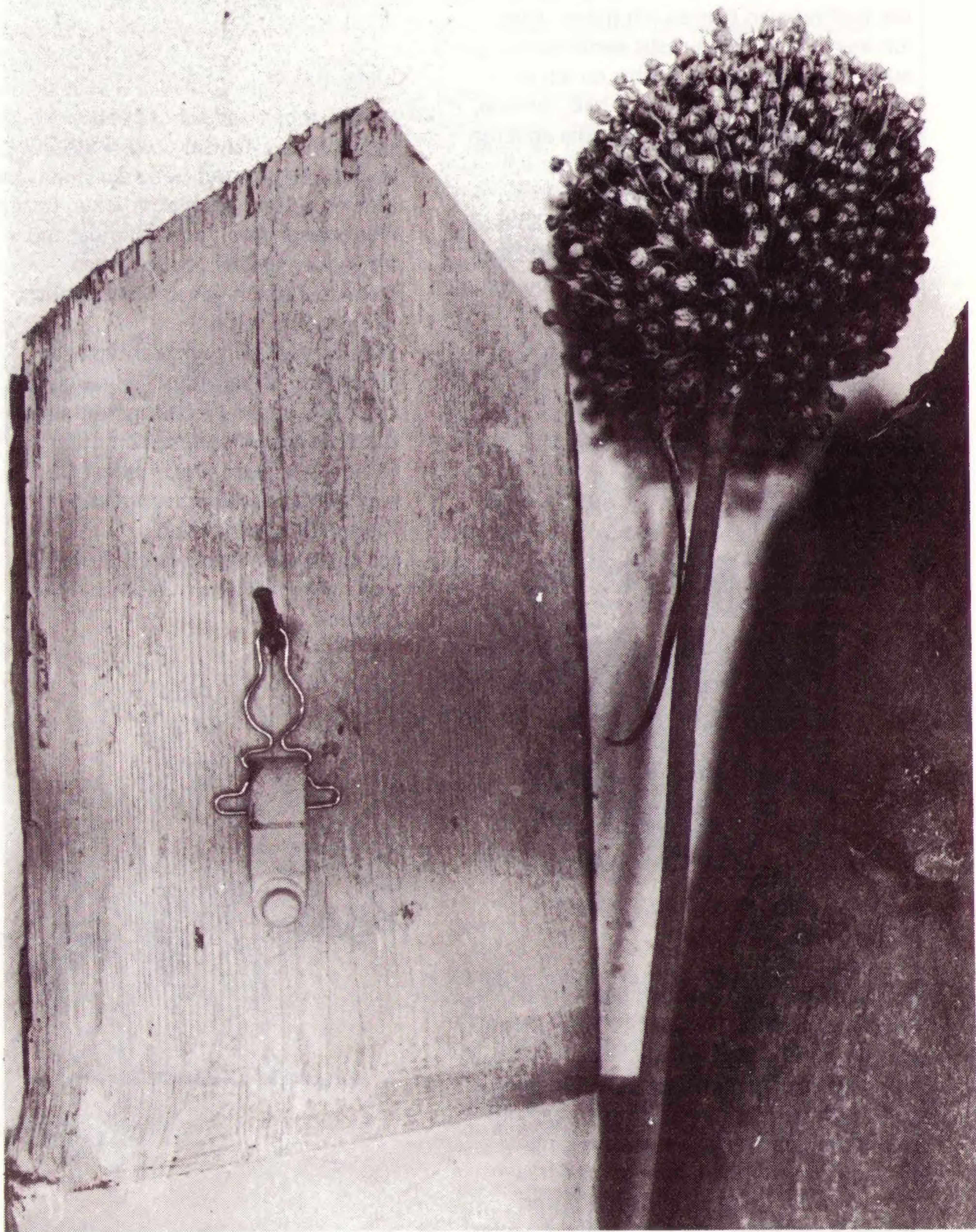
ONANA

Die Aufregung um die schon legendäre ID-Nr. 303 ist uns nur zu verständlich. Allerdings glauben wir, daß die meisten der Briefeschreiber mit der Wahrheit hinterm Berg halten. Deshalb wollen wir's frank und frei aussprechen: Besagter ID bzw. die öminösen Bilderchen waren deshalb Mist, weil sie von der Qualität und eindeutiger Aussagekraft als Wichsvorlagen absolut untauglich waren. Daher der ganze Leserfrust - und unserer auch. Aber anstatt daß Ihr nun in der nächsten Nummer den Standard hebt, verfallt ihr wieder ins alte Fahrwasser. 'ne linke Postille darf nicht an den realen Bedürfnissen der Scenerieleser vorbeischieben. Und unser reales Bedürfnis ist halt nicht die Prüderie - die stellen wir nur nach außen dar. Nein, wir wollen zwar keine linke „Praline“ oder wie die Dinger noch heißen, aber wir wollen auch für die ruhigeren Stunden des Tages gut versorgt werden. Mal ganz abgesehen davon, daß das Wichsen 'ne total nicht öf-

fentliche Sache ist und von daher haengenau ins Konzept unterbliebener Nachrichten paßt. Laßt Euch also fürderhin nicht vom moralinsauren Teil der Leserschaft ins Bockhorn jagen. Nur die Qualität der Bilder, mein Gott.....

Onania Masturbani und Gesinnungsgenossen aus der TAZ Frankfurt.

hallo TAZ-ler,
wir wollen uns eure gutgemeinten Vorschläge zu Herzen nehmen, wissen wir doch endlich, wie es um den Erfolg eurer Zeitung bestellt ist. Die hier abgebildete Vorlage wird, wie wir hoffen, auch euch, den wohl abgehärteten Masturbatoren noch einiges an Abwechslung bieten. Nächste Woche veröffentlichen wir dann schöne neue Fotos von Telekopierern und Lichtsatzgeräten. so long



Also der letzte ID war der Gipfel, unheimlich Scheiße. Auf Seite 9 wird mit einer nackten Frau für den ID-Bilderdienst geworben, auf Seite 20 total geschmacklose Gedanken von Politikern noch unterstützt und verherrlicht (erweitert und gefestigt) durch das Bild und den mindestens ebenso scheinheilig - verlogenen, dennoch sehr offenliegenden, vor Geilheit triefenden Kommentar in der Sprechblase. Und die Rechtfertigung? "Seid nicht etepetete". Kann wirklich NUR einem Typ einfallen, liebe Frauen, seid nicht so, laßt Euch doch auch mal von den Linken anfassen, es ist ja "nur" auf Papier und außerdem im Kopf alles klar: Unterdrückung usw., Theorie, Theorie (Wie war das? Befreit die linken Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen). Wie ich da total sauer den ID zuklappe, trifft mich auf der unteren Rückenhälfte noch ein Schlag: Zwei Männer im Bild, die auf eine Frau zugrabschen, abends, dunkel, Mauerecke. Meine spontane Reaktion ist Angst. Dazu brauch ich keinen ID, die hab ich auch so. Eigentlich bräuchte ich nen ID dagegen. Aber die Hoffnungen begrab ich lieber. Also ich werde mein Abo nicht verlängern, auch mein Paten-Abo nicht, da ich es extra für eine Frau gemacht hab. Schade, daß ich so stinksauer bin und die anderen Artikel nicht mehr lesen will. Aber ich weiß jetzt wieder, daß manche linken Männer NICHTS, aber auch NICHTS kapiert haben. Frustrierend, aber realistisch.



Ohne Grüße — Rajah
P a u s e

Ich hatte mich eigentlich gefreut, als ich den Vorschlag "Magazin" las. Dachte mir das ganz duftete, entwarf eine Geschichte über meine Trampferfahrten und dachte daran, so zusammenfassend etwas über einen guten (ehemaligen) Freund zu schreiben, über seine Situation kurz vor seinem Selbstmord und meine Reaktionen darauf. Vielleicht mit Auszügen aus unserem Briefwechsel. Ich

freute mich auch schon und dachte, vielleicht ist es möglich, mehrere Seiten oder gar den halben ID zu kriegen oder andere Leute, die ihn auch kannten, können was dazu schreiben. OK, ich hab die Trampgeschichte nicht abgeschickt, andere Gedichte usw von mir auch nicht. Und zu der großen Sache brauch ich noch etwas Abstand (Zeit). Aber jetzt kann ich nicht mehr, wie kann ich eine Sache, die mir so weh tat, so nahe ging, in diesem miesen vulgären wüsten Wicksblatt veröffentlichen, wie das Teile der letzten ID — Ausgabe waren? Ich bin sehr traurig. Rajah

P.S. Hauptsächlich an Richard: Ich bin etepetete. Und ich bin froh, daß ichs bin und wills auch bleiben, um mit Verena Stefan zu sagen: Ich will nie dieser männlichen Gefühls- und Geschmacklosigkeit gleich sein! Ich zahle lieber regulär 2 DM für einen gescheiterten ID, als hintenrum ohne meine Einwilligung nur für so'n Schund plötzlich 2,50 DM vom Abogeld abgezogen zu bekommen!!

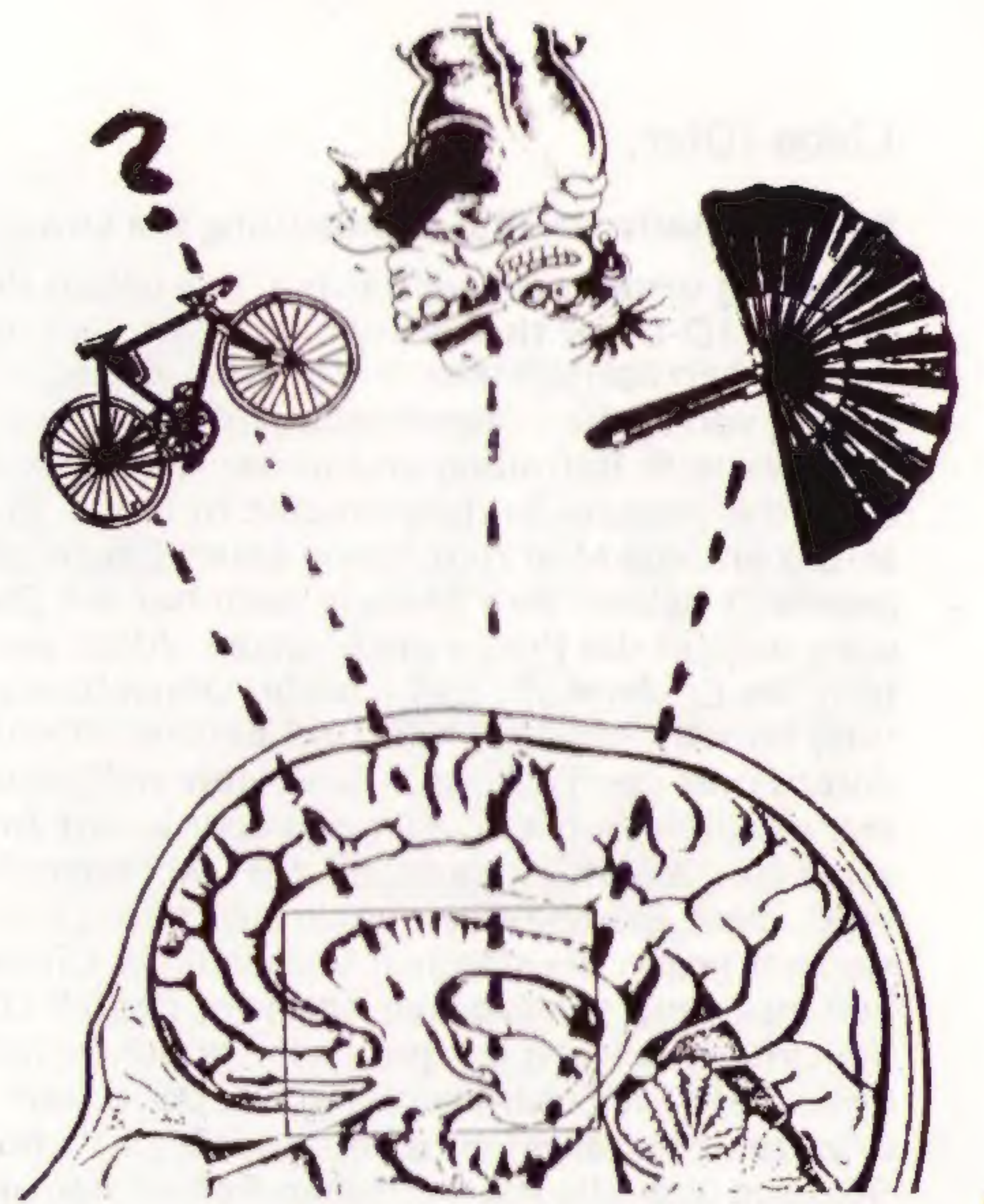
Liebe Rajah!

Kritik ist gut und schön, sollte aber sachlich sein. Ich fand die Seite 20 auch nicht gut und habe das in einem kleinen Zusatz auch abdrucken lassen. Aber dabei gleich von offenkundiger triefender Geilheit zu sprechen, find ich einfach genau so dümmlich, wie das Bild selber.

Voll blinder Wut verdächtigst du gleich den Bilderdienst, er würde mit nackten Frauen Werbung machen, dabei ist die Unterschrift nur ein Quellennachweis. Was findest Du eigentlich so schlimm an nackten Frauen und Männern? Ich bin weder Asket noch Puritaner und halte nichts von falscher linker Prüderie.



Bub, ID



Liebe IDler!

Ich komme aus Portugal und Spanien wieder voller Freude auf die IDs der letzten Wochen, und was sehe ich zu meinem Entsetzen als Erstes:

Die Nummer 302/303! Schreck mach weiter: die 303 ist ja wirklich weiter so! Jetzt stelle ich ein Ultimatum: Entweder ihr bemüht Euch, wie bisher, die in taz und allen anderen Medien zu kurz oder gar nicht kommenden Nachrichten und Berichte abzudrucken und so etwas wie ein transregionales Blatt zu sein, das die Gebiete in den Vordergrund rückt, die sonst am Rande zerdrückt werden (Provinz, Taxifahrer, Normalvollzug, Psychiatrie, Reiseberichte u.ä.), oder Ihr verarscht Euch selbst und mich als Euren Leser mit saudummer Satire — Folge: ein Abo weniger.

Wenn Ihr echt keine Lust mehr habt, sagt das offen und stellt das Blatt ein. Macht dann was ganz anderes. Aber nennt das nicht mehr "Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten" — überlegt doch mal wieder, wie wenige Berichte und Artikel gleichzeitig in Hamburg und München gelesen werden — und so gründlich wie wöchentlich den ID liest wohl keiner die taz. Der ID ist die einzige überregionale Leserzeitung. Dezentrale Leserschaft und zentrale Redaktion sind ein Widerspruch, der ungeheuer fruchtbar sein kann, wenn der ID seine Art als Kontaktblatt von Gruppen und Einzelnen, die sonst keine Chance zur Veröffentlichung ihrer Sachen in einem Blatt hätten, das über 10.000 Leser und Multiplikatorfunktion hat, beibehält! Also: Für die Fraktion "Unterblieben und Betroffen"!

Macht das Richtige — viel Spaß dabei — haltet Euch gerade — Faust hoch.

Tschüß

Roland

Lieber Richard,

eigentlich wollte ich Dir einen langen Brief schreiben und Dir meinen Ärger über den Niedergang des ID - den ich seit Jahren abonniert habe - mitteilen.

Die Titelbilder der letzten Zeit hätten schon allein Anlaß gegeben, zu protestieren (z.B. Nr. 302/303: dumm, Nr. 303: eine „Schweinerei“).

Ich habe lange Jahre irgendwie Verständnis dafür aufbringen können, daß Spontis (die ja nicht so sehr die Welt verändern, als sich durch das, was sie tun oder nichttun, irgendwie „einbringen“ wollen) sich auch in ihren Publikationsorganen adäquat verhalten. Ich kann aber kein Verständnis mehr aufbringen, wenn das alles auf Kosten konsequent-linker Positionen geht!

„Freiheit für Rudolf Hess — Demonstrationsfreiheit für die NPD“ - das waren ja wohl Forderungen, die am Vorabend des 16./17. Juni 79 im Hörsaal VI der Frankfurter Uni gestellt wurden! —

Ich glaube, der KB hat im „Arbeiterkampf“ schon den Nagel auf den Kopf getroffen, daß die Gefahr des Abdriftens der Sponti-Linken (und mancher „Grüner“) über einen a) vordergründigen Objektivismus hin zu einem b) vulgären Faschismus riesengroß ist.

Dein Beitrag im ID Nr. 304, S. 17: „Komm wir gehen Faschos verhaufen“ ist leider ein erschütterndes Beispiel dieser neuen Sponti-Mentalität. Du schreibst:

„.....Die antifaschistischen Kreise mögen ihren Antifaschismus, der keine Menschlichkeit deutlich zu machen vermag und einen Popanz zum Objekt hat, ohne mich betreiben. Und übrigens — möglichst auch ohne Polizei.“

Wenn für Dich der Neo-Faschismus (in allen seinen Spielarten!) ein „Popanz“ ist, so ist dies Dein Bier. Und die Bemerkung mit der „Polizei“ — als quasi „Freund und Helfer“ der Antifaschisten, hättest Du Dir ruhig sparen können!

(Nach der Urteilsverkündung im Prozeß gegen die Hauptakteure der Nazi-Veranstaltung in der Offenbacher Stadthalle forderte der zuständige Staatsanwalt übrigens für die Zukunft rigoroses Vorgehen gegen potentielle linke „Störer“ pp und verurteilte scharf das Verhalten der Polizei, die „auch gegen die Gegendemonstranten hätte einschreiten müssen“).

Jetzt habe ich vom ID endgültig die Schnauze voll. Bitte verständige die zuständigen Kollegen, daß ich mein Abo nicht verlängere. Wie immer gern zu Gesprächen mit Dir bereit:

Dein Hans-Peter

hallo ID-ler.

also ich wollte ja schon immer mal wenigstens verbal bekunden, dass ich euch mag und hoffe, dass der ID noch lange lebt. (die taz ist mir zu teuer, ich krieg sie auch nicht an einem tag durchgelesen, die stadt-zeitungen sind zu speziell - aber auch ne hausfrau auf dem land will nicht nur aus der bürgerlichen presse informiert werden) aber ich hab's gelassen weil ich immer wieder einen leserbrief fandsder so ungefähr meine meinung teilte.

also was das „porno-foto,, im 303 der auslöser. das foto trifft nämlich überhaupt keinen hero. wenn's satire wäre, hätte ich eine angezogene frau fotografiert, die von einem bullen betatscht wird. das was eigentlich beim gericht - und anderswo passiert - ist doch eine vergewaltigung und ihr macht da eine entzückte frau und einen einigermaßen zärtlichen mann draus. wen soll so ein bild denn betroffen machen. ich hoffe, ihr bringt öfter mal schöne fotos von männern und frauen (die fotos von homululu haben mir gut gefallen), aber hängt da nicht irgendein mäntelchen der rechtfertigung dran.

das ist meine meinung zu den fotos, ich hab nämlich den eindruck, dass die diskussion nur um „nackt“ oder „nicht-nackt“ geht und keiner fragt, ob die aussage des bildes überhaupt zum text und zur wirklichkeit passt.

also bleibt bitte bestehen, ich zahl auch gern mehr und bringt viele unterdrückte nachrichten.

solidarische grüße aus der provinz
mechthild

Liebe ID-Macher/innen!

Lange habe ich überlegt, ob ich mein abgelaufenes Abo verlängern soll. Auch wenn mir das Heft in den letzten Wochen immer weniger gefallen hat, hab ich noch mal verlängert. Nr. 303 mag ein Versuch gewesen sein - meiner Meinung nach ist er gescheitert. Laßt das Heft so wie es mal war und macht den ID bekannter! Laßt den Preis auf 2.50 DM!



Und noch was zu den Finanzen: einen farbigen ID kann ich mir sparen. Und ich bin auch der Meinung, daß Infos, wie sie im ID sind, mit einer sehr guten Schreibmaschine genauso gut gedruckt werden können wie mittels Fotosatz (der erheblich teurer ist) Nur einfach beim Arbeiten mehr Spaß macht.) Also spart ein bißchen und bleibt beim Alten. Die taz ist gut und wichtig - der ID aber auch. (Für die vielen kleinen Infos, die in der taz nicht stehen.) Ansonsten drücke ich Euch die Daumen.

Ralph

(P.S.: Der Druckladen sollte sich noch etwas gedulden können.)

(Von wegen Fotosatz! Du solltest mal unseren Composer sehen! Oh Schreck!)

Liebe Leute vom ID,

vor ein paar Tagen habe ich geschrieben, ich hätte wegen der Nr. 304 wieder Hoffnung für eine Zeitung, die mir gefällt. Aber da hatte ich die Seiten über die Geburt noch nicht gelesen.

Nicht, daß ich die Tendenz für falsch hielte; nicht, daß mich Druckfehler oder falsche Zeichensetzung störten (die strengen Rechtschreibregeln wurden nicht von ungefähr parallel zur Industrialisierung durchgesetzt. Fabrikarbeiter funktionieren besser, wenn sie zeitig gelernt haben, sich an die Regeln anderer zu halten). Ich fürchte, Ihr habt Euch mit der Reportage übernommen, was sich in falschen Informationen ausdrückt.

Und die verzeihe ich Euch nicht. Weil ich sonst in Zukunft bei ähnlichen Arbeiten von Euch - auf Gebieten, wo ich nicht so viel verstehe wie von der Technik in der Geburtshilfe - immer das ungute Gefühl hätte, angelogen zu werden.

Also, bleibt bei den „unterbliebenen Nachrichten“ (von mir aus kann der ID auch ein paar Seiten dünner sein, wenn ihr keine kriegt) und laßt die Finger von Sachen, die recherchiert werden müssen.

Gute Besserung

Otto

**Im nächsten Heft
lesen Sie bitte:
Was häufiges Sodbrennen
bedeuten kann**

VERSUCHEN WIR'S MAL SO:

Der Herr, der am Vormittag des letzten Freitages zuerst in der Karl-Marx-Buchhandlung vergebens nach dem neuen ID fragte und darauf in die Redaktion kam, wo er einen ID erhielt und dabei die einzig anwesende neue Setzerin im ID nach den finanziellen Schwierigkeiten des ID fragte und Unterstützung seinerseits andeutete, möge bitte so freundlich sein und nächsten Freitag (oder anderswann) uns wieder besuchen.

Sibille & Indulis



DAS ENDE VON JACQUES MESRINE

NEU! JETZT AUCH IN FRANKREICH: DER FINALE TODESSCHUSS!

Am Freitag Nachmittag letzte Woche wurde Jacques Mesrine in Paris von der Polizei erschossen. Soviel war den Tageszeitungen zu entnehmen.

Die Frau, die ihn begleitete, Sylvie Jean-Jacquot wurde schwer verletzt; sie lag über eine halbe Stunde blutend auf der Straße, ohne daß sich ein Arzt um sie gekümmert hätte. Der Hund, den sie auf ihrem Schoß hatte, war sofort tot. Ein Vorfall, der in Deutschland allenfalls den Tierschutzverein zu Protestnoten veranlaßt hätte.

In der BRD sind öffentliche Erschießungen nichts Neues, wenngleich sie auch öfter in Restaurants und Wohnungen stattfinden. Was für uns neu ist, ist die Tatsache, daß Mesrine kein Angehöriger der Guerilla, sondern ein sogenannter gewöhnlicher Verbrecher war. In der BRD muß man schon längst in einer Guerillaorganisation sein, um das Etikett Staatsfeind Nr.1 zu erhalten.

Das erklärt sich nicht nur aus dem den Deutschen eingeblauten Antikommunismus, sondern hängt stark mit der Person Mesrines zusammen. Nicht als Verbrecher war Mesrine für die französische Justiz eine Gefahr sondern als jemand, der ständig und unentwegt den Apparat verarschte. Jacques Mesrine, der aus einem Hochsicherheitstrakt floh — die Dinger wurden von Deutschland nach Frankreich exportiert —, machte es sich zur Aufgabe, die französische Justiz zu bekämpfen. Er schrieb Drohbriefe an Richter, verprügelte sie und gab Interviews aus dem Untergrund. Bei seinen Operationen ging es meist unblutig zu. Um mehr über die Hintergründe dieser öffentlichen Hinrichtung zu erfahren, drucken wir hier die ungekürzte Übersetzung eines Artikels von Serge July, der in der Wochenendausgabe der Liberation vom 3. und 4. November zu lesen war:

Im Jahre 1949, Roger Borniche, der "Bulle des Jahrhunderts" stellt in einer kleinen Kneipe Emile Buisson, den Staatsfeind Nummer 1 der Nachkriegszeit und läßt die Mehrzahl der Kriminellen erblassen. Während der Besatzungszeit ist er (Emile Buisson) Söldner der Nazis, einer der Stimmungsmacher der finsternen Carlingue (käuferlicher Kolaborateur), einer, der Juden ausnimmt, Folterer von Mitgliedern der Resistance und einer, der sich als hervorragender Henkersknecht hervortut. Nach dem Krieg macht er Karriere mit seiner Bande und seine Wege führen ihn oft genug über Leichen.

Mesrine dagegen ist eher ein Amateur; der seinen Ruf nur seinem Sinn fürs Spektakuläre, seinem Größenwahn und seiner Kleverness verdankt. Nach Meinung der Justiz hat Mesrine nur zweimal getötet: Forstbeamte in Kanada. Die anderen Morde, die Mesrine selbst für sich reklamiert, - ihre Opfer waren Zuhälter -, sind nie Punkte der Anklage gewesen. In Frankreich geht nur ein einziger Verletzter auf sein Konto: der Journalist Jacques Tillier, den er zusammenschlug unter Umständen, die uns bekannt sind (Tillier ist Journalist bei der rechtsradikalen Tageszeitung "Minute"). Während eines Raubüberfalls auf das Kasino von Deauville, ein weiterer Verletzter, aber Mesrine leugnet die Tat offiziell, obwohl er gerne prahlt. Von Emile Buisson konnte man zu seiner Zeit nicht von einem wahnsinnigen Mörsprechen, von Mesrine ist dies möglich.

DAS GESETZ ÄNDERT SICH

Roger Borniche hätte mir der außerordentlichen Gefährlichkeit des Emil

Buisson dessen Erschießung unter Maschinengewehrfeuer legitimieren können. Von Emile Buisson sagte man wie von Mesrine, daß er ständig bewaffnet war, und außerdem wie der Entführer des Millionärs Lelièvre Defensivgranaten bei sich trug.

Die Voraussetzungen also sind genau die gleichen. Trotzdem verhaftet Roger Borniche Emile Buisson auf die "sanfte Tour". Kein Zufall. Berechnung. Ganz einfach weil ihn das Gesetz dazu verpflichtet. Roger Borniche hätte das gleiche vorgeben können wie Maurice Bouvier, oberster Chef der Kriminalpolizei gestern im Laufe seiner Pressekonferenz: "Wir wußten, daß Mesrine bewaffnet war, im besonderen zwei Granaten bei sich hatte, und wir konnten das Risiko nicht auf uns nehmen, ihn auf die Menge oder auf uns schießen zu lassen. Das ist der Grund, warum wir als erste das Feuer eröffnet haben." Roger Borniche und seine Männer jedoch überraschten Emile Buisson, fesselten ihn und machen ihn unschädlich. Keine Kugeln. Kein Blut. So verlangt es das Gesetz. Das Gegenteil wäre damals als Mord verurteilt worden.

Andere Zeiten, andere Sitten, andere Polizeimethoden. Das Gesetz hat sich nicht geändert. Es ist in diesem Bereich unverändert geblieben. Polizisten dürfen von ihren Waffen nur dann Gebrauch machen, wenn sie sich in einer Notwehrsituation befinden.

DIE IDEOLOGIE DER POLIZEI

Die Polizeiführung, die nach mehrtägiger Observation bestimmt, Mesrine am Freitagnachmittag festzunehmen, entscheidet sich für die einfache und saubere Hinrichtung. Warum?

Seit Roger Borniche und Emile Buisson haben sich die Methoden und vor allem die Ideologie der Polizei geändert. Die Polizei hat sich spezialisiert auf diese Art von Festnahmen. Es wurden Spezialeinheiten zu diesem Zweck gebildet, und das "Instinktive Schiessen" ist in die Ausbildung eingeführt worden.

Ein neuer Polizist ist geboren, der seine Waffen zu gebrauchen weiß. Gegenüber Maigret hat sich das übertrainierte Kommando durchgesetzt. Ausdruck dieser Erscheinung sind Begriffe wie der Terror spezialist ("le policier cow-boy") und vor allen Dingen die versehentliche Überreaktion ("la bavure"), die sich in die Sprache einschleichen, bis sie nicht mehr wahrgenommen werden.

Zu Beginn der 70-er Jahre, Zeichen der Zeit, findet die Definition von bavure angewendet auf Polizeiaktionen, Eingang in den "petit-larousse-illustre" (deutsche Entsprechung: der Duden): "Folge einer repressiven Aktion, die in unvorhergesehener Weise (sic) unschuldige Opfer fordert."

Direkter noch erinnert das Wort an das Kind, das zu jung ist, um seine Gesten so zu koordinieren, daß es sich selbst nicht ernähren kann. Oder an den Lehrling, der noch nicht weiß, wie er mit seinem Werkzeug umgehen soll. Und natürlich hören die "Ausrutscher" auf, ungewöhnlich zu sein. Sie werden zur Fatalität einer Methode, die faktisch den Polizisten unter bestimmten Bedingungen, die sie selbst bestimmen, die Macht und das Recht zu töten gibt. Was vor einigen Jahren noch undenkbar war, kann uns heute jeden Tag blühen. Was hat sich verändert: Die Kriminalität? Numerisch weiß man heute mit Sicherheit, daß die Bluttaten sich eher verringern. Die Kriminalität hat ganz einfach ihre Form verändert. Auch sie hat sich bei dem, was man die Kleinkriminalität nennt, banalisiert. Aber nichts, was eine derartige Veränderung der Methoden rechtfertigen würde, die bestimmte Polizisten zu professionellen Killern umzuformen droht, die noch erfahrener sind, als die Gangster, die sie verhaften sollen.

DIE DIALEKTIK DER ANGST

Zwei Ereignisketten sollen die Generalisierung der Methoden rechtfertigen. Zunächst das Aufflammen des Terrorismus, das die 70er Jahre charakterisiert. Die Deutschen führen gegen die RAF in ihr politisches Arsenal die Putativnotwehr ein und die Italiener geben mit dem „Legge reale“ 1975 ihren Polizisten das Recht, zu schießen, falls die krimineller Aktivitäten verdächtige Person mutmaßlich von der Waffe Gebrauch machen soll. Dann verlassen die deutschen Polizisten ihr nationales Territorium und intervenieren in Mogadishu die Franzosen ihrerseits in Djibuti und die Israelis in Entebbe.

So verallgemeinert sich die eigens gegen den Terrorismus eingesetzte Methode auf der Ebene der Außenpolitik: Die französischen und belgischen Fallschirmjäger springen über Kolwezi ab, die französischen "paras" mischen in Bangui (Zentralafrika) mit. Die Methoden der Aufrechterhaltung der polizeilichen Ordnung haben sich auf planetarischem Niveau verallgemeinert. Hinfert praktizieren die

Staaten die Politik der Kommandoaktion, um in die Angelegenheiten anderer Staaten zu intervenieren.

Was sich hinter dem Schleier verbirgt: Jener Diskurs, der alle Kategorien politischer und ökonomischer Überlegungen durchtränkt: der der Sicherheit. Die Paranoia, die täglich durch Minister und sogar durch den Präsidenten der Republik eingetrichtert und ins Riesige verzerrt wird, erlaubt es, über die Schaffung einer lukrativen Industrie, der der Sicherheit hinaus eine Art von Konsens der Angst neu zu schaffen, indem die Vereinzelung der Franzosen ausgeweitet wird bezüglich der vielfältigen Ängste, denen jeder von uns anheim fällt, angesichts einer Gesellschaft, deren rasende Veränderung mir nicht entgeht..

In einer Gesellschaft, die sich an der Oberfläche sträubt, ebnet man mit der Dialektik der Angst wieder ein. Es ist falsch, vorzugeben, wie es der Präsident der Republik kürzlich getan hat, daß Frankreich durch das Fehlen eines Konsenses charakterisiert sei. Dieser Konsens existiert. Ich bin ihm begegnet. Es ist der Konsens der Muffe. Und die Muffe ist nur eins der Gesichter dieses doppelköpfigen Janus, dessen anderes Gesicht sich die Sicherheit nennt.

So gesehen hat sich die Polizei lediglich angepaßt, hat nichts anderes getan, als diesen neuen Konsens in praktisches Verhalten umzusetzen. Und es ist nur natürlich, daß die Polizisten, die beauftragt waren, Jacques Mesrine umzulegen, sich umarmen, sich gratulieren konnten.

Keiner ihrer Vorgesetzten wäre auf den Gedanken gekommen, sie an den gewöhnlichen Respekt vor Toten zu erinnern. Und unser anwesender Reporter hat Polizisten gehört, die sich zum Champagnerschlappen verabredet haben. Es ist also die gesamte Institution, die an diesem Geisteszustand teilgenommen hat, der über eine Hinrichtungsoperation in aller Ruhe hinweggeht. Alle Zeugen sind eindeutig, alle Photographien des Überfalls sprechen für sich, und schließlich lassen die benutzten Waffen, Maschinenpistolen keinen Zweifel daran: Dieser Hinterhalt hatte kein anderes Ziel als das, Jacques Mesrine zu zerstören, eine Mini-apokalypse zu entfesseln, die die Polizisten reinwäscht von allen Beleidigungen, die ihnen Jacques Mesrine zugefügt hat. Die Persönlichkeit Mesrines bedeutet wenig für das Auge des Gesetzes. Es ist frappierend in dieser Hinsicht, daß Maurice Bouvier, verantwortlich für diese Operation, nur indirekte Notwehr andeutet, als ob das etwas überflüssiges sei. Er deutet vielmehr noch an, daß Jacques Mesrine dabei war, selbst seine Tür zu öffnen.

Tatsächlich könnte das in keiner Weise die polizeiliche Schießerei rechtfertigen: Es sind sehr wohl die Polizisten selbst, die die unmögliche Situation geschaffen haben, in der sie Jacques Mesrine aufgelauert haben. Als Jäger hatten sie den Vorteil der Vorausschau, der Wahl der Situation: Jene, die sie gewählt haben, war dafür geeignet, zu töten, nicht dazu, friedlich zu neutralisieren. Die Polizisten haben sich in keinem Augenblick in einer Notwehrsituation befunden. Juristisch nennt man das Mord. Ob nun der Mann, der schießt, ein Polizist ist oder nicht. Wenn der Polizeioffizier Marchaudon einen am Boden liegenden Jugendlichen mit aufgesetzter Waffe erschießt, ist er in der Regel reif fürs Schwurgericht. Er wird davor übrigens in Kürze erscheinen. Es ist klar, daß die Mörder von Jacques Mesrine, sofern die Notwehr nicht bewiesen werden sollte, der Strenge des Gesetzes entgehen sollen. Natürlich werden sie ihm entgehen.

DIE SPITZEN DES JUSTIZAPPARATS SEIEN DAVOR

Last but not least. Nicht nur die Repräsentanten der Justiz haben nicht ein Wort dafür übrig gehabt, die Rechtmäßigkeit einer solchen Operation zu hinterfragen, sondern es hat sich sogar ein Generalstaatsanwalt am Gerichtshof von Paris gefunden, einer der ersten Anklagevertreter Frankreichs, Paul-Andre Sadon, um mit beiden Händen zu applaudieren. Man glaubt zu träumen. Das Gesetz hat die Eigentümlichkeit, wie ich zu sagen wage, daß es universelle Gültigkeit hat. Es duldet keine Ausnahme, und seine Anwendung muß umsomehr respektiert

werden, je mehr man in Grenzsituationen gerät. Die Verhaftung eines Mannes wie Mesrine war typisch eine solche, denn dieser Mann war wirklich zu allem bereit. Wie Emile Buisson.

Wohingegen der Mann, der damit beauftragt ist, dem Gesetz Respekt zu verschaffen, Paul-Andre Sadon so spricht: „... zolle Hochachtung Beglückwünschung für Leistung und Übersicht. Mutige Durchführung, Erledigung und Erfolg bei der Suche nach diesem besonders gefährlichen Kriminellen mit alleiniger Sorgetragung für Garantie und Sicherheit der Mitbürger und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. " "

Welcher Sache dient Paul-Andre Sadon? Und sein Vorgesetzter, der Justizminister Alain Peyrefitte? Der Minister sollte doch mit der Zeit langsam mit dem Gesetz etwas vertrauter werden. Wenn er meint, daß man der Polizei die Putativnotwehr zugestehen muß, dann soll er gefälligst dem Abgeordnetenhaus einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen. Und das Parlament müßte ganz normal darüber debattieren. Aber wer kümmert sich schon um das Parlament?

Der Tod von Mesrine wird zweifelsohne die Franzosen nicht in Aufruhr versetzen.

Da machen sie einen Fehler. Es ist nämlich ganz einfach so, daß es die zu Gesetzen geronnenen Freiheiten sind, die zu den Sterblichen gehören.

(Serge July, Liberation
übersetzt von Heipe und Andreas)



ZU DER FRAGE OB EINE SCHWERE SEELISCHE ABNORMITÄT VORLIEGT....

Im Juli endete der Prozeß gegen Günther Hanisch. Er wurde zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt. Seit 1960 saß er auf lebenslänglich. Seit dieser Zeit bemühte er sich um die Wiederaufnahme seines Verfahrens.

1976 nahm er im Gefängnis Butzbach eine Justizangestellte als Geisel, um über den Hessischen Rundfunk Öffentlichkeit für sich zu erzwingen. Anstaltsleiter Künkeler versuchte diese Öffentlichkeit zu verhindern. Bei dem Versuch Hanisch zu überrumpeln kam er ums Leben.

Lebenslänglich plus 11 Jahre. Für diesen Beschluß brauchten die Amtmänner einpaar Sachverständige der Psychiatrie, die klären sollten, ob Hanisch ein "abnormer Charakter" sei, dem man die "Steuerungsfähigkeit" absprechen müsse.

Wichtig für die Frage, ob das Gericht Günther Hanisch ins Gefängnis oder in die psychiatrische Anstalt sperren solle.

Einer dieser Gutachter tritt im folgenden auf. Die Mitschrift des Prozesses, die wir hier stark gekürzt abdrucken stammt aus dem "Nachrichtendienst für eine Gefangenbewegung" ND 12.

Als nächster Gutachter erscheint ein Psychater, ein Dr. der Neurologie, ehemaliger Direktor des Landeskrankenhauses Eickelborn, dreissig Jahre im Dienst, Erstatte, wie er sagt "unzähliger" Gutachten. Körperlich klein, dürr, eine Gestalt, der man sofort einen erheblichen Minderwertigkeitskomplex zutrauen würde; er wirkt verkrampft, was den Eindruck seiner dünnen, irgendwie zu kurz gekommenen Körperlichkeit noch erhöht. Er gibt sich gelassen, dreht die ganze Zeit Däumchen, legt ein Bein aufs andere. Ein merkwürdiger Mensch, und das Merkwürdigste an ihm ist, daß er als Gutachter für die Abnormalität eines anderen Menschen aufzutreten beabsichtigt. Sein Auftritt wird dann auch für ihn ein Unglück. Name: Schneller.

Schneller: "Ich habe mit Hanisch nur einmal gesprochen. Er hat meine Untersuchung abgelehnt und daher habe ich aus Gesprächen mit ihm keine Erkenntnisse gewinnen können. ... Er hat mir bei unserem ersten und letzten Gespräch gesagt, daß er nicht 'psychatrisiert' werden will. Ein Psychater war für ihn kein Gesprächspartner. Er hat mir allerdings auch versichert, daß sich diese Ablehnung nicht gegen mich persönlich richte, sondern allein gegen den Versuch ihn zu 'psychatrisieren'."

Hier muß ich etwas bemerken über die schwierige Situation, des Gutachters in so einem Fall, wenn sich der Proband weigert, untersucht zu werden, was ja nicht allzu selten der Fall ist. Oder ein Proband läßt sich zwar untersuchen, sagt aber nicht die Wahrheit. Der Gutachter kommt in solch einem Fall in eine äußerst schwierige Lage und kann unter Umständen zu keinen schlüssigen Ergebnissen kommen.

... Hanisch hat in allen Anstalten, in denen er gewesen ist, erhebliche Schwierigkeiten bereitet, und war fast nicht mehr tragbar. Ich habe jedoch als Ursache dieser Aufsässigkeit und Widerständigkeit keinerlei Anzeichen einer Geisteskrankheit bei dem Angeklagten feststellen können. Er war mir gegenüber immer sehr höflich, in der letzten Zeit hat er mich allerdings aus dem Zimmer geworfen, weil er mit mir absolut nicht sprechen wollte. Ich konnte deshalb auch nicht seine Intelligenz er testen. Ich kann aber mit Sicherheit sagen, daß er bestimmt nicht minderbegabt ist. Er kann logisch denken er ist auch nicht kritikgeschwächt.

... Zu der Frage, ob bei ihm eine schwere seelische Abartigkeit gegeben ist: Für mich ist sicher, daß er konstant durch ein bestimmtes auffälliges Verhalten von anderen Zuwendung erreichen wollte.

... eine gewisse mißtraurische Komponente in seinem Verhalten ergibt sich schon aus der Tatsache, daß er mich abgelehnt hat. ... Ich bemerke dabei keinerlei krankhafte Störung, keine Bewußtseinsstörung. Wohl aber eine seelische Abartigkeit, aber keine schwere seelische Abartigkeit. Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

Verteidiger: "Herr Schneller, Sie sprechen von Abartigkeit. Was verstehen Sie denn unter Abartigkeit?"

Schneller: "Abartigkeit ist ein alter Begriff der Psychiatrie. Er bedeutet die Normwidrigkeit eines Verhaltens, die natürlich eine bestimmte Ursache in dem Menschen selber hat. Es gibt eben Menschen, die kaum oder gar nicht gegen die Norm verstossen, während es Menschen gibt, die verstossen dauernd und ganz erheblich dagegen, so daß man sie deshalb als abartig bezeichnet."

V.: "Eine andere Frage: Wie sind Sie dazu gekommen, Ihr Gutachten zu machen?"

S.: "Ich bin vom Gericht hier beauftragt worden."

V.: "Haben Sie sich dann hingesetzt und haben gleich angefangen Ihr Gutachten zu schreiben, oder haben Sie erst irgendwelche Untersuchungen vorgenommen?"

S.: "Ich habe Untersuchungen gemacht. Das heißt, ich wollte sie machen, aber Hanisch hat ja die Untersuchung verweigert."

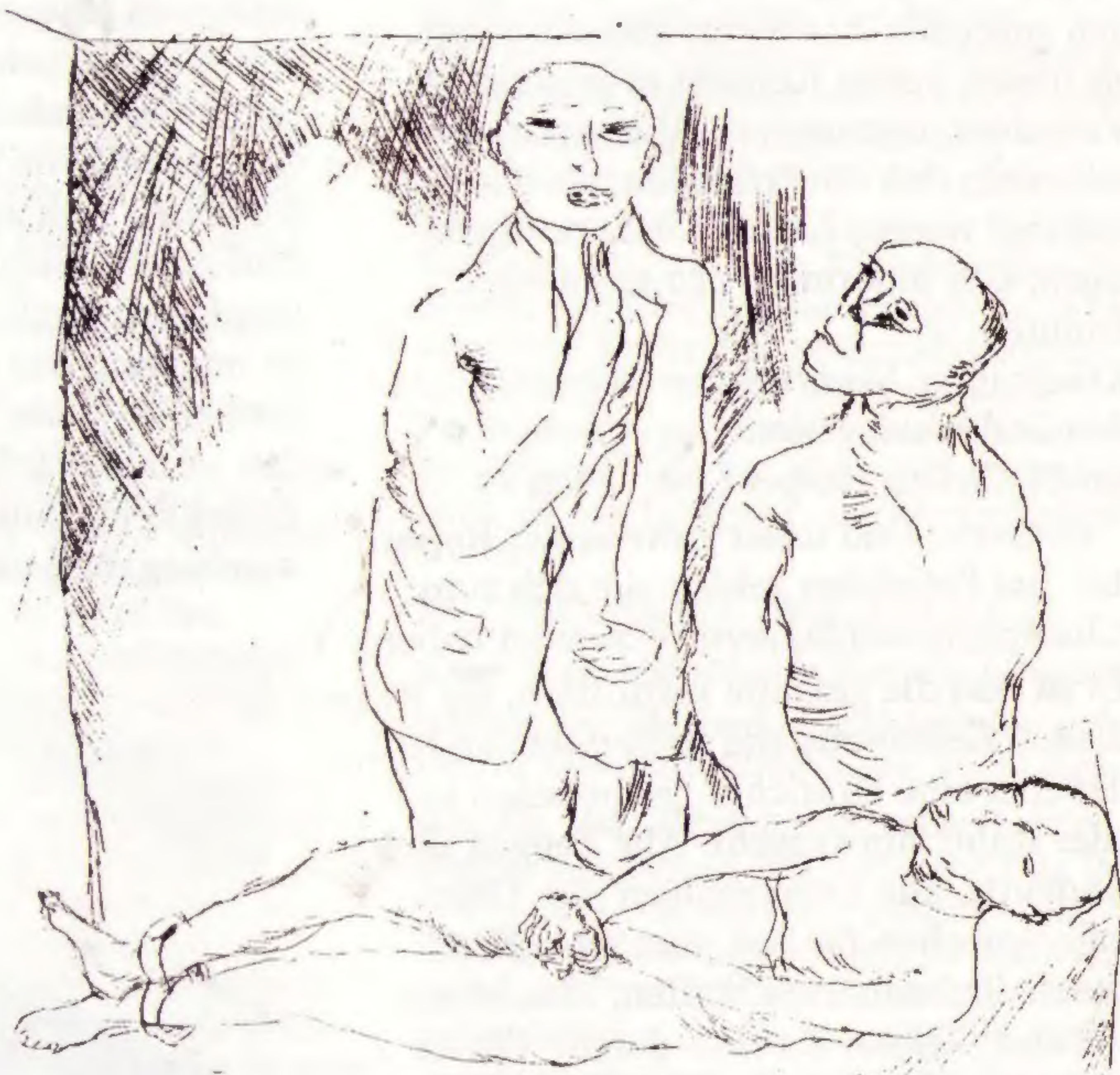
V.: "Haben Sie es abgelehnt, ein Gutachten zu machen, das sich auf keine Untersuchung stützen konnte?"

S.: "Es gab ja schon Untersuchungen. Es gab ja schon Gutachten. Ich hatte ja die Akten des früheren Verfahrens des Herrn Hanisch, da waren ja schon Befunde. Ich habe mein Gutachten dann aufgrund dieser Befunde gemacht." ...

S.: "Zum Beispiel ist das die ärztliche Äußerung des Herrn Dr. Maykemper, des Anstaltsarztes der JVA Butzbach. Er schreibt hier, daß er mit Herrn Hanisch eingehend eine ganze Stunde lang gesprochen habe und daß er versucht habe, ihn von seinen wahnhaften Ideen abzubringen."

V.: "Das ist für Sie ein Befund?"

S.: "Ja, das ist die ärztliche Äußerung von jemand, der Hanisch besser kennt als ich, und der hier schreibt, daß er versucht habe, ihn von seinen wahnhaften Ideen abzubringen. Das ist also für mich, ärztlich bezeichnet, eine Therapie, eine Psychotherapie."



Doktor Maykemper als Therapeut

V.: "Wissen Sie auch, ob diese Psychotherapie, wie Sie sagen, bei dem Herrn Hanisch Erfolg hatte?"

S.: "Das steht hier: daß es dem Doktor Maykemper gelungen ist, ihn von seinen Vorsätzen abzubringen. Die Therapie hat also einen gewissen Erfolg gehabt. Was genau die Vorsätze waren, entzieht sich meiner Kenntnis. Das geht hieraus nicht hervor."

V.: "Ich habe gerade von Herrn Hanisch einen Zettel bekommen, da drauf steht, daß er damals im Hungerstreik gewesen ist, und daß der Dr. Maykemper ihm gedroht habe, er würde wenn er den Hungerstreik nicht abbrechen würde, am nächsten Tag zwangsernährt werden. Hanisch hat daraufhin den Hungerstreik abgebrochen. Jetzt frage ich Sie, Herr Dr. Schneller - ist ein Hungerstreik eines Gefangenen eine Krankheit, sind das 'wahnhaftige Ideen'?"

S.: "Sicher ist der Hungerstreik eines Gefangenen als etwas neurotisches, als Symptom zu bewerten."

V.: "Und einer Heilung, einer Therapie bedürftig?"

S.: "Sicher."

V.: "Und worin bestand die Therapie des Dr. Maykemper in diesem Fall?"

S.: "Er hat durch Zureden versucht, ihn davon abzubringen. Es war insofern eine psychotherapeutische Beeinflussung, ich möchte sagen, angesichts des Erfolgs, eine psychotherapeutische Behandlung."

V.: "Dann will ich Ihnen sagen, worin diese Behandlung bestanden hat: es war die Drohung: ab morgen wirst du zwangsernährt, wenn du weiterhungerst!" ...

V.: "Ich frage mich, wie Sie zu Ihren Ergebnissen gekommen sind. In der Medizin ist es üblich, daß man Befunde erhebt. Da gibt es Röntgenbilder, die zeigen, daß ein Knochen gebrochen ist. Da gibt es Blutsenkungen, mikroskopische Untersuchungen, das Fieberthermometer. Das alles sind Befunde. Daraus kann man etwas ablesen, etwas Meßbares. Der Körper hat Fieber, der Knochen ist gebrochen, das Blut ist verseucht usw. Was ist bei Ihnen, als Psychiater, ein Befund? Daß ein anderer Psychiater schreibt: 'er hetzelt'? Oder daß ein Gefängnisarzt einen Hungerstreik eines Gefangenen, unternommen in höchster Verzweiflung - Sie sagen: in einem neurotischen Zustand - für einen Wahnsinn hält und den dann derart therapiert, daß er mit dem Gummischlauch droht und damit auch erreicht, daß der Wahnsinn binnen einer Stunde wieder geheilt ist? Sind das Ihre Methoden, Ihre Befunde, auf die Sie sich stützen, Herr Schneller?"

S.: "Der psychiatrische Befund stützt sich auf eine genaue körperliche Untersuchung und auf eine gründliche Exploration des Verhalten des Probanden, seiner eigenen Einlassungen. Alles das ist schon gemacht worden und hat sich in den Befunden, die bei den Akten sind, niedergeschlagen."

V.: "Wo finden Sie eigentlich das, was Sie als 'abartig' bezeichnen? Ergibt es sich aus irgendwelchen beweisbaren, meßbaren Befunden?"

S.: "Das ergibt sich aus den Befunden, ja."

V.: "Und wie ergibt sich für die Befunde das?"

S.: "Aus der Beobachtung, der klinischen Exploration."

V.: "Wenn ich also etwas beobachtet habe und dann sage, was ich davon halte, ist das ein Befund?"

S.: "So einfach ist das nicht. Sie brauchen dafür schon ein wissenschaftliches Instrumentarium."

V.: "Aber wie kommt es dann vor, daß zum Beispiel, wie bei einer Untersuchung in USA, seelisch normale Menschen, die in eine psychiatrische Anstalt eingeschleust worden sind, von den Ärzten als seelisch und geistig krank behandelt wurden? Und daß, nachdem dieser Trick einmal bekannt war, nachweislich bereits für geisteskrank erklärte Personen, die man ihnen geschickt hatte, von ihnen für gesund erklärt worden sind, denn die Ärzte hatten geglaubt, daß man ihnen erneut gesunde Leute geschickt hatte, um ihre Diagnosen zu testen. Wieso hat man in mehr als hundert Jahre langer psychiatrischer Praxis immer noch nicht gefunden, wo das körperliche Organ ist, das Geisteskrankheiten, seelische Störungen oder "Abartigkeiten", wie Sie sagen, auslöst. Wo das seinen organischen Sitz hat, von dem Sie hier dauernd sprechen?"

S.: „Es wird geforscht, es ist noch vieles unbekannt. ...“

V.: Oder liegt es nicht vielmehr daran, daß da nichts ist - daß da nur die Behauptungen einer rassistischen Wissenschaft sind, die sich mit sogenannten „Befunden“ ausweist, die in Wirklichkeit magischer Dreck sind, Sterndeuterei und Beschwörungsformeln? Sie haben uns hier ein sogenanntes Gutachten vorgetragen, das Sie sich regelrecht aus den Fingern gesogen haben. Es besteht aus Ihren Vorurteilen, sonst nichts. Sie

haben es aus Befunden abgeschrieben, die zum Teil zwanzig Jahre zurückliegen, aus Gutachten, die zu solchen Ergebnissen kommen, daß man sofort den eifernden Fanatiker im weißen Kittel daran erkennt. Das nehmen Sie ernst, darauf stützen Sie sich! Deshalb ist das hier einfach nichts wert, was Sie uns als Gutachten vorgetragen haben."

"Im Grunde sind diejenigen, die sich als die Verfolger an die Spuren des Verbrechers haften in einer ähnlichen seelischen Verfassung, wie sie Freud als Penisneid beschrieben hat."

Wirft man einen Blick in eines der Bücher eines der typischen Vertreter dieser verwissenschaftlichten Polizei, z.B. von Tilman Moser, wird einem deutlich, was solche Menschen antreibt: es ist die Unfähigkeit, aus ihrer absoluten Langeweile, ihrer Gesellschaftsrolle, aus ihrer sozialen Katatonie herauszukommen, und andererseits die ständige Versuchung, die in der Gestalt des Verbrechens sich ihnen auftut - ein Neid, der sich rationalisiert hat.

Liest man ein paar Sätze Tilmann Mosers oder irgendeines anderen Kriminologen, wird man nie das Gefühl des Außergewöhnlichen bekommen, es sind immer komplizierte Einfältige, langweilige Zitate und Tatsachenaddierer, die diese Wissenschaft hervorbringen (die Kriminologie ist auf diese Weise eine Art Müllgrube für alle möglichen, einstmals blühenden Errungenschaften und Zweige der Wissenschaft - zur Zeit z.B. der Psychoanalyse). Solche werden nie irgendetwas Unerlaubtes tun können, dafür aber jeden erlaubten Mord. Nicht dadurch werden sie zu Verbrechern, sondern durch ihre soziale Katatonie, die sie daran hindert jemals anders zu sein. Sie sind in einem angepassten Sinne unheilbar krank.

Für ein Interesse, das darauf bestehen muß, daß es auch in Zukunft genügend Verbrechen gibt und daß die soziale Hygiene nicht einen Zustand schafft, der das Verbrechen - wie gewisse Tierarten - zum Aussterben verurteilt, - für dieses Interesse gibt es keine schlimmere Erfahrung, als die Verwirklichung des Prinzips, daß Verbrechen abgeschafft werden können, indem man ihre URSACHEN abschafft! Dieses Prinzip wird zwar unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen nirgendwo zu verwirklichen sein, aber allein die Anstrengungen die in dieser Richtung unternommen werden, schaffen einen Zustand, der einer Betäubung des Verbrecherischen gleichkommt. Unter dem Einfluß der sozialen Vernunft und des entgegengebrachten therapeutischen Vertrauens, des ständigen Zuredens des Eingriffs ins Privatleben, ins Unbewußte, bildet sich ein Zustand der Inaktivierung, ja Verblödung, der den verbrecherischen Trieb unwirksam werden läßt und die auf diese Weise entschärfte Person ihrem Schicksal unter klinischer Betreuung überläßt.

Der vernünftig gewordene Verbrecher ist der Irre.

VERFAHREN WEGEN VERSUCHTEN MORDES AN ROLF HEISSLER EINGESTELLT

Frankfurt/M
2. 11. 79

*Als Verteidiger von Herrn Rolf Heißler
z. Zt. JVA Straubing, teile ich folgendes
mit:*

Mit Bescheid vom 26. 10. 1979 - mir zugegangen am 1. 11. 1979 - hat die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt das Ermittlungsverfahren gegen die Polizeibeamten, die meinen Mandanten bei dessen Festnahme am 9.6.1979 durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzten, eingestellt.

Durch den genannten Beschluß treten eine Fülle von Ungeheimtheiten zu Tage, die zum Teil im krassen Widerspruch zu Verlautbarungen stehen, die bislang von den Verantwortlichen abgegeben wurden.

- 1.) Nunmehr steht fest, daß insgesamt fünf Beamte sich in der Wohnung Textorstr. 79 befanden und auf meinen Mandanten warteten und nicht nur, wie bisher immer angegeben, nur zwei oder drei.
- 2.) Ferner steht nunmehr fest, daß nicht mein Mandant die Polizeibeamten überrascht hat, wie bisher immer behauptet (man erinnere sich an den "verdammten Müllwagen", den der hessische Innenminister Gries laut SPIEGEL 28/79 für den Überraschungseffekt verantwortlich machte - obwohl laut Auskunft der Stadtwerke Frankfurt samstags überhaupt keine Mülltonnen geleert werden!) - sondern daß die Polizeibeamten den Überraschungseffekt voll auf ihrer Seite hatten - dennoch schossen sie gezielt aus kürzester Entfernung auf den Kopf meines Mandanten!
- 3.) Es steht nunmehr fest, daß mein Mandant überhaupt nicht zu seiner Waffe gegriffen hat - der schießende Beamte war lediglich in der Annahme, er wolle zur Waffe greifen - eine Annahme, die durch nichts gestützt wird, zumal die Waffe meines Mandanten links in einem Innenbundholster steckte und er diese mit der linken Hand gar nicht so schnell hätte ziehen können.
- 4.) Mit keinem Wort versucht der Einstellungsbeschluß die Tatsache zu rechtfertigen, daß aus nächster Nähe gezielt auf den Kopf meines Mandanten geschossen wurde. Oder rechtfertigt "eine heftige Bewegung" mit einer Reisetasche einen Schuß, bei dem der Tod des Opfers bewußt in Kauf genommen wird?
Nach Darstellung der Polizeibeamten hat es mein Mandant wohl nur der bewußten Reisetasche zu verdanken, daß er überhaupt noch am Leben ist.

Nach dem Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft erhärtet sich nur der Verdacht, daß sich die eingesetzten Polizeibeamten eines versuchten Mordes schuldig gemacht haben. Ich habe daher heute Beschwerde gegen den Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft eingelegt.

Mein Mandant befindet sich nach wie vor in der JVA Straubing in Totalisolation, sein verletztes Auge - das nach Auskunft von Ärzten weder durch operative noch durch therapeutische Maßnahmen wieder herzustellen ist - wird nach wie vor nicht behandelt. Ich weise insofern auf meine Presseerklärung vom August 1979 hin.

Rainer Koch (Rechtsanwalt)

GRÜNDE;

Am 9.6.1979 besetzten vier Beamte des SEK gegen 04.00 Uhr die Wohnung Frankfurt am Main, Textorstraße 79, bei der es sich nach den Erkenntnissen der Polizei um eine sog. "konspirative" Wohnung handelte. Die Beamten hatten den Auftrag, Personen, die die Wohnung betreten wollen, festzunehmen.

Gegen 08.14 Uhr wurde nach vorhergehender Ankündigung ein Kriminalbeamter in die Wohnung zu einer Lagebesprechung eingelassen.

Gegen 8.15 Uhr erschien der Anzeigerstatter an der Wohnungstür, um die Wohnung zu betreten.

Die anschließenden Ereignisse schildert der Anzeigerstatter in einem Bericht von seiner Verhaftung wie folgt:

Mit der rechten Hand habe er die Tür aufgeschlossen, während er in der linken Hand ein Kuvert gehalten habe. Seine mitgeführte Reisetasche habe er zu seinen Füßen abgestellt. Als die Tür offen gewesen sei, habe er zwei oder drei "Typen" im Vorraum gesehen, von denen einer mit dem Rücken zur Wand gestanden und in ausgestreckter Hand eine Waffe gehalten habe. In diesem Moment habe er vermutlich instinktiv versucht, einen Schritt seitlich zurückzugehen und den Kopf nach links abzuwenden, während im gleichen Augenblick der "Typ" auf ihn geschossen und ein anderer "Polizei" gerufen habe. Die Zeit zwischen Erkennen der Situation und Reagieren können sei zu kurz gewesen, als daß er nach seiner Waffe hätte greifen können.

Die fünf Polizeibeamten haben das Festnahmegeschehen in Verlaufsberichten vom 9.6. bzw. 12.6.1979 geschildert. Darüberhinaus sind sie von der Bundesanwaltschaft zeugenschaftlich vernommen worden. Ihren Angaben ist folgender Sachverhalt zu entnehmen;

Ca. eine Minute nach Einlaß des Kriminalbeamten in die Wohnung hörten sie, wie ein Schlüssel in das Schloß der Wohnungstür eingeführt wurde. Daraufhin haben sich drei Beamte entsprechend einer bereits vorher getroffenen Absprache im Flur hinter der Tür mit gezogenen Waffen aufgestellt. Um den Überraschungsmoment auszunutzen, hat einer von ihnen die Tür aufgerissen und dem davor stehenden Anzeigerstatter sofort zugerufen; "Polizei, keine Bewegung!". Im selben Augenblick ist der Anzeigerstatter zurückgewichen, hat gleichzeitig eine in der rechten Hand mitgeführte Tasche hochgerissen und mit der linken Hand unter eine offen getragene Jacke zum Hosenbund gegriffen. In diesem Moment hat der an der Tür stehende Beamte in der Annahme, der Anzeigerstatter greife zur Waffe, einen Schuß auf diesen abgegeben.

Eine eingehende Untersuchung der Reisetasche des Anzeigerstatters hat ergeben, daß bei dem abgegebenen Schuß das Projektil, das rechts neben dem rechten Auge in den Kopf des Anzeigerstatters eingedrungen und im Schläfenmuskel stecken geblieben ist, die Tasche an beiden Längsseiten durchtrennt hat. In der engeren Umgebung der Durchtrennung konnten sogenannte Pulverschmauchspuren festgestellt werden, was auf einen, aus nächster Nähe abgegebenen Schuß schließen läßt.

Nach dem Ermittlungsergebnis besteht kein Anlaß, den von den Polizeibeamten wiedergegebenen Geschehensablauf in Zweifel zu ziehen. Die Schilderungen der Beamten sind glaubhaft und werden durch die an der Reisetasche des Anzeigerstatters festgestellten Schußspuren bestätigt. Aus ihnen ist zu folgern, daß der Anzeigerstatter die Tasche kurz vor Schußabgabe in Kopfhöhe gehalten und mit ihr offenbar eine heftige Bewegung in Richtung des ihm gegenüberstehenden Beamten gemacht hat. Zugleich widerlegen sie die Behauptung des Anzeigerstatters, daß seine Tasche zu seinen Füßen abgestellt gewesen sei.

Die Darstellung der Polizeibeamten deckt sich schließlich mit der objektiven Feststellung, daß der Anzeigerstatter links am Hosenbund in einem sog. "Insideholster" einen geladenen Revolver (cal. 38) trug und sich im übrigen in seiner rechten Jackentasche zwei sog. "speedloader" befanden, die mit "Hollowpoint" und Spitzkegelgeschossen geladen waren.

Tatsächlich standen die Beamten also einer terroristischen Gewaltverbrechen verdächtigten bewaffneten Person gegenüber, von der zu befürchten war, daß sie sich einer polizeilichen Festnahme mit allen Mitteln widersetzen würde.

Da der Anzeigerstatter einen geladenen Revolver mit sich führte, liegt nahe, daß die Behauptung der Polizeibeamten zutrifft, wonach der Anzeigerstatter mit einer schnellen Bewegung der linken Hand zur Waffe am Hosenbund hat greifen wollen. In diesem Augenblick unmittelbar bevorstehenden Schußwaffengebrauchs durch den Anzeigerstatter war ein gezielter Schuß auf ihn das einzig sichere Mittel, ihn kampfunfähig zu machen und zu verhindern, selbst tödlich getroffen zu werden.

Da der auf den Anzeigerstatter abgegebene Schuß demzufolge durch Notwehr (§ 32 StGB) geboten war, hat der Beamte rechtmäßig gehandelt.

Das Verfahren war daher einzustellen.

Klein
Oberstaatsanwalt

OFFENER BRIEF ZUM TODE VON MOHAMMED JUSSEF IN PALÄSTINA

Durch die mysteriösen Todesumstände von M. Jussuf hat sich laut 'Spiegel' Nr. 44 vom 29.10. eine neue Dimension der Zusammenarbeit von Bundesnachrichtendienst (BND) und israelischem Geheimdienst (MOSSAD) offenbart. Mohammed war Mitglied der PLO. Er saß wegen eines gefälschten Passes in Straubing in Haft. Israelische Geheimdienstbeamte haben an Verhören teilgenommen und sogar selbst ohne Aufsicht Verhöre mit Mohammed und anderen Palästinensern durchgeführt.

Dabei preßten die Israelis Mohammed Jussuf durch Drogen und Drohungen gegen seine Familie zur Mitarbeit. Er sollte für den MOSSAD den PLO-Chef Abu Ijad ermorden. Mohammed informierte die PLO über diesen Auftrag und vermutlich als Folge der auch vom 'Spiegel' als bekannt bezeichneten Geheimdienstmethoden des MOSSAD erschöß er sich in seiner Beiruter Wohnung.

Der offene Brief der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD richtet sich an die Angehörigen des Mohammed Jussuf in Palästina, an das Büro der arabischen Liga in Bonn und an das Exekutivkomitee der PLO in Beirut:

„Wir, die Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD, schreiben diesen Brief in Schmerz und solidarischer Anteilnahme anlässlich des Todes von MOHAMMED JUSSEF in Beirut am 18.10.79.

Wir haben erfahren, daß MOHAMMED JUSSEF durch psychologische und physische Folter durch Mitglieder der Geheimdienste BRD und MOSSAD in den Tod getrieben wurde.

Mittels Drogen und indem man ihm mit Repressalien gegen seine Familie im besetzten Palästina drohte, wollte man ihn zwingen, gegen sein eigenes Volk zu kämpfen und einen Mordanschlag gegen Abu Ijad auszuführen.

Folter und Mord in den Gefängnissen der BRD haben Geschichte:

Am 8.5.76 wurde ULRIKE MEINHOF in ihrer Zelle tot aufgefunden.

Am 18.10.77 starben unsere Angehörigen ANDREAS BAADER, GUDRUN ENSSLIN und JAN CARL RASPE im Gefängnis Stuttgart-Stammheim und INGRID SCHUBERT am 12.11.77 in Stadelheim durch Erhängen und Kopfschüsse. Wir sind überzeugt, daß sie ermordet wurden.

Eine Aufklärung der Todesumstände wurde systematisch verhindert. Stattdessen wurde die Farce einer staatlichen Untersuchung veranstaltet. Die staatliche Version („Selbstmord“) ist durch die Aussage der überlebenden Gefangenen IRMGARD MÖLLER und zahlreiche Widersprüchlichkeiten und Vertuschungen der staatlichen Darstellung und Vorgehensweise widerlegt.

Im März '77 war offiziell bekannt geworden, daß Mitglieder von Geheimdiensten (BND und Verfassungsschutz) die Gespräche der Gefangenen mit ihren Verteidigern belauscht hatten.

Die jetzt bekannt gewordenen Vorfälle in den Haftanstalten Straubing, Amberg, Landsberg, Stadelheim und Berlin bestätigen erneut unsere Vermutung, daß auch vor zwei Jahren Geheimdienste an der Ermordung unserer Angehörigen beteiligt waren.

Seit Jahren haben CIA, MOSSAD, BND und andere Geheimdienste in Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei (BKA/LKA) Zugang zu politischen Gefangenen in der BRD. Dies geschieht mit Wissen, Verantwortung und öffentlicher Legitimierung höchster Regierungsstellen.

Die Umstände der Haft und die Behandlung von MOHAMMED JUSSEF in einem westdeutschen Gefängnis zeigen erneut, daß die BRD-Regierung und die mit ihr verbündeten Geheimdienste vor keinem Mittel zurückschrecken, wenn es um die Bekämpfung des politischen Gegners geht.

Diese völlige Rechtlosigkeit, der Geiselstatus der politischen Gefangenen in der BRD, erfordert eine permanente Kontrolle ihrer Situation durch die „Internationale Kommission zum Schutz der politischen Gefangenen und gegen Isolationshaft“, deren Arbeit bislang von Regierung und Behörden behindert wird.

— Wir verlangen die restlose Aufklärung der Praktiken in- und ausländischer Geheimdienste in den Gefängnissen der BRD, der Morde am 18.10.77 in Stammheim und am 12.11.77 in Stadelheim, und der Verantwortlichkeit der Bundesregierung an dem geplanten Mordanschlag gegen Abu Ijad durch eine unabhängige Untersuchungskommission!

Angehörige von politischen Gefangenen der BRD
Kontaktadresse: Helmut Ensslin, Traubenstr. 61, 7 Stuttgart

„DIE CHANCEN, PRODUKTIV ZU LEBEN, SIND GLEICH NULL“

Göttingen, 5. November 1979

Hendrik Bicknaese, der in der Bundesrepublik noch eine elfmonatige Haftstrafe wegen eines Drogenvergehens, daß man ihm vorwirft, abzusitzen hat, hat sich der Polizei gestellt. Hendrik, der eine Schuld bestreitet, flüchtete nach Italien, wo er im März 1979 verhaftet wurde. Jetzt ist er zurückgekehrt und hat sich am 5. November der Polizei gestellt. In Göttingen, wo seine Frau wohnt, konnte er nicht bleiben, weil das dortige Gefängnis angeblich überfüllt ist. Er wurde in die Haftanstalt Celle transportiert. Wer ihm schreiben will, kann das unter der Adresse: Hendrik Bicknaese, JVA, Salinenmoor 2, 4100 Celle.

Hendrik selbst schrieb einen Bericht, warum er freiwillig wieder in Gefängnis geht:

Am 3. November 1979 werde ich mich irgendwo in der BRD den Polizeibehörden stellen, um den Vollzug der noch ausstehenden Reststrafe von elf Monaten anzutreten. Der seinerzeit

tige Strafvorwurf (Beteiligung an der Einfuhr von Betäubungsmitteln), der 1976 zu einer Strafe von 1 Jahr und sieben Monaten führte, wird jedoch von mir nach wie vor in keiner Weise eingesehen.

Das führte bereits 1977 zur Begründung der Generalstaatsanwaltschaft für eine Zurückverweisung der Sache in die zweite Berufungsinstanz, weil die erste über sechs Wochen laufende Berufungsverhandlung mit dem Hinweis meiner „Uneinsichtigkeit“ begründet war. Dagegen entschied sich das Oberlandesgericht in Köln und verwarf auch die Revisionsanträge.

In der Folge wurde ich zum Strafantritt „geladen“, konnte es noch einmal verschieben, stellte Antrag mit einer Menge neuer Tatsachen auf Wiederaufnahme und entzog mich schließlich im März 1978 einer sinnlosen Strafverbüßung, solange die Hoffnung auf die Wiederaufnahme bestand.

Ich ging nach Italien, wo ich an unserem Haus in den Bergen Mauern und Straßen baute, es bewohnbar machte, Tiere hielt, Kontakte zu einer nahegelegenen Kooperative aufnahm, die mit Schafen und Ziegen und anderen Tieren arbeitet.

Dann im März 79 kamen die deutsch-italienischen Sicherheitskräfte im Morgengrauen und verhafteten mich, vielmehr: nahmen mich provisorisch fest als „mutmaßlichen deutschen Terroristen. . . wegen Mordes gesucht“ (Neue Züricher Zeitung v. 1. April 1979). Dabei spielten deutsche Beamte des Bundesverfassungsschutzes gemeinsam mit italienischen Sicherheitskräften (DIGOS) eine Rolle. Am 25. Mai 1979 meldete SDA (Schweizerische Depeschen Agentur, Bern): „Unter falschem Verdacht bei Luino (Italien) festgenommener Deutscher freigelassen“. Von all den Mutmaßungen und Verdächtigungen (Waffenschmuggel) blieb nichts bestehen. Nur die Tatsache und Choreographie der Festnahme selbst.

Meine Dienstaufsichtsbeschwerde an den Leiter der Polizeiabteilung, des BKA, des Verfassungsschutzes, Dr. Boge im Bundesinnenministerium (BIM) Bonn wurde schließlich (nach Absprache mit dem BKA und dem Verfassungsschutz) am 28. August 1979 von ihm selbst derart beschieden: „. . . Im Zusammenhang mit Ihrer Festnahme am 29. März 1979 sind von deutschen Stellen keine ö f f e n t l i c h e n (gesperrt vom Verf.) Äußerungen über Verbindungen zwischen Ihnen und terroristischen Kreisen in Italien oder der Bundesrepublik Deutschland gemacht worden.“

Bei Behörden im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern vorhandene Erkenntnisse verletzen Sie nicht in Ihren Rechten. Anlaß, dienstaufsichtlich einzuschreiten, bestand deshalb nicht für mich.“

Die von den italienischen Anwälten in Varese fotokopierte Akte zu dem Verfahren weist in der Tat nicht (mehr) Fernschreiben selbst auf. Dafür eine Fülle von FS-Nummern, deren Kennziffern deutlich auf diese deutschen Amtsstellen hinweisen. Der Inhalt der Fernschreibn freilich war in der Akte nicht mehr zu fassen.

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.

Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352

Verantwortlicher Redakteur: Alec Fersen

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck/Hochschullehrer - Horst Bingel/Schriftsteller -

Heiner Boehncke/Hochschullehrer - Dr. Hans Christoph Buch/

Schriftsteller - Peter O. Chotjewitz/Schriftsteller - Dr. Robert A.

Dickler/Hochschullehrer - Christian Geissler/Schriftsteller -

Dr. Helmut Gollwitzer/Theologe - Holger Heide/Hochschullehrer

Otto Jägersberg/Schriftsteller - Yaak Karsunke/Schriftsteller -

Dr. Heinar Kipphardt/Schriftsteller - Gisbert Lepper/Hochschullehrer

Helga M. Novak/Schriftstellerin - Jürgen Roth/Schriftsteller -

Volker Schlöndorff/Regisseur - Erwin Sylvanus/Schriftsteller -

Dr. Klaus Wagenbach/Verleger - Gerhard Zwerenz/Schriftsteller

Nach meiner Freilassung im Mai 79 in Italien lebte ich mit offiziellem Wohnsitz in Mailand, der auch vom dortigen Konsulat im Reisepaß vermerkt wurde. Eine rückwirkende und insgesamt für fünf Jahre gültige Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung erhielt ich schließlich beim Polizeipräsidium, der Meldebehörde für Ausländer in Mailand. Eine Verlängerung meines Passes erhielt ich nicht. Er lief ab.

Ich arbeitete für größere linke Verlage in Mailand und erhielt schließlich im September 79, bei LA PIETRA, NOVA CUTURA und MAZZOTTA die Möglichkeit der festen Mitarbeit in der Verlagsredaktion. Für eine sozialliberale Illustrierte wurden Überlegungen für eine Mitarbeit als Italien-Korrespondent angestellt.

Am 15. September 79 kamen jedoch die DIGOS (Divisione Investigazioni Generali e Operazioni Speciali; dem Verfassungsschutz ähnliche geschlossene Gesellschaft, die vom Generall Dalla Chiesa angeführt wird) in meine Wohnung in Mailand, Via Cogne 9 und nahmen nach einer Durchsuchung derselben den Wohnungsgeber Fiorenzo Nanni mit auf die Questura (aufs Polizeipräsidium), drohten ihm mit einer Anzeige wegen Begünstigung von Terrorismus und erzählten wieder das Märchen vom deutschen Terroristen, der gesucht wird.

Zu dem Zeitpunkt befand ich mich nicht in Mailand und erfuhr zufällig von dem absurden Trauerspiel. Der Rechtsanwalt Sergio Spazzali aus Mailand ging dann zwei Tage später mit F. Nanni erneut zur Questura um festzustellen, daß gegen den Wohnungsgeber aber auch nichts weiter unternommen werden darf/kann und auch um festzustellen, daß ich in der Tat wieder gesucht werde von dieser Truppe. Eine Begründung erhielt er nicht.

In der Zwischenzeit war in der BRD auch der Antrag auf Wiederaufnahme nicht aus inhaltlichen, wohl aber aus formalen Gründen abgelehnt. Die Chancen in Italien oder irgendwo in Ruhe oder produktiv zu leben, sind gleich Null. Allein aus diesem Grund trug ich mich schon seit einiger Zeit mit dem Gedanken, mich für die Reststrafe zu stellen. Das wurde auch – zunächst kontrovers – später realistischer mit verschiedenen Genossen diskutiert. Ergebnis: Wenn ich weiterhin meine Arbeiten im Verlag, als Schriftsteller, wahrnehmen will, dann brauche ich die Bewegungsfreiheit, die ich auch im Ausland nicht mehr habe.

Für die Reststrafe von elf Monaten habe ich mir bereits einige Arbeiten organisiert: So will ich etwa die Werke von Pietro Valpreda, dessen deutsche Rechte ich habe, übersetzen, damit diese Geschichte einer Verschwörung der italienischen Geheimdienste gegen italienische Anarchisten endlich auch in der BRD bekannt wird, wo sie seit zehn Jahren verschwiegen wird. Auch an meinem Knast-Roman will ich arbeiten, damit der mal fertig wird.

Kontakt: Hendrik Bicknaese, Obere Karspüle 25, 3400 Göttingen 1, Tel. 0551/42767

Abonnement:

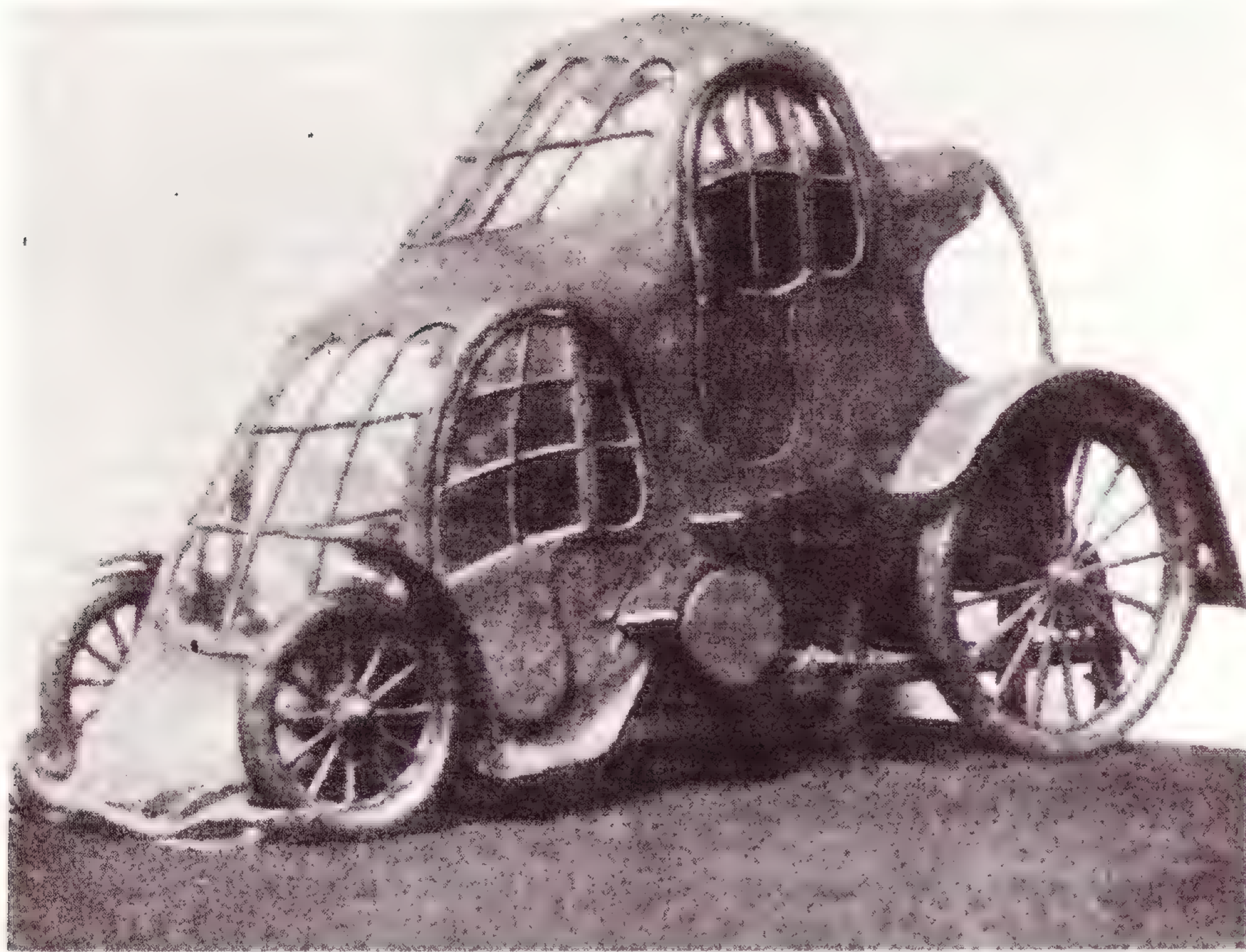
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben.

Ich will unbedingt Euer Blatt haben und zwar

12 Hefte für DM 30,—

24 Hefte für DM 60,—

48 Hefte für DM 120,—



„KOMM AUF'S GLÜCKSRAD', LOCKTE DER TOD

Wenn ich mir den richtigen deutschen Verkehrsteilnehmer — Autofahrer natürlich — ansehe, so kommt der sicherlich jenem voll-konditionierbaren Einzelwesen sehr nahe, den die Behaviouristen und Verhaltensforscher als Ideal im Blick hatten. Der Autofahrer in der BRD, der sich sicherlich auch nahtlos in das Konzept fähiger Militärstrategen einfügt, um sich in einem zukünftigen Krieg die verlorenen Glieder mit Orden vergüten zu lassen, ist so völlig abgerichtet auf das von Signalanlagen vermittelte Reiz/Reaktionsschema, wie es uns auf Verkehrstafeln und Lichtzeichen entgegentritt, daß er bereitwillig mit ihnen kommuniziert; d.h., daß er sich willig und gerne dem von ihnen in Gang gesetzten Befehl/Gehorsam-Verhältnis unterordnet. Für diesen Zeitgenossen ist eine grüne Ampel eine grüne Ampel: das grüne Licht zeigt dem Autofahrer nicht an, daß er fahren KANN, sondern daß er die höchst offizielle Genehmigung bekommt, loszufahren. Das wiederum heißt nicht, daß er fahren DARF. Hier liegt keine Großzügigkeit des Systems vor, die eine Wahl zwischen fahren und nicht-fahren gestattete, sondern eine Weisung: er MUSS fahren, alles andere wäre Verkehrsbehinderung — und die ist, wie jeder, dessen Informationsstand einmal abgeräumt worden ist, weiß, ein ernstzunehmendes Vergehen. Grünes Licht an der Ampel richtet an den Autofahrer eine Mahnung: 1. die im Auto verkörperte Kraft des nationalen Produktionspotentials in geeignetem Augenblick zu demonstrieren; also ohne daß dadurch ein selbstzerstörerischer Zusammenstoß mehrerer Fahrzeuge auf einer unbezeichneten Kreuzung

entstehen könnte. 2. der Weisung „grün“ als solcher Geltung zu verschaffen, indem mensch zeigt, daß die Konditionierung voll wirkt, daß der Autofahrer also bei grün auch wirklich losfährt.

Die Belohnung dafür, daß der Autofahrer die Befehle der Verkehrssignale auch prompt und sicher befolgt, ist ebenfalls vorgesehen: durch die Erteilung von Straffreiheit. Je offensichtlicher mensch sich den Verkehrsregeln unterwirft, desto weniger hat mensch zu befürchten. Überquert z.B. ein Fußgänger einen Überweg ohne daß die Ampel dem nahenden Autofahrer Halt geböte, ist der Fußgänger an seinem schnellen Tod selber schuld. Will der Autofahrer sich noch stärker des Rückhaltes der Obrigkeit versichern, hupt er vorher, als Beweis, daß er die wahnsinnige Fahrlässigkeit des Fußgängers hat voraussehen können und versucht hat, ihn vor seinem Tode von ordnungswidrigem Tun zurückzuhalten. Der Unterschied bei Fahrradfahrern ist nicht so groß. Mensch verfährt ähnlich wie beim Fußgänger. Sofern es keinen Radweg gibt, wird der Autofahrer mit einer milden Strafe für eine Körperverletzung belohnt... Schließlich ist jedes Vergnügen seinen Preis wert, nicht wahr! Was mit dem Radfahrer passiert, der parkenden Autos auf dem Radweg die Rückspiegel abschlägt, oder den Lack ankratzt, das wollen wir hier lieber nicht ausmalen. Oder wenn Radfahrer sich ihren Radweg selbst markieren. Dieser Eingriff in die letztlich einzig gültige Wirklichkeit — die Verkehrswirklichkeit — ist sogar in der Lage eine ganze Gang von CDU- und sonstigen Abgeordneten und beamteten Dummsäcken in helle Empörung zu versetzen; und das zeigt ganz

deutlich, daß es doch gar nicht um die Sache selbst geht, nämlich um die Gesundheit aller und insbesondere den Schutz der schwächeren Menschen im Straßenverkehr bzw. gegenüber dem Straßenverkehr (sofern sie nicht schon vor der Todesdrohung blindwütiger Autofahrer resigniert zu Hause geblieben sind), sondern um das Machtmonopol des Staates, in dessen Augen die schwerste Verletzung eine Gesetzesverletzung darstellt, und der damit die schwachsinnige Leistungsmentalität der Autofahrer subventioniert, wie er die Vernichtung von Obst und Gemüse subventioniert. Der Staat verleiht auch der Tautologie des „Grün ist grün“ die autoritative Geltung eines sachlich begründeten Arguments. Demgegenüber sind die Erklärungen für die Gründe, Radwege selbst zu bezeichnen, eine unzulässige Abschwefung vom realen Sachverhalt und bei den Protagonisten solcher Aktionen wird mensch den Verdacht nicht los: „Rot ist rot.“ Weder geht es also um den Sinn des Verkehrs in unserem Land, noch geht es um die Ordnung allein — die ja auch bedeuten kann: Trennung von Rad und Auto, Trennung von Leben und Überleben... Es geht um die dekretierte Ordnung des Straßenverkehrs, um die Realisierung einer obrigkeitshörigen Ideologie im Alltag.

Deshalb braucht sich auch niemand zu wundern, daß innerhalb dieses Systems die Verhältnismäßigkeit der Mittel längst aufgehoben worden ist. Daß ein Fußgänger oder Radfahrer gegen ein Auto, gegen die latente körperliche Bedrohung durch Lärm, Geschwindigkeit und Abgase, nicht anzukommen scheint, hat sich mittlerweile soweit in den Köpfen durchgesetzt, daß die Fußgänger wie die Hasen über die Straße hetzen, Radfahrer von einem Abwasserdeckel in den anderen bumsen. Straßenverkehr, das ist Autoverkehr — und Autos haben im Zweifelsfalle immer Vorfahrt. Und das heißt für solche Fälle, daß die Dummheit immer Vorfahrt hat. Deshalb ist auch der Tod von so vielen Kindern und alten Leuten ein natürlicher Preis, den uns die Zivilisation, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit etc. auferlegt hat. Ohnedies ist im Straßenverkehr die Notwehrsituation auf den Kopf gestellt: dem Schwächeren steht es nicht zu, sich zu wehren — wie sollte er auch, wenn er überrollt oder abgedrängt wird — sondern der Autofahrer nimmt im Gegenteil generell mildernde Umstände für sich in Anspruch, um die Benutzung einer Maschine mit tödlichem Ausgang zu rechtfertigen. Ganz zu schweigen daher von einem Widerstandsrecht gegen das allgegenwärtige unerträgliche Gewaltpotential, auf das eine ungehemmte Aggressionsladung wie eine Initialzündung wirkt, und das in ständigem Einsatz Ordnung schafft, Angst produziert und Macht repräsentiert.

Die Straßenverkehrsordnung ist nur eine Ordnung unter vielen, die uns als technisch-kulturelle Leistung im alltäglichen Erntedankgeschwätz vergreister Politfratzen angepriesen werden. Es gehört zur Ideologie unseres Law and Order Staates, die positive Einstellung verängstigter Individuen ihr gegenüber zu fördern. Damit den Leuten, die morgens verpennt und lustlos zur Arbeit und abends zerknittert und frustriert nach ‚Hause‘ fahren, nicht mit der Illusion eines ‚eigenen Autos‘, das ihrem emotionalen und geistigen Kältetod eine würdige Gruft ist, auch ihr einziger Lebenssinn genommen wird. Sie dürfen sich deshalb — ja sie müssen es sogar — sich durch eine mehr oder weniger stabile Blechhülle nach außen gegen jede Berührung absichern, selbst um den Preis der körperlichen Beschädigung anderer, aber in der Gewißheit, daß die ‚Verkehrsformen‘ unerwartete Ereignisse, unliebsame Kontakte zu Mitmenschen ausschließen. Und trotzdem ist die nervenlose Hülle so zu einer zweiten Haut geworden, daß Schäden an ihr körperlichen Verletzungen gleichkommen.



Angesichts dessen zeugt das nur von falschem Verständnis dieser mechanischen und abweisenden Körperlichkeit, die das das Auto repräsentiert, wenn Leute (‚Linksradikale‘) bestrebt sind, diese Isolation aufzuheben, sich jener in der Verkehrsordnung manifestierten abstrakten Obrigkeit zu widersetzen, indem sie handeln, eingreifen. Die Politchargen, die — selbst Werbeprodukte — marktkonforme Propaganda auskotzen, sind weder Willens noch in der Lage, solches Verhalten staatlich zu sanktionieren. Sie sind, wie wir nach 150 Reaktorzwischenfällen und hunderten von versteckten und entdeckten Giftkippen schon wissen, Teil einer

gigantischen Verpackungsstrategie, die mit einer ‚Fahr Rad‘-Bewegung noch (noch!) nichts anfangen kann, solange die einzige verbürgte Freiheit in diesem Land zu sein scheint, so schnell fahren zu dürfen, wie mensch glaubt zu können.

Verpackung heißt Distanz. Distanz durch Hygiene; Distanz durch Folien; Distanz durch scheinendes Äußeres. Halt Abstand Nachbar. Ruf lieber mal an. Da kannst du in acht Minuten die Rede von Carstens zum Amtsantritt verlesen oder die Gebrauchsanweisung für den neuesten Allesnichtsutz, oder sonst ein sinnloses Geblubbere in die Muschel nuscheln. Das ist billiger und geht schneller als wenn Du eine Karte schreibst. Da kommst Du nur ins Grübeln. Besuch? Nein, danke, wir haben erst gerade geputzt. Abstand durch Telekommunikation. Auch abends am Farbfernseher: da geschieht das zivilisatorische Wunder. Wir überleben in einer Welt von Katastrophen. Kinder, haben wir's nicht gut? Nur diese Linksradikalen und Terroristen, denen müsste mensch doch noch zeigen, was Ordnung ist.

Und sie sitzen dort wie vor Jahren und machen am Wochenende einen Ausflug mit dem Auto, jener nicht weiter genehmigungspflichtigen Waffe, machen eine Patrouille über einen der bundesdeutschen Todesstreifen: BAB genannt, die sich so zahlreich durch unsere Landschaft ziehen. Und sollte einer mal so verrückt sein, den Schritt zu wagen, vom Land an der Autobahn Karlsruhe-Mannheim hinüber zum Land an der Autobahn Mannheim-Karlsruhe, dann weckt er geheime Mordgelüste; das darf doch nicht wahr sein! und ein bisschen mehr Gas... ein finaler Todesstoß, der schon auf Verständnis traf, als Barbara van Dyck noch lebte... Alltägliche Mel-

dung in der Kriegsberichterstattung des Verkehrsfunkes.

Ist es nicht die gleiche Gesellschaft, die das Chaos wittert, wenn die Ampeln im Büroverkehr ausfallen, und die deshalb in weiser Voraussicht situativ mitten auf die Kreuzung fährt und schreit ‚Nichts geht mehr!‘? Die den Terror getrost hinnehmen kann, solange er sich in eine ordentliche Uniform kleidet? Die in der Aufhebung der Ordnung nichts anderes sehen, als Verspätung — und Zurechtweisung — am Arbeitsplatz oder am heimischen Freßtrog oder Behinderung auf ihrem samstäglichem Weg in die Müllhalde, auf denen ihre Träume begraben liegen. Ja, der Sozialismus war in Autofahrer Augen schon seit je ein lächerlicher Trabant (zehn Jahre Wartezeit, zwei Farben zur Wahl), schlechte Straßen und Einschränkung der Menschenrechte auf den Transitwegen (100 km/h!), auf denen Tag für Tag der Kapitalismus den Sozialismus mit hämischem Grinsen abhängt.

Die Rationalität der Verhältnisse im Kampf der Autofahrer gegen die unterlegenen Unmotorisierten scheint in einer Art natürlicher Zuchtwahl zu stecken, darin, daß auf unseren Straßen diese Wahl offen stattfindet; ein Selektionsprozeß, in dem die stärkeren Autofahrer ihre Überlebensfähigkeit gegenüber allen anderen bestätigt sehen in einem heftigen, selbstverständlichen und natürlichen Vernichtungskampf gegen alle, die auf das von ihnen verteidigte Areal jemals Anspruch erheben könnten. Die BRD ist zweigeteilt und die Straßen stellen einen Teil dar, einen Sicherheitsbereich, der mit der Gewalt der Hoffnungslosen im alltäglichen Straßenkampf paramilitärisch verteidigt wird.

EIN BESUCH BEI ANGELIKA SPEITEL —

*wie man mir den besuch bei
angelika speitel versauen wollte:*

eigentlich fing es schon in der nacht zum 30.8. an. uns muß jemand beobachtet haben, als wir aus dem haus einer befreundeten wohngemeinschaft gingen. auf jeden fall kreuzte, nachdem wir im auto saßen, ein streifenwagen auf, bestückt mit zwei grünen und einem yankee-mp, auf. der eine bulle stieg aus, und er zog sofort die k narre. allerdings hielt er sie sich an den arsch, so daß man nur ein stück davon sehen konnte (softer terror). er verlangte den ausweis, die wagenpapiere und den führerschein, aber nur von besägter freundin, mit der begründung, es würden so viele wagen nachts geklaut. seltsamerweise verlangte er meine papiere nicht, was darauf zurückzuführen ist, daß ich in mannheim und anderen ecken schon seit 69 polizeilich registriert bin. inzwischen war der yankee-mp ausgestiegen, und musterte uns kritisch. als wir nach einer halben stunde losfahren durften, hielten sie uns nochmal an, um meine personalien aufzunehmen. ich hatte überhaupt nichts dabei, um mich auszuweisen. der bulle schrieb meine mündlich gemachten angaben zur person auf einen zettel und war's zufrieden. dann endlich konnten wir losfahren.

gedächtnisprotokoll vom besuch:

meine freundin begleitete mich zum knast-
eingang von köln-ossendorf, wo angela
einsitzt, da ich seit anfang 77 zu hundert
% behindert bin (bevor der schleyer ge-
löst wurde). ich kam eine halbe stunde
zu spät, also die besuchszeit hätte schon
rum sein sollen, jedoch ich wurde innigst
erwartet. ich gab meinen besuchsantrag
und meinen paß ab, wurde in den kontroll-
raum geführt, wo schon ein bulle mit mp
auf mich wartete. dann kam ein zweiter
rein, auch mit kugelspritze bestückt. so
saß ich da ne weile. bis zwei vollzugsbeam-
te reinkamen und der obermek vom lka.
sie filzten mich mit der sonde während
der obermek rotierte; er rief sämtliche
kriminaller zu sich, so daß sich in dem kon-
trollraum teilweise bis zu 7 cops befanden.
danach mußte ich eigenhändig einen be-
suchsschein ausfüllen, daß sie ja nur mein
gekritzel in den computer füttern können.
und dazwischen stellte besagter obermek
blöde fragen, auf die ich ebenso blöde
antworten gab. dann kam die zweite filze,
nur diesmal härter. der typ muß wohl mal
kontaktbereichsbeamter gewesen sein.
ich hatte nur ein t-shirt an, eine cordho e,
eine unterhose, ein paar socken und ein
paar turnschuhe. dennoch mußte ich das
hemd hochkrepeln, die hose runterlassen,
und die schuhe ausziehen, daß man mir
die socken abfühlen konnte. nachher mußte
ich die klamotten wieder selbst anziehen.

probier das mal mit einer hand, wie lange
du dazu brauchst. inzwischen erzählte der
obermek vom lka draußen so laut, daß ich
ich es hören konnte, märchen aus meiner
vergangenheit, um sich noch einmal zu
vergewissern, wie gefährlich ich doch sei.
dann wurde noch mein stock "durch-
sucht", die ganze prozedur hat ca. 1/2
bis eine 3/4 stunde gedauert.
dann ging es ab zum besuch. als die zwei-
te tür geöffnet wurde, sah ich mich mit
einer gruppe von 3-4 ärzten konfrontiert,
die ich straight passierte. ich wurde die
ganze zeit von 4-5 kriminalern begleitet.
dann überquerten wir den hof, wobei ich
von hinten gefilmt wurde. ich hatte vorher
den obermek sagen gehört, ob das mit der
kamera klarliefe. als wir den hof überquert
hatten, wurde wieder eine tür aufgeschlos-
sen, und ich sah vor dem besuchsraum
drei grüne stehen, zwei mit walkietalkies,
in die sie etwas reinmuschelten. dann war
plötzlich angela da. ein lka-ler bei ihr,
dann die trennscheibe, und 2 von der
gleichen bei mir. ich kann nur sagen, der
"besuch" war stark. einmal wurden wir
unterbrochen, als es in unserem gespräch
um die forderung ging, ob konzentration
oder integration.

wir redeten weiter über ihren prozeß, den
neuen faschismus, die hochsicherheits-
trakts, das imperialistische kernenergie-
projekt der brd und über die vermeint-
lich alternativen zeitungen und die ganze
linke, die da dranhängt.

als ich am ende des gespräches sagte, wir
standen schön, es gibt eh nur eine alter-
native, hing der obermek förmlich an
meinen lippen. er hat's wohl nicht ge-
tickt, der arme, denn es betrifft auch ihn.
als wir zum zweiten mal über den hof
gingen, wurde ich wieder gefilmt, diesmal
von vorne, denn ich sah einen typen rechts
neben dem ausgang vom hof in einem ka-
bäuschen mit einer kamera. als ich zum
ausgang kam, sagte ein schließler zu mir,
während er mir meine papiere zurückgab,
paß, schwerbehindertenausweis und füh-
rerschein, alles durch den computer ge-
jagt, als er meinen führerschein kl. 1 sah,
schade, daß sie nicht mehr motorrad fah-
ren können. er hatte wohl gehofft, daß
ich ihm aufgrund meiner veränderten be-
dingungen schluchzend um den hals fallen
würde.

trotzdem sie eine totale horror-picture-
show bei mir abzogen, habe ich eine neue
besuchsgenehmigung für angela in der
tasche. so trat ich aus dem kleinen in den
großen knast hinaus, allerdings mit einem
schlechten gefühl, einmal daß ich angelika
nicht dabei hatte, und zum zweiten, weil
ich wußte, bei den äußerungen, die im
knast gemacht worden waren, daß sie
meine freundin in der mangel hatten.

ERFAHRUNGSPROTOKOLL ALS BEGLEITPERSON

VOM BESUCH BEI ANGELIKA
SPEITEL

nachdem ich j. bis zum eingang des knastes
begleitete, ging ich zurück, um mir in dem
nahegelegenen zeitschriftenladen zigaret-
ten zu kaufen. ich mußte ungefähr 5 mi-
nuten warten, bis ich bedient wurde, da
noch weitere personen sich im laden be-
fanden. ich verließ das geschäft, ging zu-
rück zur straße, setzte mich auf eine klei-
ne mauer und rauchte. die stelle konnte
vom knasteingang aus nicht beobachtet
werden. anschließend ging ich zurück zu
einem lebensmittelgeschäft, um mir eine



coca zu holen. als ich an der kasse stand,
bemerkte ich draußen einen typ mit
einem fotoapparat, der langsam vorüber-
ging und dabei gezielt mich anglotzte.
ich trat wieder nach draußen und der typ
verschwand um die nächste ecke, in den
schutz von kleinen hecken und bäumen.
während ich die schätzungsweise 200 m
zur straße zurückging, (es waren noch
keine 15 minuten vergangen) fuhren auch
schon 2 bullenwagen vor, 4 bullen spran-

gen raus, 3 mit maschinenpistolen und einer mit revolver, entscherten deutlich hörbar und rannten mit gezogenen waffen auf mich zu. mit der begründung "weshalb ich hier so herumschleiche" mußte ich mich zur mauer hin umdrehen, hände weg vom körper und meine plastiktüte gleichzeitig fallen lassen, welche vorsichtig gegriffen wurde. ein anderer bulle tastete mich ab, völlig unsinnig, denn ich trug enge jeans und t-shirt. dann konnte ich mich umdrehen. mittlerweile fuhr ein dritter bullenwagen zur "verstärkung" vor und blockierte bewußt den autoverkehr auf der belebten straße. umständlich wurde die plastiktüte geöffnet mit der drohung an mich "ganz ruhig und nicht bewegen". der inhalt laut festgestellt: 2 bananen, eine geschlossene coladose, eine packung zigaretten, streichhölzer, vermutlich geldbeutel oder brieftasche letzteres wurde geöffnet und ausweis, führerschein und kfz-schein entnommen. protest und fragen nach begründung solcher polizeilichen terrormaßnahmen wurden zynisch beantwortet: "es passiert ja so viel, personenüberprüfung". dann ging die fragerei von den bullen weiter, was ich überhaupt hier mache, mit wem ich hier bin, ob ich studentin bin, wer wen besucht. ich weigerte mich, solche fragen zu beantworten, angaben zu meiner person sind in den mir weggenommenen papieren zu ersehen. mittlerweile gingen zwei bullen mit den papieren zu einem der bullenautos und überprüften, die anderen standen noch vor mir und der ältere bulle fragte nach dem fahrzeug, indem er genau farbe und marke nannte, ohne vorherige einsicht in den kfz-schein.

autos fuhren weg, der verkehrsstau löste sich langsam auf. ein wagen allerdings fuhr rechts langsam nebenher. an unserem fahrzeug angekommen, mußte ich mich an die motorhaube stellen, mit hände auf dem blech. es waren nun wieder 3 bullen am werk, einer mit mp, zwei mit revolver. die tür wurde geöffnet und der ältere bulle gab anweisungen zur untersuchung wichtiger punkte: hintere sitzbank entfernen, unter den vordersitzen nachsehen, bodenblech, flache türseiten, verbandskasten, warn-dreieck, handschuhfach, sonstige ablagen, aschenbecher, besondere vorsicht gebot. er an dem türschloß der fahrertür, "das hätte eine ganz schöne spannung drauf", so wörtlich. die zwei jüngeren bullen (nicht älter als 19 jahre vermutlich) schnüffelten nun los, einer legte die mp dazu auf den vordersitz. auch durchsuchten sie die jacken, die sich im wagen befanden, reichten mir darin gefundenes geld, zettel steckten sie ungelesen wieder weg. unterdessen kam noch ein anderer bulle neu hinzu und fragte, ob ich die drei frauen an der straßenecke und die zwei frauen in der kneipe kennen würde, ich verneinte. er sagte zu den anderen djangos, die seien auch in ordnung. sie fanden in einer jacke eine dose mit tabletten und fragten mich, was das ist und für wen. der eine bulle meinte, "die muß d e r immer nehmen". dann gings weiter, daß d e r den ich begleite doch terroristen, die angelika speitel besucht, ob ich das wüßte" — keine antwort. als nächstes wurde der kofferraum geöffnet. darin befand sich außer einem ersatzreifen

(wurde weiter nicht beachtet) eine ersatzbatterie, da wurden sie plötzlich alle sehr erregt und diskutierten, wofür man wohl eine zweite batterie gebrauchen könnte. sie kamen zu dem schluß, daß man zwei kontakte anschließen kann!! dann war die motorhaube dran und in augenschein genommen, festgestellt wurde, daß eine motorwäsche nötig wäre, wie man mir sagte. sie besprachen nun ihre "entdeckungen", also landkarten im auto und eine zweite batterie. mit ernsten gesichtern rückten 3 bullen dann ab, auch das bullenauto fuhr weg. der ältere bulle, welcher die anweisungen gab, blieb bei mir am wagen. ich bestand nun auf der rückgabe meiner papiere. ich wurde schmierig freundlich mit "noch ein kurzes momentchen" hingehalten und die taktik des väterlichen freundes eingeschlagen, mit reden über's wetter und ich sei ja so braun, ob ich schon in urlaub war und wo, ich schwieg, dann gings weiter, was ich denn wolle von den terroristen, ob ich denn nicht wüßte, daß d e r den ich begleite, bei der schleyerentführung mit beteiligt war, er (der bulle) war bei dem einsatz dabei und um ein haar hätten sie alle geschnappt, er kann überhaupt nicht verstehen, daß man so um sich ballern kann, wir leben doch nicht in einem polizeistaat oder in einer diktatur (für dieses wort brauchte er zwei anläufe, um es überhaupt aussprechen zu können), was bringt junge menschen denn zu sowas, immer nur gejagt zu werden ist doch kein leben. ich schwieg weiterhin und war gespannt, was als nächstes kam. jetzt wurde er nachdrücklicher und probte die einschüchterungsmethode "von wegen nichts wissen, sie fahren also d i e autos, sie lügen (obwohl ich überhaupt nicht antwortete), wir krigen euch alle über kurz oder lang" dann weiter, daß die neuen nachfolge-terroristen denn nichts von den alten gelernt hätten, die seien doch alle im knast oder tot, es besteht keine chance für so nen quatsch, er möchte nur gerne wissen, welche aktion wann und auf wen geplant ist, sagte er mit nachdruck. unterdessen

es war bekannt. die personenüberprüfung weitete sich aus zur kfz-überprüfung ohne begründung wieder, aber mit den schußwaffen im anschlag. mir wurde der autoschlüssel aus der hinteren rechten hosen tasche (bei der durchsuchung festgestellt) rausgezogen und ich wurde zum auto begleitet, dessen standplatz ebenfalls schon bekannt war. zwei bullen-

kam j. vom besuch zurück zum wagen und wir warteten immer noch auf meine papiere. ein bullenauto war zwischenzeitlich wieder herangefahren und ich wurde diesmal gefragt, ob denn mein führerschein überhaupt echt sei. dann bekam ich die papiere zurückgebracht, fein säuberlich geordnet und mein ausweis in die plastikhülle des kfz-scheins eingelegt, nach all



den schikanen plötzlich diese ordnung?
ich nahm den ausweis aus der hülle, füh-
rerschein war da, aber der kfz-schein be-
fand sich nicht darunter. ich fragte da-
nach, denn der bulle stand immer noch
am wagen. er meinte, es wäre überhaupt
keiner dabeigewesen. ich verlangte nun
ausdrücklich nach dem mir weggenomme-
nen kfz-schein und nach hin- und herfra-
gen wurde dieser aus dem bullenauto raus-
gereicht. es war ganz offensichtlich ein
versuch, um uns dann an der nächsten
ecke wegen tatverdacht des autodiebstahls
auf's revier zu schleppen und erkennungs-
dienstlich zu erfassen.
dies alles dauerte 1 1/2 stunden.

VERWEIGERER SIEGBERT KÜNZEL AUS DER BUNDESWEHR ENTLASSEN

*Hamm Der Totalverweigerer Siegbert
28. Oktober Künzel (siehe ID 297 + 305)
ist am 25. Oktober „unehren-
haft“ aus der Bundeswehr entlassen wor-
den. Er schreibt selbst:*

Liebe Freunde und Bekannte!
Nach 63 Tagen Disziplinararrest endete der
dritte Arrest am 25.10.79 mit der unehren-
haften Entlassung aus der Bundeswehr. Ge-
mäß § 29 Abs.1 Nr.6 des Wehrpflichtge-
setzes wurde mir fristlos gekündigt, weil
nach dem bisherigen Verhalten durch
mein Verbleiben in der Bundeswehr die
militärische Ordnung und die Sicherheit
der Truppe ernstlich gefährdet würde.

Diese Wendung der Ereignisse kam für
mich dann doch etwas unerwartet, weil
ich angenommen hatte, daß die BuWeh
diesen Trumpf mir gegenüber nicht aufge-
ben würde. Denn mit der Entlassung in
der Tasche rechne ich mir noch größere
Chancen auf eine Strafe mit Bewährung
aus. So war ich also freudig überrascht
und genieße seit drei Tagen die Freiheit
und das schöne Wetter. Die zwei Monate
Haft erscheinen mir jetzt schon wieder sehr
unwirklich und sehr weit in der Vergangen-
heit. Psychische Schäden habe ich anschei-
nend auch nicht bekommen, nur daß ich an
die „zellische“ Ruhe gewöhnt bin und mich
das Leben hier draußen noch reichlich an-
strengt (weswegen ich auch erst heute
schreibe).

Mmmh...ich möchte mich bei allen, die mir
so lieb geholfen haben, ganz,ganz herzlich
bedanken! DANKE!!

Mit der lebendigen Hoffnung auf Frieden
SHALOM

Siegbert Künzel

Kontakt: Siegbert Künzel, Albertstr.41,
4 700 Hamm, Tel. 02381/ 25 820

RUNDBRIEF

des AKP Köln

Wir haben in Köln eine Regionalgruppe des
Arbeitskreises PÄDERASTIE AKP gegrün-
det.

Wir treffen uns einmal im Monat privat, da
wir noch keinen festen Treffpunkt haben.
Wer sich für unsere Treffen interessiert, muß
vorher nachfragen.

Der ARBEITSKREIS PÄDERASTIE setzt
sich für verantwortungsvolle, gewaltfreie
und völlig freiwillige Beziehungen zwischen
Männern und Jungen/Jugendlichen ein.
Nur so ist es unserer Meinung nach möglich,
Fortschritte für uns und die Jungen zu er-
reichen.

Eines unserer wichtigsten Ziele ist die Ab-
schaffung der Paragraphen 175 - 176.

Unsere Postadresse lautet:

ARBEITSKREIS PÄDERASTIE
AKP Köln
postlagermd
5000 Köln 60

Liebe Theaterkollektive

Wir wollen ein Stück „Die Rote Emma“ anbieten.
Das Stück von dem norwegischen Schriftsteller
Jens Bjørneboe wurde von Jürgen übersetzt und
könnte nun als Arbeitsgrundlage dienen.

Es sollte vom Leben der Anarchisten Emma Gold-
mann und Alexander Berkman, sowie von den
Verfolgungen der Anarchisten in den USA und in
der UDSSR handeln. Demzufolge beginnt die
28seitige DIN A4 Vorlage mit der Ermordung der
5 Anarchisten nach der Haymarket-Affäre; einem
Schlüsselerlebnis für die damals 16 und 17jährigen
Hauptakteure.

Ausführlich stellt Bjørneboe die historischen und
gesellschaftlichen Beweggründe für Berkman's
mißglücktes Attentat auf Frick, die Polizeimetho-
den im „Land der Freiheit“ und Czigosz Attentat
auf den US-Präsidenten Mc Kinley dar. Die
Handlung konzentriert sich auf die beiden Haupt-
personen, läßt aber auch die „gegenseite“ Erklä-
rungen abgeben.

Die „Rote Emma“ war das letzte, was Bjørneboe
vor seinem Tod schrieb, und er wurde mit dem
Stück nicht fertig. Es endet mit der Freilassung
Berkmans nach 14 Jahren Gefängnis, kommt al-
so nicht mehr zu den „Erfahrungen“ der beiden
Anarchisten in der UDSSR Lenins. In Norwegen
wurde das Stück als Broschüre herausgegeben.
Die Herausgeber meinten, daß „das Stück so
wertvoll ist, daß es voll verantwortlich ist, es in
der Form, wie Bjørneboe es geschrieben hat, her-
auszubringen. Außerdem behandelt das Stück
eine wichtige Periode in der Entwicklung des
kapitalistischen und imperialistischen Amerika:
ein Stück Geschichte, das sorgfältig in allen Ge-
schichtsbüchern umgangen wird.“

Die „Rote Emma“ wurde in Zusammenarbeit
mit dem „Theatersyndikat „Rote Emma“ her-
ausgegeben. Dieser Auflage bereiteten Bjørneboes
Erben jedoch über Anwälte ein rasches Ende, so
daß das Stück beschlagnahmt wurde.

Wir meinen nun auch, daß das Stück literarisch
sicher nicht fertig ist (der Vorwand für die Be-
schlagnahme) und wollen es deshalb auch nicht
drucken lassen. Aber wir halten das Manuskript
für eine gute Arbeitsgrundlage für ein Theater-
kollektiv und den Inhalt angesichts der bundes-
deutschen Kampagne via terrorismus „den stärk-
sten Staat, den es auf deutschem Boden je gab“,
aufzubauen, für sehr wichtig und „beleuchtend“.

Interessierte Theatergruppen oder Regisseure kön-
nen das Stück gegen Kopierkosten und Porto bei
uns anfordern.

mit anarchistischen Grüßen,

TROTZDEM — VERLAG

Obere Weibermarktstr. 3
7410 Reutlingen

berichtigung

im id nr 305 vom 26.10.79 auf seite 10
unter der überschrift „nachfolgeverfahren
zum prozess gegen fantasia und ivk wer-
den vorbereitet“

ist im letzten absatz ein sinnentstellender
druckfehler enthalten.

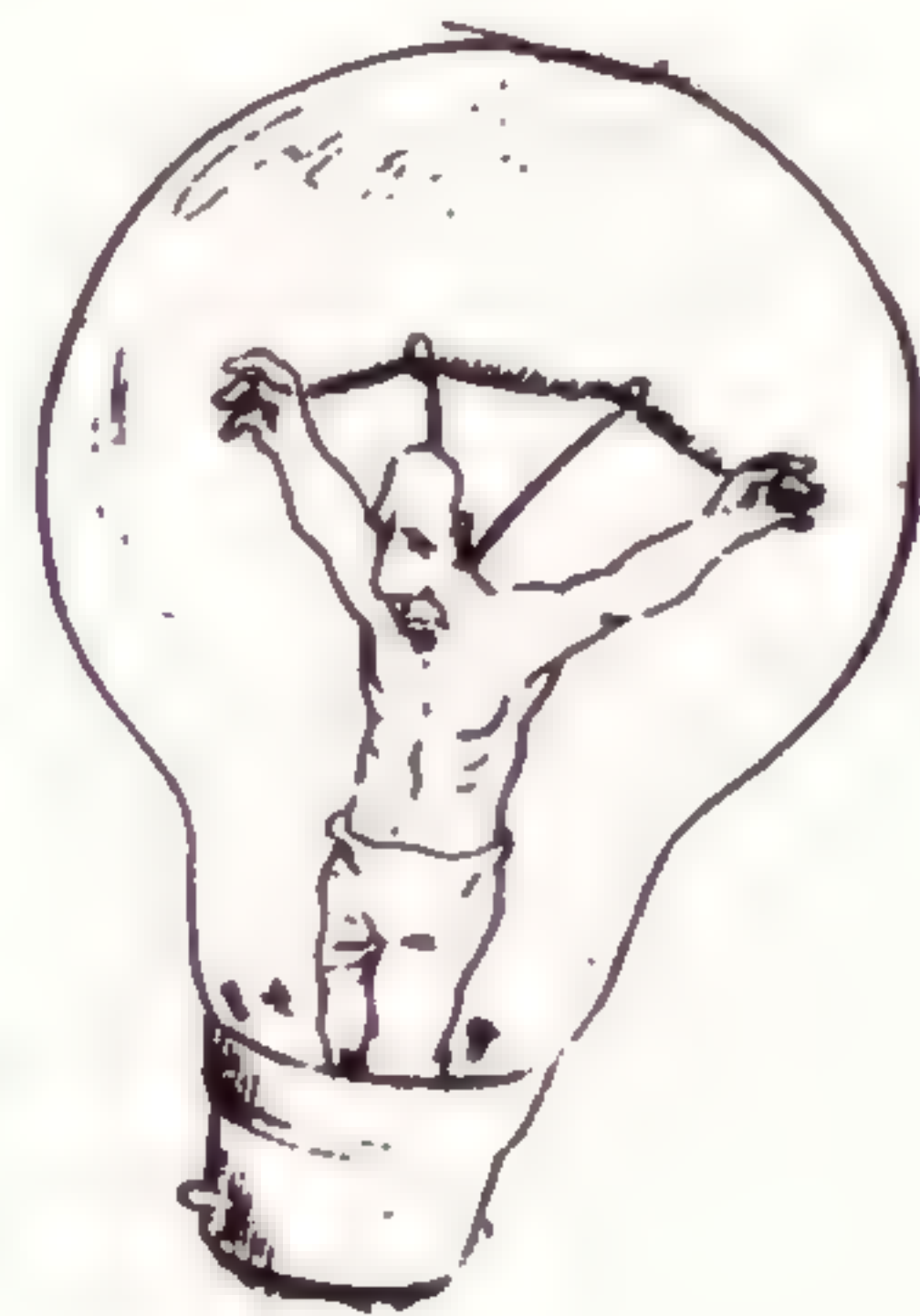
richtig heißt der letzte absatz:

„die staatsschützer wollen so die gefange-
nen ohne die geringste öffentliche kon-
trolle in den händen haben und die mili-
tanten der guerilla ohne den geringsten
protest auf der straße erschießen können.
das werden wir nicht zulassen.“

Indianer—Berichte

*Wir haben kürzlich mal gefragt, wer Interes-
se an Informationen über Indianer hat;
kaum jemand hat sich daraufhin gemeldet.
Wer trotzdem an Berichten über indiani-
sche Kulturen in Nordamerika interessiert
ist, die Informationszentrale für nordameri-
kanische Indianer hat sie.*

*Adresse: Info-Zentrale,c/o Richard S.Kelly,
Martin-Buber-Str.1, 1 000 Berlin 37*



**Wir suchen Material über Energieversor-
gungsunternehmen, besonders über das RWE
Vor allem interessieren uns folgende Fra-
gen:**

- Wer hat das Sagen im RWE?
- Welche Projekte betreibt das RWE?
- Welche Macht hat das RWE (mit Beispielen, wo sie die Macht anwendet)?
- Wie macht das RWE die Riesengewinne?

Wenn ihr etwas (Zeitungen, Bücher, Exa-
mensarbeiten) wißt zu diesem Thema, so
schreibt uns doch.

*Kontakt: Essener Initiative gegen Atomener-
gie, Eltingstr. 35, 4300 Essen*

DIE NACKTEN UND DIE ROTEN ODER: EINEN FORTSCHRITT GIBT ES DOCH! EINE MILITÄRGESCHICHTE

Dortmund — und anderswo
November 1979

In den letzten 13 Jahren hat sich in den meisten hochkapitalistischen Ländern eine kräftige, linke Soldatenbewegung, eine "Resistance inside the Armies" (RITA) entwickelt. Soldaten wehren sich — gegen den Fick, den Barras, die "Militärs". Und tun es — heutzutage — öfters erfolgreich.

Die Roten: Kommunistische Parteien, in vielen dieser Länder — insbesondere in Frankreich, Italien, Spanien, aber auch in Portugal und England — scheinen durch die rote RITA in größte Verlegenheit geraten zu sein: "Wir sind keine Antimilitaristen! Das hat nix mit uns zu tun!" Sie distanzieren sich, peinlichst.

Aber nicht in Deutschland...(der BRD): Hier hat — seit Beginn des Widerstands 1968 — die DKP und ihre Jugendorganisation, die SDAJ, die verhältnismäßig schwache Bewegung innerhalb der Bundeswehr nach Möglichkeit unterstützt. Einer der Hauptgründe, weshalb der deutsche Widerstand so schwach ist, liegt darin, daß fast alle Linken und Antiautoritären erfolgreich verweigern. Wenige fühlen sich "stark genug" (Entschuldigung, Herr Degenhardt) zum Bund zu gehen.

ADS, IDS und "Links um"

Die DKP-nahen Soldaten sind im Arbeitskreis Demokratischer Soldaten (ADS) organisiert. Seit Jahren bringen sie einen monatlichen "Informationsdienst für Soldaten" (IDS) heraus, der sich eher an Leute wendet, die schon in der Soldatenbewegung aktiv sind. Für die "breite Masse" gibt es vierteljährlich eine BILD-ähnliche Zeitung für Soldaten "Links um". Dabei werden die ADSler von einer zentralen Redaktion von "Veteranen" unterstützt, die oft nicht mehr Reservisten sind, weil sie zum Teil degradiert und "unehrenhaft" entlassen wurden.

Gespalten sind wir schwächer

Aber jahrelang marschierte (eher: latschte) die schwache deutsche Soldatenbewegung getrennt. Abgesehen von den (jetzt bedeutungslosen) Vaterlandsverteidigern und den KBWlern ("Wir haben die einzige Wahrheit, wer die nicht akzeptiert, ist ein Feind") hatten die von unten organisierten, unabhängigen Soldatenkomitees und die DKP-nahen "ADS"en erhebliche Berührungängste.

Sie unterscheiden sich nicht nur in den Schwerpunkten ihrer Arbeit. Während die Soldatenkomitees sich hauptsächlich für die täglichen Belange der Soldaten einsetzen, sind die ADSler oft etwas abgeho-

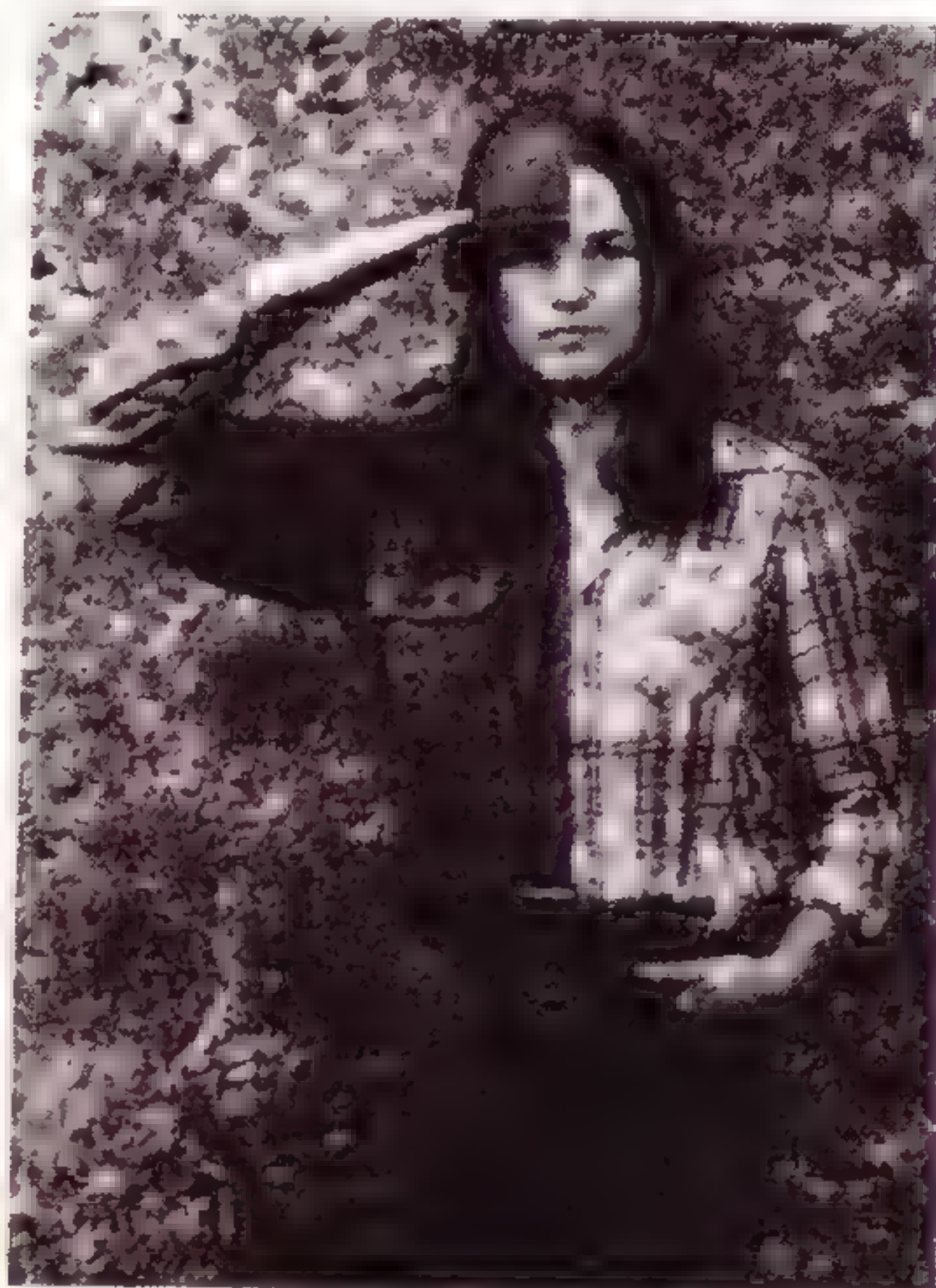
ben, wenn sie großen Wert auf die offene Bekämpfung der Nazivergangenheit und die heutige Aggressivität der Bundeswehr legen. Außerdem hilft eine erhebliche Dosis von Mißtrauen zwischen den "Chaoten" (ADSler über die Soldatenkomitees) und den "Bürokraten" (Soldatenkomitees über ADSler) die deutschen Soldatenbewegung gespalten zu halten.

Zusammen in Offenbach

Doch im Mai '79 erschienen — zum ersten Mal — ADSler und Redakteure von "Links um" bei einer bundesweiten Tagung der Soldatenkomitees in Offenbach (Siehe ID vom 5.5.79; Taz vom 15.5.79). Aber obwohl das Hauptthema der Tagung eigentlich die Möglichkeit (klein, aber da)



„Links um“ vorher ...



..., „Links um“ nachher

des Aufbaus einer deutschen Soldatenbewerkschaft war, drehte sich die Diskussion — 'na Auseinandersetzung — um etwas ganz anderes: nämlich um DIE NACKTE FRAU!

In jeder 'Links um' war seit ihrem Bestehen auf der ersten Seite eine halb-, dreiviertel- oder ganz nackte Frau abgebildet. Obwohl die in Offenbach vertretenen Soldatenkomitees über vieles uneinig waren, fielen sie wie ein geschlossener Zug über die Roten von "Links Um" her und beschimpften sie als "abscheuliche Sexisten". Die Verteidigung war schwach und verlegen. "Diese Frauen sind keine Lustobjekte" sagte die Redaktion von "Links Um". "Was sind sie denn?" fragten die Soldatenkomitees. Darauf gab es keine befriedigende Antwort. Viele der Soldatenkomitees fühlten sich durch diese Auseinandersetzung in ihren Vorurteilen den DKPlern gegenüber bestätigt, daß es wegen der Parteigebundenheit nichts bringe, mit ihnen zu reden.

Oder doch?

In den nächsten beiden Nummern von "Links Um" (Sommer und Herbst) hatte die Frau auf der Titelseite plötzlich Kleider an. Zufall?

Wir riefen bei "Links Um" an. Verantwortlicher Redakteur Hans-Jürgen Kawalun, degradiertes Gefreiter a.D. (fristlos entlassen): "Nein, das war nicht zufällig. Die nackte Frau ist kein Dogma. Wenn sie auch lange da war, ist jetzt unsere Meinung: wir müssen nicht durch unsere Konzeption künstliche Mauern aufbauen, die die Bewegung der männlichen jungen Wehrpflichtigen von den jungen Frauen trennt." Amen.

Max Watts/ ID

PS: Die ADSler werden auch nächstes Mal zum Treffen der Soldatenkomitees kommen, "wenn wir eingeladen werden" (Kawalun).

PPS: Die ADSler kämpfen heute in einer neuen Kampagne: "Frauen zur Bundeswehr — Nein, dankel"

PPPS: "Links Um" und IDS kann mensch beziehen. Adresse: Brüderweg 16, 4600 Dortmund.

„WOLLEN SIE MICH NICHT VERHAFTEN?“

KÖLN/HARXHEIM
30. Oktober

Jürgen Spindler ist Totalverweigerer und sollte am

1. Oktober in Köln seinen Wehrdienst antreten. Das hat er nicht getan und wird seitdem von den Feldjägern gesucht. Am 21. und 22. Oktober hat er zusammen mit anderen Kriegsgegnern vor der Kölner Kaserne demonstriert, um sich verhaften zu lassen. Nix war! Hier sein Bericht:

Am letzten Sonntag und Montag, 21. und 22. Okt., standen ca. 30 Kölner und Mainzer Freunde und ich in Köln vor der Kaserne, in der ich eigentlich seit 1. Oktober „meine“ Wehrpflicht erfüllen soll. Wir wollten meine Beinah-Kameraden

über meine konsequente Kriegsdienstverweigerung informieren und mit ihnen darüber diskutieren. Dabei sollte auch meine Verhaftung ablaufen, denn die Feldjäger bekamen die Gelegenheit geboten, mich nun nach wochenlanger, mühevoller Suche einzufangen. Direkt vor der eigenen Haustür! „Meinem“ Kompaniechef hatte ich auch schriftlich von meinem Kommen informiert.

Tagsüber fanden in der Stadt Blitztheater statt. Es wurde meine Verhaftung gespielt, dazu Flugblätter verteilt und mit dem Bürger darüber diskutiert. Abends um acht Uhr standen wir dann vor der Kaserne. Hatten Schilder umhängen, auf denen stand: wir alle sind Kriegsdienstgegner — einer von uns ist Jürgen Spindler, der seit 1. Oktober hier sein soll — wir wollen aber lieber hier draußen mit euch reden. Verteilten Flugblätter, informierten und diskutierten mit den in die Kaserne vom Wochenendurlaub zurückkehrenden Soldaten. Als bis 22 Uhr nichts passiert war und wir lange genug gefroren hatten, gingen wir für diesen Tag nach Hause.

Am Montag mittag um zwölf Uhr waren wir wieder da. Verteilten Flugblätter und diskutierten mit Soldaten und Offizieren. Und warteten. Dann kam sie, die Polizei. Sie stiegen aus ihrem Auto aus. Kamen zu uns. Ich verabschiedete mich langsam von den anderen. Wir waren gespannt. Aber da, sie wollten gar nichts von mir. Nein. Sondern uns nur auf die Straßenverkehrsordnung hinweisen. Wir sollten von der Straße runter und auf den Bürgersteig gehen. Ha, ha! Als sie dann wegen mir angesprochen wurden, konnten sie auch nach zweimaliger Rücksprache mit ihrer Zentrale (und Bundeswehr?) nichts mit mir anfangen. Es läge kein Haftbefehl gegen mich

vor. Als dann aus der Kaserne auch keine Reaktion mehr kam, packten wir zusammen und gingen.

Dienstags wurde der Presseoffizier der Kaserne angerufen. Er wußte über mich Bescheid, zu den Ereignissen an den Vortagen konnte (oder wollte) er nichts sagen. Daß ich nicht festgenommen wurde, liegt nach Aussage „meines“ Kompaniechefs daran: mein Brief, in dem ich mein Kommen angekündigt hatte, sei erst Montag Mittag auf seinem Tisch gelandet. Er hätte dann sofort von der Mainzer Polizei eine Personenbeschreibung von mir gefordert, um alle, die so aussehen wie ich, zwecks Feststellung der Personalien vorläufig einzufangen. Die Feldjäger wären dazu berechtigt. Diese Personenbeschreibung kam aber erst 15 Minuten, nachdem wir gegangen waren. So hätte er mich nicht festnehmen können.

Ein Haftbefehl liegt jetzt gegen mich vor, werde also jetzt auch von der Polizei gesucht. Der Fall vom Kriegsdienstverweigerer Spindler wurde der Staatsanwaltschaft Köln mit Nachricht an die Staatsanwaltschaft Mainz übergeben. Also wird es bald zum Prozeß kommen, wahrscheinlich in Köln.

Der nächste „mich verhaften lassen“-Versuch wird nach der ersten Novemberwoche inszeniert. Will erst noch ein paar Freunde treffen, denen es ähnlich geht. Zudem will ich mich nicht sang- und klanglos verhaften lassen. Darum lassen wir uns noch ne schöne Aktion einfallen, mit der wir die Verhaftung einfädeln können. Hoffentlich fangen sie mich nicht davor. Mehr demnächst

Jürgen

Kontakt: Jürgen Spindler, Bahnhofstr. 119, 6501 Harxheim

ZUR LAGE DES TOTALVERWEIGERERS VOLKER JETTER

Tübingen *Tübinger Kriegsdienstgegner*
29. Oktober *setzen sich für die Entlassung des Totalverweigerers*
Volker Jetter aus der Bundeswehr ein und schreiben über die Leidensgeschichte von Volker unterm Militär:

Volker Jetter wurde am 14.2.1959 geboren. Er wuchs in Frommern bei Balingen auf, machte 1978 das Abitur und begann im Wintersemester 78/79 in Stuttgart das Studium der Physik.

Vor seiner Musterung im Frühjahr 1978 stellte er einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Im Verlaufe dieses Verfahrens gewann er jedoch die Überzeugung, daß der zivile Ersatzdienst nur eine waffenlose Form der Kriegsunterstützung sei. Im Zivildienstgesetz selbst ist in den „Vorschriften für den Verteidigungsfall“ die Möglichkeit verankert, den anerkannten Kriegsdienstverweigerer zu zivilen Hilfeleistungen heranzuziehen. Er stellt damit nicht nur einen Mann für die „Front“ frei, sondern leistet überdies einen Beitrag zur zivilen Komponente der Verteidigung, die - wie die Bundesregierung im „Weißbuch zur zivilen Verteidigung“ ausführt - eine unabdingbare Voraussetzung zur militärischen Seite der Gesamtverteidigung darstellt.

Der Zivildienst ist damit von Gesetzes wegen kein eigenständiger Friedensdienst, der, an der Gewissensentscheidung des Kriegsdienstverweigerers anknüpfend, militärisches Denken und militärische Strukturen überwinden kann, sondern ist im Gegenteil in die militärische Gesamtplanung eingebunden.

In einem offenen Brief an das Kreiswehrersatzamt Tübingen vom 13.9.78 begründete Volker Jetter seine solcherart radikalisierte Einstellung zur Kriegsdienstverweigerung und teilte gleichzeitig mit, daß er auch den Prüfungsausschuß als Teil der militärischen Institution nicht anerkennen könne und deshalb auf die Fortsetzung des Anerkennungsverfahrens verzichte. In seiner Abwesenheit wurde sein KDV-Antrag vom Prüfungsausschuß Tübingen am 14.9.78 abgelehnt. Einen Widerspruch dagegen legte Volker Jetter nicht ein. Er erhielt daraufhin einen Einberufungsbescheid zur Ableistung des Grundwehrdienstes zum 2.4.79. Entsprechend seiner Überzeugung erschien Volker Jetter nicht zum Dienst, wurde am 12.4.79 von Feldjägern in die Bundeswehr abgeholt und zwei Tage später in Untersuchungshaft in die Vollzugsanstalt Hechingen gebracht. Am 22.5.79 wurde er am Amtsgericht Rottweil wegen Fahnenflucht zu 6 Monaten Freiheitsentzug ohne Bewährung verurteilt.

Volker Jetter legte gegen das Urteil keine Berufung ein. Bis zu seinem Haftantritt am 18.6.79 wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen.

Seine Strafe saß und sitzt er seitdem vom 18.6. - 5.11.79 in der Vollzugsanstalt Rottenburg ab. Eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung wurde ihm versagt, da er eine „Bewährung“ beim Militär weiterhin ablehnt.

Da Volker Jetter zum Zeitpunkt seiner ersten vorübergehenden Haftentlassung vom 22.5. - 18.6.79 noch nicht aus der Bundeswehr entlassen war, begann er eine zweite „Fahnenflucht“, als er in dieser Zeit nach Hause statt in die Kaserne ging.

Von der Staatsanwaltschaft Rottweil wurde er deshalb am 10.7.79 erneut wegen Fahnenflucht angeklagt. Nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern aus Gründen der „Zweckmäßigkeit“ wurde dieses zweite Strafverfahren am 18.10.79 eingestellt.

Die Gefahr einer zweiten Bestrafung für seine gleichbleibende Überzeugung und Ablehnung jedes Militärdienstes ist damit aber nicht gebannt.

Die Bundeswehr hat angekündigt, daß sie Volker Jetter am 5.11.79 vom Gefängnis abholen und in die Kaserne bringen werde. Bereits am 5.11. muß Volker Jetter deshalb mit einer erneuten Anzeige und Anklage wegen Befehlsverweigerung rechnen.

Dieser Kreislauf von Kaserne - Gefängnis - Kaserne - Gefängnis wird solange weitergehen, wie Volker Jetter nicht aus der Bundeswehr entlassen wird, was in vergleichbaren Fällen bereits nach der ersten Beurteilung geschehen ist.

Diese für Volker Jetter so wichtige Entlassung kann vom Kommandeur der 10. Panzerdivision

Generalmajor Hackensellner, Graf Stauffenberg Kaserne, D-748 Sigmaringen

verfügt werden.

Wir bitten alle Empfänger des Briefes nach Möglichkeit eine Bitte nach Volker Jettens Entlassung an obige Adresse zu richten.

Kontakt: Deutsche Friedensgesellschaft/
Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.
Ortsgruppe Tübingen, Seelhausgasse 3
74 Tübingen 1, BRD

performances...

THEATRE**ENTERTAINMENTS****KIDS'SHOWS****"WE ARE SUPERVANDALS"**

Projektarbeit einer Theatergruppe

Seit zehn Jahren arbeitet die Kollektivgruppe 'AKTION SPACE' in der alternativen Kultur- und Theaterszene in London. Aus der Reaktion gegen das etablierte Theater in den 60iger Jahren entwickelte die Gruppe Projektarbeit mit Kindern, Straßentheater und experimentierte mit aufblasbaren Luftkissen.

Als Basis verfügt 'Aktion Space' über ein Kunst- und Kommunikationszentrum im Londoner Westend. Dort werden die eigenen Theaterstücke aufgeführt, wird anderen Theatergruppen der Fringeszene die Möglichkeit zum Spielen gegeben & werden 'workshops' angeboten, an denen nicht nur die Bewohner des Stadtteils reges Interesse haben. Jeder Kann an den Arbeitskreisen Film, Fotografie, Video teilnehmen oder Bauchtanz, Jonglieren, Akrobatik, Pantomime und Kung-Fu lernen.

Für viele Darsteller und Künstler gilt das 'Action Space'-Zentrum als günstiger Treffpunkt, um Informationen auszutau-

Pneumatics

schen. Hier können sie ihre Talente einem breiten Publikum vorstellen - Theater heißt im 'Action-Space'-Zentrum nicht unbedingt Trennung von Bühne und Zuschauerraum, sondern meist Kontakt auf Tuchfühlung.

Das erfolgreichste und vergnügungsreichste Unternehmen der Gruppe ist das Entwerfen und der Bau von aufblasbaren Plastikobjekten, die allsommerlich bei den vielen Park- und Straßenfesten im Mittelpunkt stehen. Aufgeregt kommen die Kinder angerannt, wenn der 'Action Space'-Bus mit den geliebten 'Inflatables' auftaucht und unter Geschrei und Tumult ein Lufthaus aufgeblasen wird, in das man hineinkriechen kann, oder Luftschläuche, auf denen man herumspringen kann, oder zum größten Spass eine ganze Wiese mit Luftkissen verschiedener Ausmaße belegt wird, wo einem dann beim Springen und Purzelbäumeschlagen ziemlich die Puste ausgeht.

Da sich das 'Action Space'-Kollektiv als Theater-Performergruppe versteht, werden die einzelnen Luftkissenstrukturen jeweils in eine Show einverleibt, in der den Kindern ein Fantasiereich geboten wird, das sie zur aktiven Mitarbeit auffordert und sie zum Rollenspiel anregt. Als besondere Attraktion in diesem Sommer galt das Aufblasen der bunten Spirale, einer Schneckenhausstruktur, die einer psychedelischen Lichtshow gleich durch verschiedenfarbige Plastiktunnel in eine transparente Arena führt. Am Eingang zur Spirale werden die Kinder und Erwachsenen auf eine Weltraumfahrt geschickt, die in der zentralen Sphäre in ein futuristisches Schauspiel ausartet, in dem mittels Ton- und Lichteffekten das Luftkissen in ein Raumschiff verwandelt wird; am Ende hebt ein Teil der Raumschiffzentrale vom Boden ab.

Die Verbindung von Luftkissen als Spielelemente mit der Theatervorstellung als kreativer, bewußtseinsverändernder Prozess ist das, was die Gruppe anstrebt. In der Transformation der Umwelt im Spiel werden die Rollenvorstellungen der Kinder hinterfragt, Themen behandelt wie Rassismus, Haus- und Straßenbau, Massenmedien und Atomenergie. Die einzelnen Projekte können mehrere Stunden oder einige Tage dauern, in denen zusammen mit den Kindern ein Thema entwickelt oder ein Luftkissen gebaut wird. Jeden Sonntag gibt's im 'Action Space'-Zentrum ein Luftkissenparadies für Kinder, eine riesige Halle wird in einen 'Soft Room' verwandelt; eine fantastische Gelegenheit zum Herumspringen und Austoben...

'Action Space' bereitet fürs nächste Jahr eine Polenreise sowie eine Amerika- und Deutschlandtournee vor.

Kontakt: Action Space, "Drill Hall", 16, Chenies St., London W.C.1, Tel.: 637 7664



ÄH, ... MIR SIND HALT

NOCH RICHTIGE IDEALISTEN

Nürnberg/Okttober

Ingo, 16, und Thomas „Tom Cat“, 17, wohnen beide noch bei ihren Eltern. Bis vor kurzem besuchte Ingo die Realschule, und Tom Cat verbrauchte sich in einer Elektrikerlehre. Beide haben ihre bisherige Ausbildungsstelle verlassen. — Sie bezeichnen sich gerne selbst als „punks“, gehen oft und regelmäßig ins KOMM und gehören hier zu den aktiven Jugendlichen.

KOZE: Was habt ihr bisher gemacht in Sachen Ausbildung, Schule, Lehre? Welche Schwierigkeiten hats gegeben?

Tom Cat: Naja, ich bin erst mal neun Jahre in die Maloche gegangen, so neun, zehn Jahre (soll net heißen, daß ich sitzengeblieben bin; ich hab halt noch a Jahr dazu genommen). Naja, und dann hab ich so a Scheiß Ausbildung angefangt, nä — uncool. Gestern isses zu Ende gewesen. Naja, hat mich nimmer gebockt, mich hats glangweilt. Naja, ich hab dann nimmer durchgeblickt, hat mer kann Spaß mehr gmacht. Und jetzt werd ich jobben. Na mach ich ne Europareise, so den ganzen Sommer über. Naja und danach werd ich mich mit a paar zusammenschließen, nä na wer mer Geld ansparen und a Kneipe oder irgend so was aufmachen... oder a Diskothek.

Ingo: Naja, erst mal bin ich ins Gymnasium gegangen, 7. Klasse wiederholt, nach'm Wiederholen rausgegangen, da hats mich nimmer bockt. Und dann auf die Realschule, aufs Peter Fischer, des war a so Scheiße, die Lehrer und so. Jetzt bin ich abgegangen auf die Hauptschule, da mach ich den qualifizierten Abschluß.

Dann möcht ich so drei Monate nach Griechenland

KOZE: Habt ihr euch eure Ausbildung selber ausgesucht, oder wer hat das bestimmt?

Ingo: Hat sich so ergeben.
Tom Cat: Des is von mir ausgangen, war mei eigener Entschluß.

KOZE: Würdet ihr ne „bessere“ oder höher qualifizierte Schul- oder Berufsausbildung machen wollen, wenn ihr das könntet?

Tom Cat: Ja, aber net so'n Job, wo ma gstreßt wird wie d'Sau, sondern irgendwas lockeres, naja, Architekt oder so was.

KOZE: Das heißt aber wieder Schule, Prüfungen, Studium, lange verregelte Zeit.

Tom Cat: Na des würd ich schon dafür aufbringen.

Ingo: Ich bin jetzt extra von der Schul abgegangen, weil's mir zu lang dauert. Viel zu viel Streß da, 13 bzw. 14 Jahr lang in der Schule rumhängen. Da kann ich was anderes machen.

KOZE: Wie siehts denn mit Jobben aus? Wäre das eure Perspektive?

Tom Cat: Ja, grad daß ma überleben kann, gut. Naja, und dann wer mer aan Teil davon ansparen — wenn ma mehrere ist... So wenig wie möglich ausgeben, so fünf Jahr lang oder so. Und wenn ma schon ein Anfangskapital hat, kann man sich schon was leisten, nen Laden oder so was, ne Kneipe, je nachdem.

KOZE: Willst du das alleine, oder mit mehreren Leuten zusammen machen? Und dann vielleicht mit ihnen zusammenleben, als „alternatives Projekt“ vielleicht?

Tom Cat: Ja sowieso. Wir wolln vorher schon zusammenleben und dann gemeinsam etwas aufbauen. Naja, der Ingo will vielleicht da mitmachen, und der Robin. Sind schon ein paar Leute, die da mitmachen.

KOZE: Habt ihr eine Vorstellung von alternativen Projekten? Kennt ihr welche? Beschreibt das mal: was wäre für euch „alternativ“?

Tom Cat: Ganz was „alternatives“ ist, wenn ma was eigenes macht. Naja, eben so ne Kneipe aufmachen, ne Alternativ-Kneipe und... Disco (mir wär das ja egal, ich mein, bin ja dann der Chef und so, oder besser gesagt, ... Hauptsach es gibt Kohle).

KOZE: Also nochmal im Ernst. Wie war das mit dem „alternativ“?

Tom Cat: Naja, zusammen was machen. Es kommt eben darauf an, wenn ich's allein schaffen würd, würd ichs allein machen, oder vielleicht zu zweit, grad noch, aber wenns alleine eben net geht, dann sind wir halt mehrere... Wenn man halt vorher ausmacht, daß man in 'ner Kommune zusammenlebt, und daß man später auch mal 'n Projekt machen will... weil ich verkehr da immer mit so 'ner Kommune und... die haben halt so fast ungefähr das Gleiche vor. Bloß wolln die das nach der Kneipe noch größer ausbauen, so ne eigene Schule und so was. Halt net in Deutschland, sondern in Marokko.

Ingo: Naja, ne alternative Kneipe stell ich mir schon so vor, daß man, so mehr ne Kommunikationskneipe, wo dann auch zu einigermaßen erträglichen Preisen verkauft wird. Und wo's z.B. auch was zu Essen gibt.

Und dann 'n Stück Land, wo man sich selber was anbaut, ökologisches, nicht so vergiftetes Zeug.
Tom Cat: Wenn ma schon in ner Kommune zusammenlebt, und wenn alle schon mitzahlen und so, dann geht alles viel schneller. Man muß mehrere sein, dann kann man's viel größer ausbauen...

KOZE: Es sieht doch oft so aus, als seien diejenigen, die ne Ausbildung, nen Arbeitsplatz haben, oder die studieren, daß die privilegiert sind; daß die besser leben, irgendwie glücklicher dran sind, als diejenigen, die ihre Ausbildung unterbrechen bzw. unterbrechen müssen. Die dann durch Jobben leben müssen. Wie seht ihr das mit den Bevorzugten und den Benachteiligten?



Tom Cat: Des ist a totaler Spießergedanke, daß die Arbeiter und die andere Scheiße da, daß die alle viel glücklicher sind oder so. Die stressen sich da in so'n Zwang rein, und da des muß ma schaffen, und tun halt da ewig lang, ihr ganzes Leben lang den gleichen Job machen, denselben Fuck... Springt sowieso nix raus dabei, weil se eben viel zu geschwächt schon sind und so.

Mir sind halt noch richtige Idealisten. Die andern müssen in die Lehr gehn, bloß weils die Eltern sagen, und würden doch gern was anders machen.

Ingo: Da für des Projekt, wo wir vorhaben, braucht ma sowieso keine grössere Ausbildung, für ne Kneipe mit am kleinen Bauernhof. Und ich find des sowieso Zeitverschwendung sowas zu machen.

Na, und ich will mich von den Zwängen der Gesellschaft loseisen und deswegen keine Ausbildung machen.

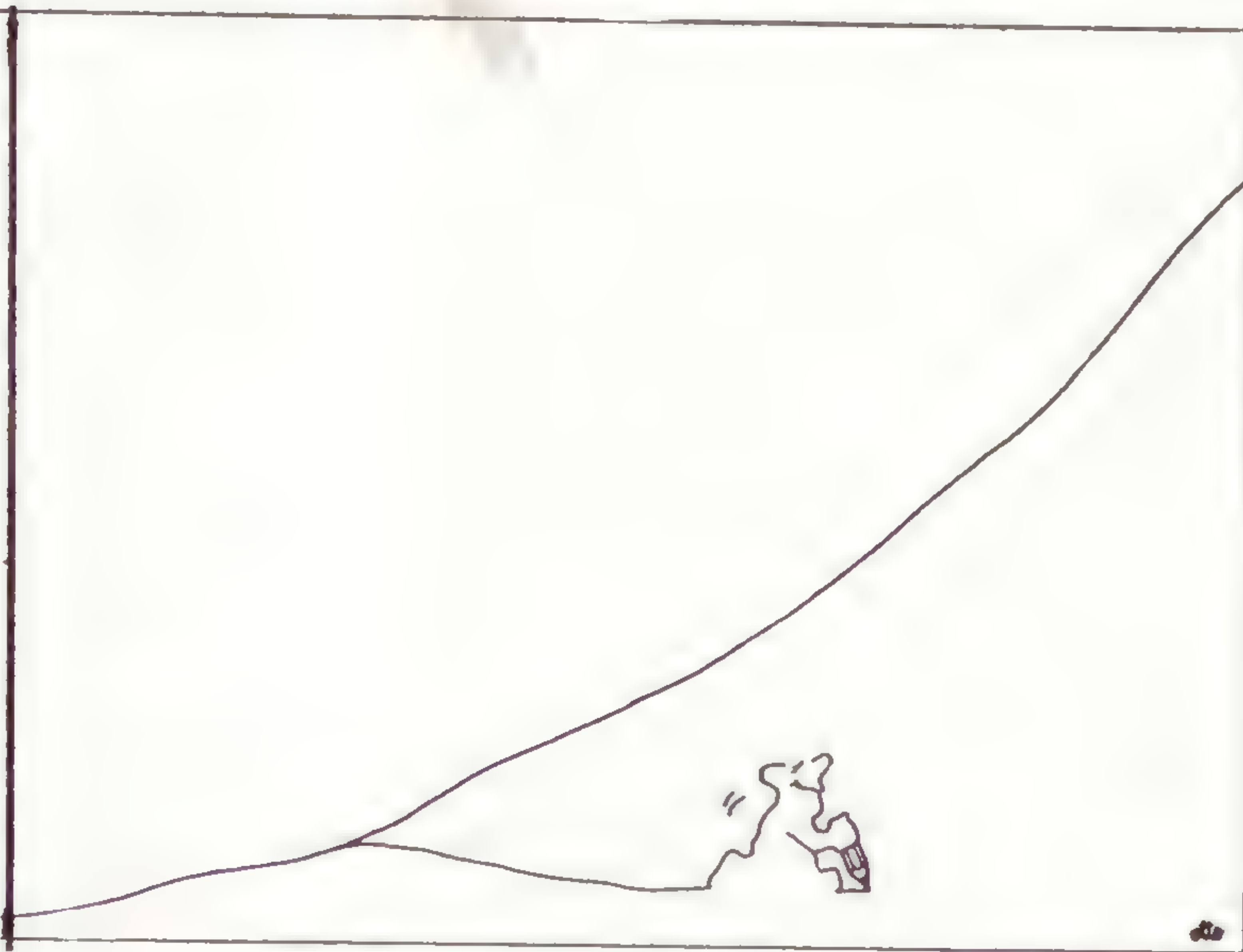
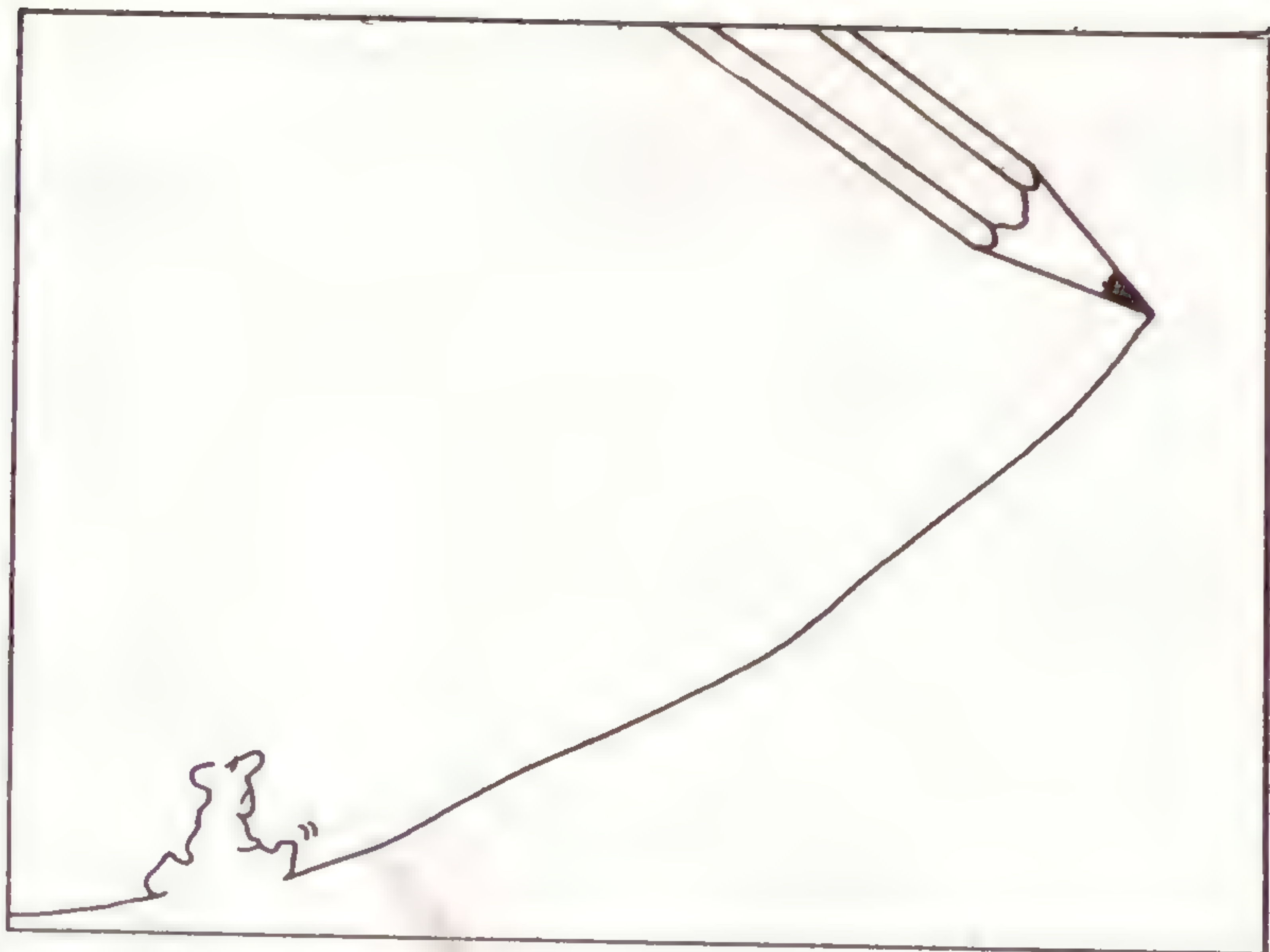
Tom Cat: Ich seh das genau so. Weil er (Ingo) spricht schon fast für mich und so. Weil wir sind gute Kumpel und so. Naja, und des ist halt so'n Typ, mit dem wolln wir ne Kommune aufmachen. Das stimmt schon mit den Zwängen und so. Weil die Leut sind schon so getrimmt, daß bloß wenn ma a Lehrstelle hat, is ma Mensch, und wenn ma keine hat, ist man der letzte Dreck oder so. Aber wennst dann später mal was hast, dann leben die zwar nimmer und kriegens nimmer mit. Aber da hast eben dann doch erreicht, was't gwoollt hast. Es muß bloß irgendwann a mal a Anfang gemacht werden.

KOZE: Stimmt es so, wenn man sagt, euch liegt eigentlich gar nichts mehr an ner Ausbildung oder nem festen Beruf?

Tom Cat: Nö eigentlich dran liegen tut mir nix. Vielleicht erst mal, weil man so reinstressen muß, bis ma mal nen Job kriegt und so. Ich wills eben beweisen, daß mans auch ohne so'n Scheißdreck da, Ausbildung und so schafft. Daß man eben, weil die Leut immer sagen, bloß mit Ausbildung is man was, und ich wills den Leuten beweisen, daß es ohne Ausbildung auchgeht und so.

Ingo: Naja, des mit dem Kneipenprojekt, was er (Tom Cat) da eigentlich mehr bevorzugt, das ist eigentlich mehr so als Nebenlösung... Daß man das Geld, was von der Kneipe übrigbleibt, immer in den Einkauf von Land steckt, von dem Bauernhof, daß ma später sich, die ganze Gruppe — das wird sich wahrscheinlich mit der Zeit vergrößern — da von dem Bauernhof leben kann. Weil ewig wird das ja in Deutschland a net so weitergehen, von wegen Wirtschaftsaufschwung. Daß ma so ne alternative Insel in der Konsumgesellschaft hat.

KOZE: Mit einer sochen Perspektive für euch kann ich mir vorstellen, daß ihr nicht allzuviel Geld verdienen werdet. Eure Konsummöglichkeiten sind dann nicht so groß mit 600–900 Mark im Monat. Paßt euch diese Vorstellung?



Ingo: Ich seh des net so, daß ma bloß wegen der Kohle was machen soll, sondern daß ma Spaß dran hat.

Auf Musikmachen z.B. hab ich nen Bock drauf, aber nicht deswegen, weil ich Kohle will. Wir wollen da vielleicht so ne „Konzertdirektion“ machen für so kleinere Anfängerguppen rund um Nürnberg und da so Auftritte, das Organisatorische... eben den Gruppen dabei helfen.

Tom Cat: Ich mein, man muß deshalb voraussehen, daß ma damit net viel Geld macht und so, und daß man trotzdem gut leben kann. Oder eben a weng schlecht. Man kann ja daraus auch wieder was machen.

Kleinvieh macht ja auch Mist.

KOZE: Was macht ihr jetzt im Augenblick, wie lebt ihr, wie verbringt ihr euren Alltag?

Tom Cat: Naja, wenn der Typ (Ingo) von der Schule aushat, und ich grad ausgeschlafen, treffen wir uns und so. (Hausaufgaben und so was läuft sowieso nicht bei dem.) Naja, wir machen Ohrringe zur Zeit, und die verkaufen wir halt in der Geige oder im KOMM.

Ingo: Nach der Schule treffen wir uns und verkaufen die Ohrringe. Und jetzt, von jemand von der Museumsbrücke, den ich gut kenn, haben wir das Angebot bekommen, daß wir bei so einem Laden mitverkaufen können und verkaufen als nächstes Stickers und so.

Und jetzt müssen wir a weng Kohle verdienen, daß wir a weng flüssig sind.

Das Interview entnahmen wir der „Komm-Zeitung“.

Die Zeitung wird vom Kommunikationszentrum Nürnberg herausgegeben.

Kontakt: Kommunikationszentrum
Königstrasse 93
8500 Nürnberg
Tel.: 0911/223647

Im ID 303 brach sich die Jahrhundertidee Bahn, daß Sexualität niemanden kalt läßt. Leider wurde diese Einsicht schon für Satire gehalten.

Im ID 304 wurde der Satire dann ein weites Feld gesichert durch die Enthüllung der Erotik in den Alltagsgegenständen.

Damit es der Satire nicht so schnell an Ausdrucksmöglichkeiten mangle, hier eine Liste von satirischen Formen.

Zu Beginn das Beispiel aus ID 304



die offenen Beine der Schere

des weiteren



Hausgiebel



Autobahn (Auf- und Abfahrt)



kleiner als, größer als



Schultüte



Finger (gespreizt)



Vau

Weh (Satire höherer Form)



Beine (gespreizt)



Aktendeckel



Brückenpfeiler



Flugzeug (Satire an sich)

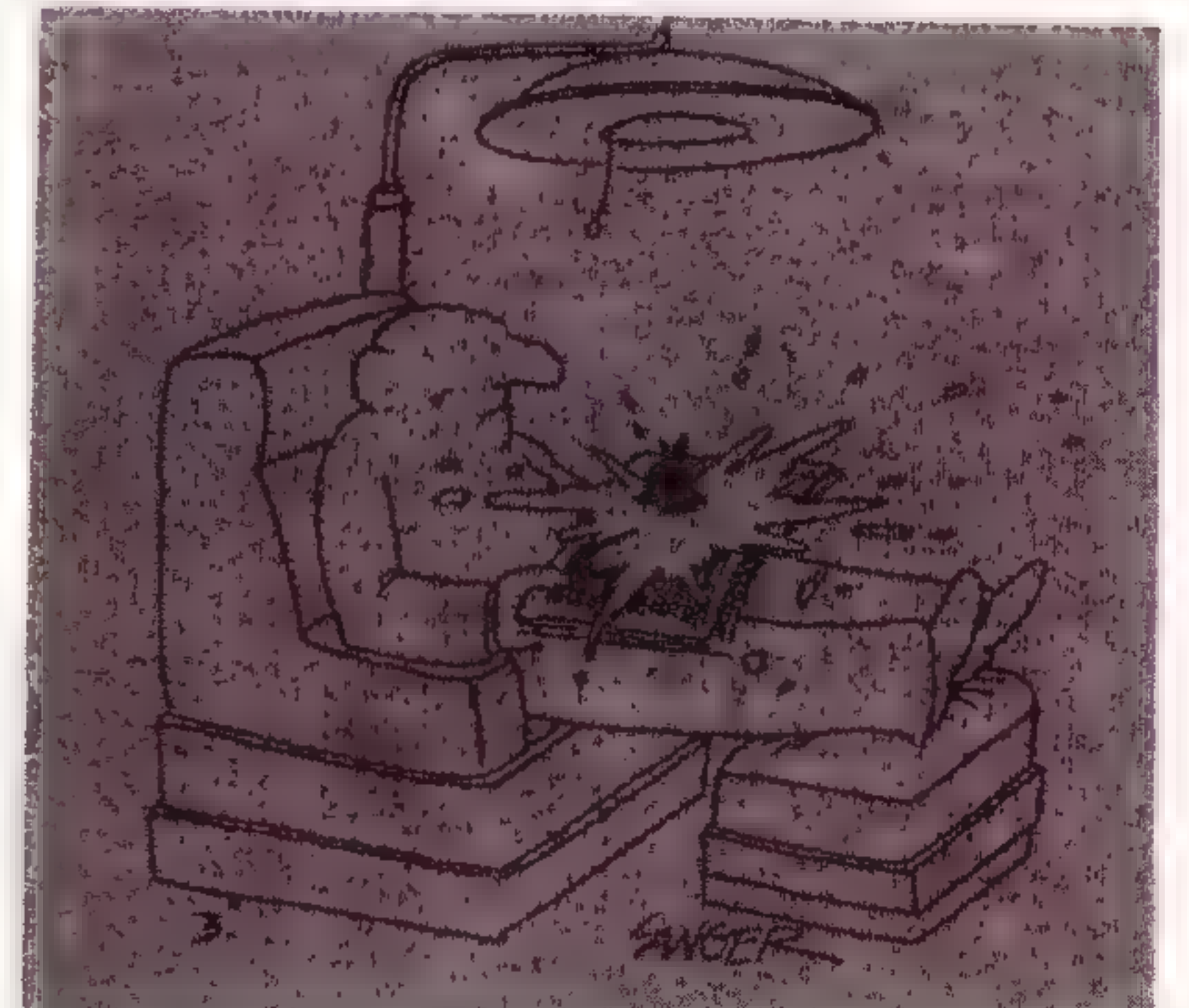
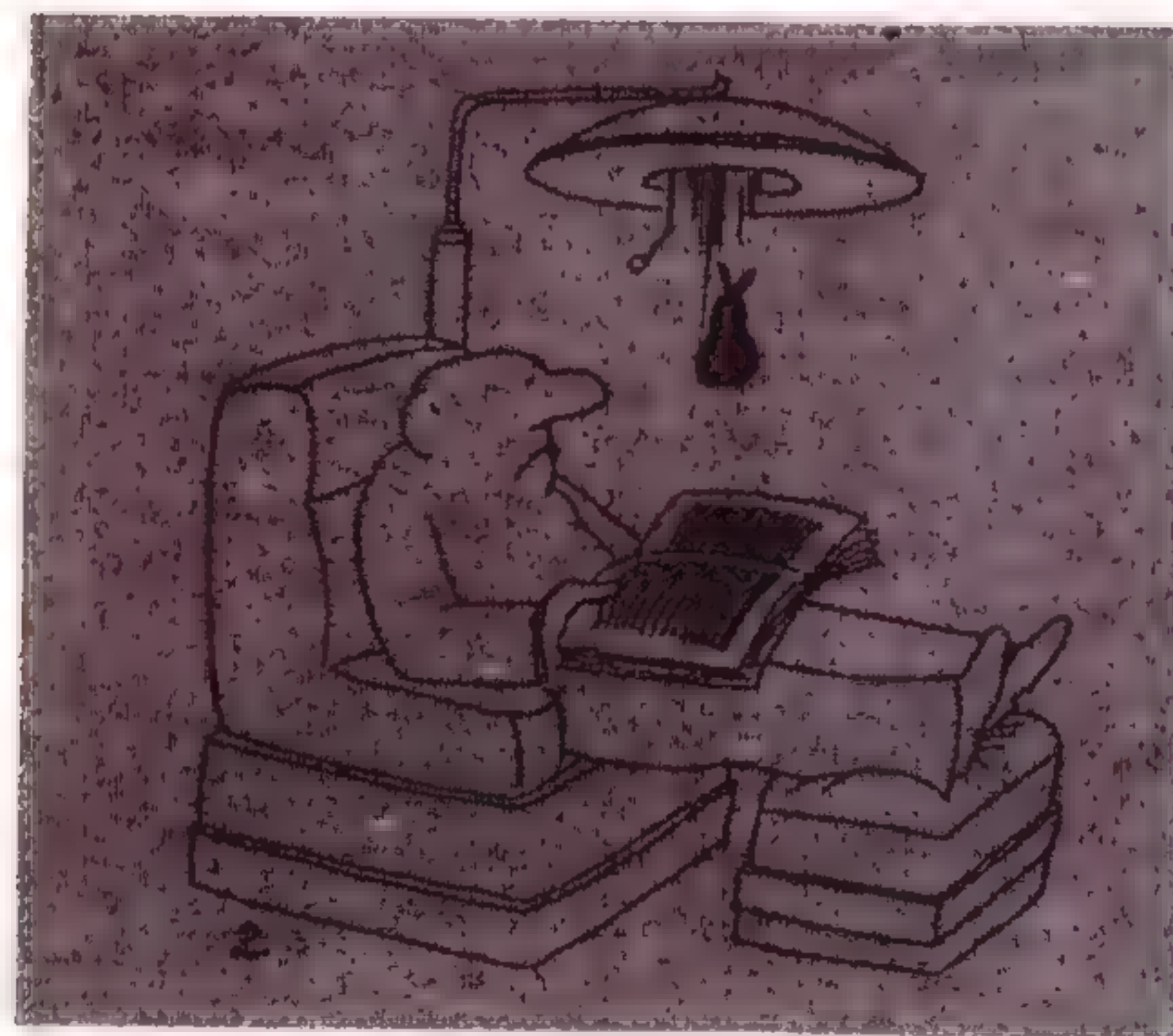
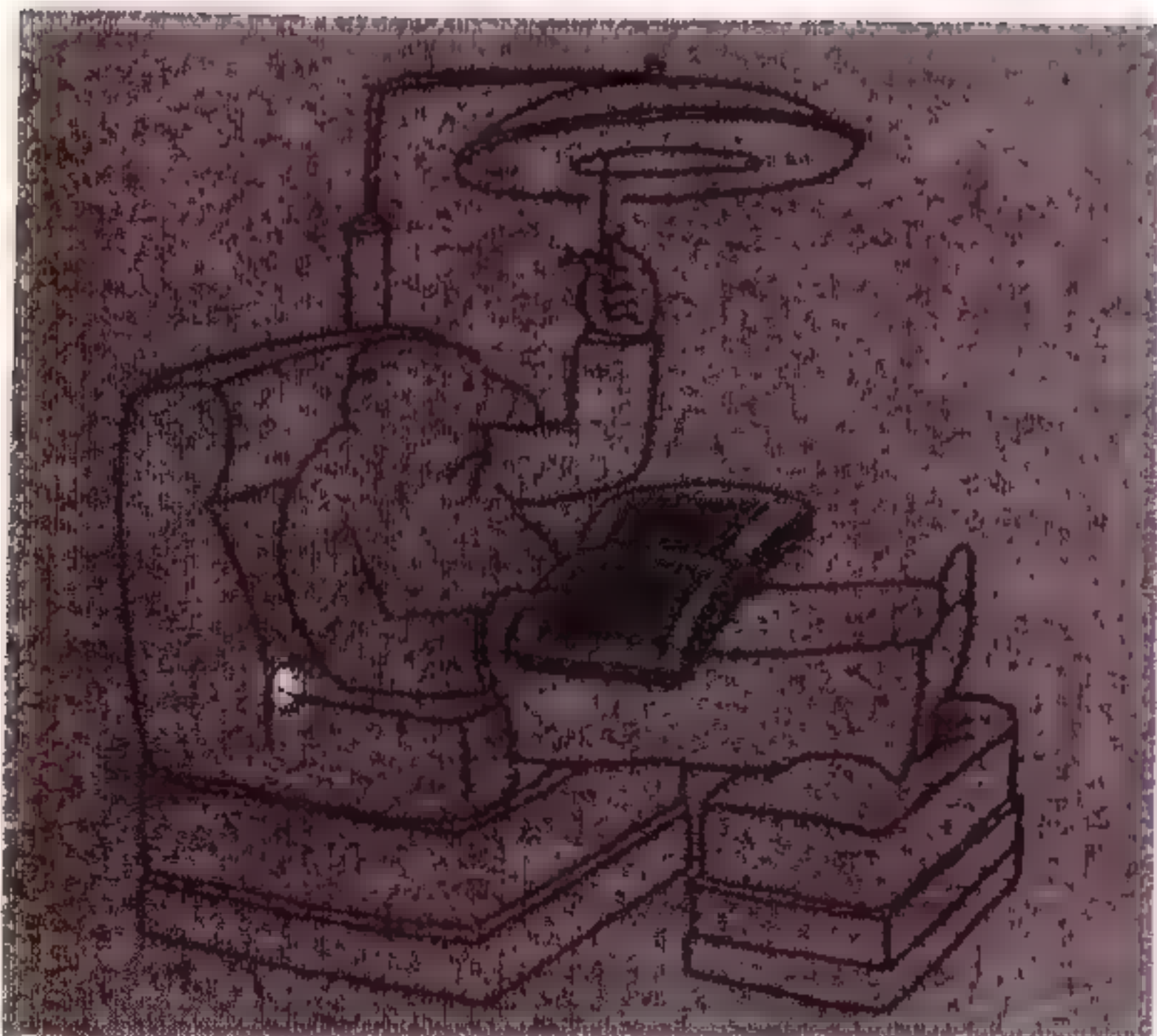


Uhrzeiger



Welch große Zukunft für die Satire !

Karl, 100



RASSENTRENNUNG

Offener Brief der Gesellschaft für bedrohte Völker an den „Deutscher Camping-Club e.V. Caravan- und Zeltsportverband“ in München

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen unserer Bürgerrechtsarbeit für Sinti (Zigeuner) mußten wir erfahren, daß auf den dem deutschen Campingclub e.V. angeschlossenen Campingplätzen Apartheid-ähnliche Rassendiskriminierung an deutschen und europäischen Zigeunern stattfindet, deren Volk in der NS-Zeit bekanntlich Opfer des Holocausts geworden ist. Ihre Campingplätze haben häufig Schilder aufgestellt, die Landfahrern den Zutritt verbieten. Landfahrer ist der offizielle Terminus, den Bund, Länder und verschiedene Wissenschaftler heute für Sinti und andere Angehörige des Volkes der Roma (Zigeuner) benutzen. Auf diesen Schildern ist keinesfalls vermerkt, daß es sich darum handelt, nur jenen Roma Zutritt zu verwehren, die zu der Zeit ihren beruflichen Verpflichtungen nachgehen. Vielmehr wird pauschal allen sogenannten „Landfahrern“ der Zutritt verwehrt. Das hat in ungezählten Fällen bedeutet, daß Roma, die Urlaub machen, als Angehörige dieser ethnischen und „rassischen“ Minderheit von Campingplatzhaltern vertrieben wurden.

Dieser Tatbestand erinnert uns an die Zustände in Alabama zu Zeit der Bürgerrechtsbewegung von Martin Luther King oder an Südafrika und ist, angesichts der Vernichtung von über 500 000 Zigeunern in den Konzentrationslagern des 3. Reiches, eine Ungeheuerlichkeit, die der Vertreter der Rechtsabteilung - in seinem Schreiben vom 26.9.79 - nicht einmal im Ansatz zu erkennen in der Lage ist.

Als während des diesjährigen deutsch-evangelischen Kirchentages der Verband der Sinti Deutschlands und die Gesellschaft für bedrohte Völker den Herrn Justizminister Dr. Vogel auf diese Rassendiskriminierung aufmerksam machten, erklärte Dr. Vogel spontan, Bundesbürger sollten in Selbsthilfe diese Schilder abmontieren.

Mitglieder der beiden oben genannten Verbände machten Anfang Juli in Großwelzheim bei Aschaffenburg während einer Aktionswoche für die Bürgerrechte diskriminierter Zigeuner demonstrativ bei Anwesenheit der Presse ein entsprechendes Schild unlesbar. Der Deutsche Campingclub e.V. scheint die Ernsthaftigkeit dieses Aktes nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, wenn er uns mit einer Klage droht, falls wir nicht bis zum 15.10. verbindlich erklären, „daß wir künftig keine Platzordnungsschilder mehr übermalen werden“.

Ihre Absicht, die rassistische Apartheidpolitik auf Campingplätzen durch den Ruf nach Polizei und Staatsanwaltschaft zu verteidigen, scheint darauf hinzuweisen, daß sie nicht einmal bemüht sind, sich mit dem Tatbestand des Bruchs des Grundgesetzes, das auch für „rassische“ Minderheiten gilt, auseinanderzusetzen.

Ihren Ausführungen über die Privatautonomie der Campingplatzhalter können wir insofern nicht zustimmen, als diese sich nicht rassistische Sonderpraktiken anmaßen dürfen, die dem Grundgesetz widersprechen.

Im übrigen erstaunt es uns, daß Sie zwar anfangs erklären, daß der Deutsche Campingclub „nicht der kompetente Adressat“ sei, Sie andererseits eine ultimative Klage ankündigen.

Für den Bundesvorstand der bedrohten Völker

Tilmar Zülch

P.S. Im Zuge der Bürgerrechtsarbeit für Roma (Zigeuner) hat die Gesellschaft für bedrohte Völker gerade in der Reihe roro-ro-aktuell des Rowohlt Verlages ein Buch unter dem Titel 'In Auschwitz vergast - bis heute verfolgt, zur Situation der Roma in Deutschland und Europa' herausgegeben, an dem auch 6 Roma Autoren beteiligt waren.

Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159, 3400 Göttingen, Tel. 0551/46861

Nächste Runde im SCHADENSERSATZPROZESS GEGEN GROHNDE-DEMONSTRANTEN

HANNOVER 27. Oktober *Seit dem 15. Oktober läuft vor dem Landgericht Hannover der Schadensersatzprozeß der Bezirksregierung Hannover gegen 17 Grohnde-Demonstranten. Bisher fast ohne jede Beteiligung durch die Öffentlichkeit. Hier die wichtigsten Neuigkeiten zu diesem Prozeß vom Ermittlungsausschuß Hannover:*

Die Bezirksregierung hat mittlerweile „Belege“ für weit mehr als 234.000 DM vorgelegt, behält aber die bisherige Klagesumme großzügig bei — vorläufig.

Beigetreten ist der Klage der Polizeihauptkommissar Peter Gehrmann, Holunderweg 39, 4815 Schloß Holte, der für eine in Grohnde erlittene Verletzung 20.000 Mark Schmerzensgeld haben möchte. Zitat aus der Klageschrift: „Zuerst wurde der Kläger von einem ... Rundholz am Oberschenkel getroffen. Kurz darauf wurde ... der Kläger von mehreren Demonstranten mit Knüppeln angegriffen. Der Kläger wehrte die von vorn geführten Stockschläge mit dem Schild ab. Plötzlich tauchte hinter den angreifenden Demonstranten eine weitere Person auf, lief nach rechts in die ungedeckte Flanke des Klägers und warf ihm einen dicken Feldstein mit voller Wucht aus kürzester Entfernung gegen den Kopf. Nach diesem Steintreffer ging der Kläger vorübergehend in die Knie, kam jedoch wieder hoch und wehrte sich weiter gegen die auf ihn einschlagenden Demonstranten. Durch den Steinwurf wurde der Unterkiefer des Klägers mehrfach gebrochen, jedoch wurde er in dem Kinnriemen seines Schutzhelmes so gut gehalten, daß er nicht herunterfiel. Der Kläger blieb deshalb weiter im Einsatz.“

Verhandelt wird jetzt gegen 17 Demonstranten, nachdem das Versäumnisurteil gegen Wolfgang Gießler rechtskräftig geworden ist und die Versäumnisurteile gegen Eso und Bernd Löwe auf ihre Beschwerde hin wieder aufgehoben wurden.

Im Prozeß soll zunächst ein Urteil darüber gefällt werden, ob der Anspruch der Bezirksregierung grundsätzlich und gegen jeden einzelnen gerechtfertigt ist. Erst wenn dies Urteil rechtskräftig ist (das wird mit Sicherheit bis zum BGH gehen), wird über die Höhe der Forderung verhandelt — es ist also ein Zeitraum von 10 Jahren bis zum endgültigen rechtskräftigen Urteil nicht unrealistisch, eine Dauer von weniger als fünf Jahren auf jeden Fall kaum vorstellbar.

Gehört werden in der ersten Verhandlungsrunde (ursprünglich geplant: 28 Tage) 165 Zeugen, denen ebenso präzise wie bekloppte Einzelfragen vorgelegt werden, z.B.: „Fand bei der Räumung des Ostfeldes ein Kampf Mann gegen Mann statt?“ u.ä. Das Gericht hat z.T. Zeugen geladen, die von keiner der beiden Seiten benannt worden waren (was es nicht darf), in anderen Fragen durch die Auswahl der Zeugen das Ergebnis vorweggenommen. So sind zur Frage „Konnten alle Demonstranten die Lautsprecherdurchsagen der Polizei verstehen?“ rund ein Dutzend Polizisten als Zeugen geladen, aber kein einziger Demonstrant — lediglich der Fotograf Günter Zint und die Hobby-Filmerin D., nach deren Vernehmung dann jeweils hohe Polizeichargen wieder für die richtige Stimmung sorgen sollen.

Aus diesem und anderen Gründen wurde am ersten Tag ein Befangenheitsantrag gestellt, der abgelehnt wurde. Auch die Beschwerde beim OLG Celle wurde abgelehnt. Dadurch fielen allerdings die an den ersten fünf Verhandlungstagen geplanten Zeugenvernehmungen ins Wasser, sie werden am Ende nachgeholt.

Die nächsten Termine (in Klammern jeweils die Namen derjenigen AKW-Gegner, deren persönliches Erscheinen zu diesem Tag angeordnet ist)

Montag, 12.11.	(Burkhardt Weecke)
Dienstag, 13.11.	(Burkhardt Weecke)
Mittwoch, 14.11.	(Linda, Klaus Hahn)
Donnerstag, 15.11.	(Christian Gehrke, Norbert Iwan)
Freitag, 16.11.	(Christian Matschkus, Norbert I.)
Montag, 19.11.	(Norbert Iwan)
Dienstag, 20.11.	(Norbert Iwan, Rüdiger)
Donnerstag, 22.11.	(Aloisia Pochert)
Freitag, 23.11.	(Karl)
Montag, 3.12.	(Christian Matschkus, Friedhelm)
Dienstag, 4.12.	(---)
Mittwoch, 5.12.	(---)
Donnerstag, 6.12.	(---)
Freitag, 7.12.	(---)

Alle Termine beginnen um 9.00 Uhr (montags 9.30 Uhr) im Landgericht, Raum 144. Bisher finden keinerlei Kontrollen der Zuschauer statt. An obige Liste werden mit Sicherheit weitere Termine angehängt, u.a. auch die, zu denen Eso und Bernd erscheinen müssen. (Andreas hat für den Prozeß neun Tage Knast-Urlaub bekommen.)

Kontakt: Ermittlungsausschuß Hannover, c/o Goetz Buchholz, Boedekerstr. 75, 3000 Hannover 1.

„TAUSENDE SPRECHEN SICH GEGEN DIE GEPLANTE URANANREICHERUNGSANLAGE IN GRONAU AUS“

Die Bürgerinitiative gegen die Urananreicherungsanlage Gronau teilt mit:

Während der öffentlichen Auslegung des Sicherheitsberichtes (15.8. – 16.10.79) erhoben mehr als 4 000 Bürger Einwendungen gegen die geplante Urananreicherungsanlage in Gronau. Am vergangenen Montag wurden diese 4 000 Einwendungen von der Bürgerinitiative gegen die Urananreicherungsanlage Gronau beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen (Genehmigungsbehörde) eingereicht.

Jedoch behält sich die Bürgerinitiative noch weitere Einwendungen vor, da der Sicherheitsbericht nur ungenügende Angaben über die Anlage macht, um diese in ihren Auswirkungen auf die Umwelt ausreichend beurteilen zu können. Die Genehmigungsbehörde lehnte trotz dieses ungenügenden Sicherheitsberichts den Antrag der BI auf Einsichtnahme in sämtliche Gutachten und Akten ab.

Die vielen Einwendungen machen deutlich, daß die Bevölkerung in Gronau den Bau und Betrieb der Urananreicherungsanlage nicht widerspruchslos hinnehmen wird und den Argumenten der Betreiberseite mit äußerster Skepsis gegenübersteht. Die BI stellte bei ihrer umfangreichen Informationsarbeit häufig fest, daß Bürger aus Angst vor Nachteilen im beruflichen und gesellschaftlichen Leben den aktiven Widerstand scheuen. Auch sind selbst diese über 4 000 Einsprüche für die einzige örtliche Tageszeitung (Westfälische Nachrichten) nicht Grund genug, darüber zu berichten.

Die Einwendungen gegen den Bau und Betrieb der Anlage sollen auf dem für Anfang nächsten Jahres geplanten Erörterungstermin von Betreiber- und staatlicher Seite verteidigt werden. In der nächsten Zeit wird daher die Hauptarbeit der BI in der Vorbereitung auf den Erörterungstermin liegen.

Noch in diesem Jahr werden Wissenschaftler, die der Kernenergie kritisch gegenüberstehen, in Gronau konferieren, um unter anderem über die Risiken der geplanten Urananreicherungsanlage zu diskutieren. Auch haben einige Wissenschaftler und Juristen ihren fachlichen Beistand zugesagt. Denn obwohl sich immer mehr Bürger für die Problematik der Kernenergie interessieren, ist es sehr schwer, sich mit seinen Argumenten gegen die Uranisotopentrennungsgesellschaft mbH, Jülich, den Betreiber der Anlage, durchzusetzen.



Die Urananreicherungsanlage ist der zweite Schritt im "Brennstoffkreislauf"

*Wehret den Anfängen,
ohne Urananreicherung keine Kernenergie,
weg mit der Urananreicherung,
stop dem Atomprogramm.*

Es geht uns alle an.

Kontaktadressen: R. Carl, Möllenweg 22, 4432 Gronau und D. Verst, West 8, 4431 Heek, Tel. 02562/ 12263 tagsüber bzw. 02565/ 1501 abends.

Neckarwestheim soll bald ein strahlenverseuchtes Nest sein

Heilbronn,
27. Oktober

Die Bürgerinitiative Heilbronn schreibt:

Wenn auch nicht sehr viel, aber auch hier unten bei uns läuft etwas gegen die Atomkraftwerke. In Besigheim trafen sich am 23.10.79, 38 Einwender gegen die geplante Kompaktlagerung in Neckarwestheim, um Forderungen an den Erörterungstermin auszuarbeiten.

Um nicht wie die Bibliser bei solch einem Termin 'eingemacht' zu werden, möchten wir vorher Öffentlichkeit schaffen. Insgesamt gibt es 5287 Einsprüche, davon 121 Einzelansprüche.

Forderungen zum Ablauf des Erörterungstermins zur beantragten Kompaktlagerung im AKW Neckarwestheim

Wir stellen folgende Forderungen aufgrund der Erfahrungen in früheren Erörterungsterminen bei atomrechtlichen Verfahren:

1) Jede(r) Einwender(in) hat die gesamte Erörterung hindurch Rederecht! Begründung: Auch die Betreiberseite hat jederzeit die Möglichkeit, sich gemeinsam zu äußern.

2) a) Diskussionsgliederung nach Sachthemen und nicht nach der Reihenfolge der Eingänge! Begründung: Nur so ist eine sachbezogene Auseinandersetzung möglich.

b) unsere moralischen Bedenken und Ängste gegen die Kompaktlagerung als zusätzliche Bedrohung durch die Atomindustrie müssen zu Beginn behandelt werden.

Begründung: Dazu kann, im Gegensatz zu den technischen Punkten jeder etwas sagen.

3) Keine Anwesenheit der Polizei im Saal!

Begründung: Die Einwender sind keine Angeklagten, sind keine Verbrecher, sondern nehmen ihr Bürgerrecht in Anspruch!

4) a) Als Termin ein schulfreier Samstag und falls notwendig der Sonntag zusätzlich, keine Erörterung an einem Schul- bzw. Arbeitstag!

Begründung: Alle Berufstätigen, Schüler und Eltern von Schülern sollen in der Lage sein, ihr Recht in Anspruch zu nehmen indem sie am Erörterungstermin teilnehmen können. (Kinder und Jugendliche sind am stärksten von den Gefahren der Atomenergie betroffen!)

b) keine Überschneidung mit dem Erörterungstermin zur beantragen Kompaktlagerung in Philippsburg!

Begründung: Einige der Einwender haben sowohl zu Neckarwestheim als auch zu Philippsburg Einspruch erhoben.

5) Verhandlungssprache ist deutsche Umgangssprache!

Begründung: Alle Anwesenden sollen auch die Juristen und Techniker verstehen können!

Diese Forderungen wurden auf einem Treffen von 38 Einzelnwendern erarbeitet und werden von 8 Bürgerinitiativen um Neckarwestheim unterstützt.

Wiederaufbereitungsanlage in Hanau-Wolfgang geplant?

Presseerklärung des Arbeitskreises Atomenergie Hanau:

Hanau
25.10.79

Liebe Leute, folgende Presseerklärung, die auch an bürgerliche Zeitungen geht, und von diesen wohl nicht vollständig abgedruckt werden wird, ist unser Versuch, den hessischen Wirtschaftsfritzen Karry nach seinen philosophischen Gedanken zu einer WAA auch in Hessen zu eindeutigeren Stellungnahmen zu reizen.

Wir sind uns bei allen Informationen und eigenen Überlegungen, die den Plan - WAA in Hanau - zu bestätigen scheinen, nicht vollends sicher. Dagegen spricht nämlich die Schwierigkeit, solch ein Projekt ausgerechnet im Ballungsgebiet Rhein-Main zu bauen wo der Widerstand von vornherein enorm sein wird.

Trotzdem: dies ist eine Provokation, und wir bitten jeden, der zusätzliche oder auch gegenteilige Informationen hat, uns dies mitzuteilen...

Vor einem halben Jahr etwa erhielten wir von einem bei einer Hanauer Nuklearfirma Beschäftigten die Information, in Hanau-Wolfgang sei eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) a la Gorleben, jedoch kleineren Umfangs, geplant. Er habe auch entsprechende Pläne gesehen. Weitere Informationen wollte er nicht geben, da er um seinen Arbeitsplatz fürchtete und das Vorhaben seiner Meinung nach früh genug im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens bekannt werden würde.

Angesichts der Brisanz dieser Information und der in diese Richtung gehenden Entwicklung veröffentlichen wir sie hiermit und dazu folgende Tatsachen und Überlegungen, die dafür sprechen, daß wieder einmal über die Köpfe der Bürger hinweg von langer Hand vorbereitete Fakten geschaffen werden sollen.

Die Alkem GmbH wurde 1964 in Karlsruhe gegründet. Zweck des Unternehmens war von Anfang an die Produktion von Plutonium-Brennelementen. Nach einigen Jahren der Entwicklung wurde die Firma 1972 nach Hanau umgesiedelt, um dort die industrielle Produktion von Plutonium-Brennelementen zum Einsatz in Schnellen Brutreaktoren vorzubereiten und durchzuführen. Es scheint möglich, daß damals schon erwogen wurde, eine WAA auf dem Hanauer Werksgelände zu errichten. Dieses Konzept wurde Mitte der 70er Jahre geändert zugunsten eines „Nuklearen Entsorgungszentrums“ (NEZ), welches Wiederaufbereitung und die Einlagerung radioaktiver Abfälle in Salzstöcken in einem Komplex vereinen sollte und mit einem größer als bisher geplanten Produktionsumfang arbeiten sollte. Nach drei erfolglosen Versuchen in Niedersachsen, die Standortplanung voranzutreiben - der Widerstand der örtlichen Bevölkerung war jeweils zu groß -, wurde 1977 Gorleben als Standort benannt. Der Vorteil schien zu sein: strategisch günstige Lage, der Landkreis ist leicht gegen das übrige Bundesgebiet abzu-



sperren, die Bevölkerungsdichte ist die geringste im gesamten Bundesgebiet, demzufolge schien hier wenig Widerstand gegen das Projekt zu erwarten. Jedoch entwickelte sich in der Bundesrepublik eine Widerstandsbewegung, die den Bau des „NEZ“ auf unbestimmte Zeit verzögern kann.

Dem trug der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht Rehmann, indem er eine WAA in Gorleben für „zur Zeit politisch nicht durchsetzbar“ erklärte.

Vor drei Wochen nun einigten sich die Bundes- und Länderregierungen darauf, mehrere kleine WAA im Bundesgebiet verteilt zu bauen. Eine Woche später bezog sich der hessische Wirtschaftsminister Karry auf diese Vereinbarung und erklärte, „gegebenenfalls eine Wiederaufbereitungsanlage auch in Hessen zu prüfen und zu diskutieren....“.

Diese recht vage Äußerung soll u. E. die Tatsache, daß die Standort-Planung für eine hessische WAA schon fertig in der Schublade liegt, verschleiern und gleichzeitig die Öffentlichkeit auf dieses Vorhaben allmählich vorbereiten.

Unser Verdacht, daß Hanau dieser Standort sein soll, wird bestärkt durch die Tatsache, daß 1977 hier der „Plutonium-Bunker“ gebaut wurde, und die genehmigte Lagerkapazität (bisher 500 kg) per Antrag auf 10 000 kg Plutonium erweitert werden soll. Eine solch große Menge Plutonium kann jedoch nur in einer Anlage größeren Ausmaßes als der Versuchs-WAA in Karlsruhe gewonnen werden. Auch die WAA in La Hague/Frankreich kann diese Mengen nicht liefern.

Auch die Verzögerung der Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearfirmen scheint in Zusammenhang mit unserem Verdacht zu stehen. Ende 1975 stellten die Firmen Alkem, RBU, Nukem und Hobeg ihre Anträge auf Genehmigung nach dem geänderten Atomgesetz – § 7. Das Genehmigungsverfahren, bei dem die Bedenken betroffener Bürger berücksichtigt werden müssen, ist bis heute nicht durchgeführt worden, angeblich weil die Erarbeitung des erforderlichen Sicherheitsberichtes solch lange Zeit (4 Jahre) beanspruche. Dazu ist zu sagen, das Werk II der Reaktor-Brennelemente-Union (RBU) wurde in der Hälfte der Zeit genehmigt. Auch wurde im Fall des „NEZ“ schon zwei Jahre nach Bekanntwerden des Standorts ein 3000 Seiten umfassender Sicherheitsbericht vorgelegt, obwohl dieses Projekt sehr viel komplexer ist als die Hanauer Nuklearfirmen, die zum Teil schon länger als zehn Jahre bestehen und deren Sicherheitsbelange doch bekannt sein sollten.

Wir vermuten, die Genehmigungsverfahren wurden hinausgezögert, um zunächst die Fortschritte des geplanten „NEZ“ bei Gorleben zu beobachten und - falls dieses so nicht durchsetzbar sei - die Planung einer Hanauer WAA in die Verfahren für die Hanauer Nuklearfirmen zu integrieren.

Auch die Firmen RBU und Nukem sind an der Planung und späterem Betrieb einer WAA beteiligt. Während die RBU für den Uran-Bereich verantwortlich zeichnet, arbeitet die Nukem direkt an der Aufbereitung hochradioaktiver Abfälle.

1978 begann die Nukem, einen Teil ihrer Produktion nach Alzenau umzusiedeln. Somit wäre Platz geschaffen auf dem Hanauer Werksgelände, das zudem noch um ein in Nukem-Besitz befindliches angrenzendes Waldstück erweiterbar ist.

Wir fordern von Wirtschaftsminister Karry eine Stellungnahme zu unseren Vermutungen, die Entkräftigung unseres Verdachts und die sofortige Offenlegung aller Pläne betreffend einer in Hessen geplanten Wiederaufbereitungsanlage.

KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE IN GORLEBEN, HANAU ODER ANDERSWO !!

*Kontakt: Arbeitskreis Atomenergie in der Initiativgruppe Umweltschutz Hanau, c/o Herwig Putsche, Schnurstr. 10
645 Hanau*



ALTERNATIVZEITUNGSTREFFEN:

Der „Nordwind“, Zeitung aus Oldenburg, läßt allen Machern von Alternativzeitungen zum letzten oder vorletzten Mal ausrichten: am 16.–18. November ist das Treffen in Wardenburg/Westerburg bei Oldenburg, im Dorflerkrug, Hundloher Str. 313, Tel. 04407 / 312.

ID-BIBLIOGRAPHIE

bye bye kleines Glück!

Stroemfeld/Roter Stern, CH 4006 Basel, Postfach 102, und 6 Frankfurt, Postfach 180 147

*Niederschrift der Lebensgeschichte der Mary Jemison, welche im Alter von knapp fünfzehn Jahren 1758 von Indianern entführt wurde und fortan mit ihnen lebte bis zu ihrem Tod im Jahre 1833 im Seneca-Reservat bei Buffalo, New York. 19.80. Die Geschichte wurde nach Mary Jemisons Worten aufgezeichnet und ist ein Dokument indianischen Lebens und ihrer Haltung u.a. auch während der Revolutionskriege.

*Entwürfe zur Poetik. Friedrich Hölderlins Werk, historisch-kritische „Frankfurter Ausgabe“. 94 Handschriftenfaksimiles, kart. 78.00, Leinen 116.00.

*Hyperion oder der Eremit in Griechenland. Friedrich Hölderlin, Nachdruck der Originalausgabe. 19.80. F.H.: „O hätt' ich doch nie gehandelt! Um wie manche Hoffnung wär ich reicher - ...“

*Madame X, eine absolute Herrscherin. 22.00. Faksimile des Drehbuchs von Ulrike Ottinger zum gleichnamigen Film samt Kostümen, Masken, Illustrationen.

Edition Nautilus, Hassestr. 22, 205 Hamburg 80.

*Jetzt! Ein subrealistisches Manifest. 16.80. Verfaßt von der Subrealistischen Bewegung für die neueren Feldzüge der kritisch-praktischen Theorie: „bye bye, kleines Glück! Fahr zur Hölle, Gleichlauf! Bombardiert die Vororte des Schlafes, sprengt die City des Traums! Ein Leben ohne Tod, ein Tod ohne Leben!“

5. NATIONALES TREFFEN VON FRAUEN AUS NATURWISSENSCHAFT UND TECHNIK

Vorbemerkung:

Dieser Bericht ist nicht das Ergebnis des Plenums oder einer Arbeitsgruppe. Ich habe mich erst im Anschluß an das Treffen entschlossen, diesen Bericht für den ID zu schreiben, weil ich es wichtig finde, den augenblicklichen Diskussionsstand dieses Kongresses der (zumindest ID-)Öffentlichkeit zu vermitteln. Der Bericht basiert daher vorwiegend auf meinen persönlichen Eindrücken.

Vom 26. - 28. Oktober fand in Stuttgart das 5. bundesweite Treffen von Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Berufen statt. Es kamen, wie schon bei den vorhergehenden Treffen, ca. 250 Frauen aus allen Teilen der Bundesrepublik und sogar aus Holland: Architektinnen, Biologinnen, Chemikerinnen, Physikerinnen, Ingenieurinnen, Ärztinnen, Druckerinnen, Schreinerinnen, Elektrikerinnen, KFZ-Mechanikerinnen, Schlosserinnen, kurz: aus allen möglichen Berufssparten, die traditionellerweise nur den Männern vorbehalten waren. Teilweise sind sie noch in der Ausbildung, teilweise aber auch schon im Beruf.

Aufgrund der Erfahrung der letzten Treffen, auf denen auf der Plenumsdiskussion zu viel Zeit verwendet wurde, auf die Referate der einzelnen Arbeitsgruppen, mit deren Inhalten dann die Teilnehmerinnen aus den anderen Gruppen konkret dann doch nicht so viel anfangen konnten, wurde dieses Mal auf dem Plenum mehr Zeit dafür verwendet, sich selbst und die einzelnen Gruppen vorzustellen. Denn eine wichtige Erfahrung dieser Treffen ist es gewesen, daß es an einem kurzen Wochenende nur begrenzt möglich ist, inhaltliche Diskussionen in Gang zu setzen und fortzuführen, zumal jedes Mal auch eine Menge neuer Frauen dazukommen und viele von den alten wegbleiben. Umso wichtiger aber ist es für viele Frauen, Kontakte zu knüpfen, einen Erfahrungsaustausch zu machen, das Gefühl zu bekommen, daß man (oder besser: frau) nicht alleine ist mit all den Problemen, die ein „Männerberuf“, eine Arbeit oder Ausbildung unter lauter Männern nun mal mit sich bringt.

So gibt es z.B. an einigen Unis Frauengruppen in den „männerbeherrschten“ Fachbereichen, wie z.B. Physik, Chemie, Landwirtschaft oder Bauingenieurwesen. Sie machen Studienberatung für Studienanfängerinnen oder auch Interviews oder Fragebogenaktionen über Studiensituation oder Berufsperspektiven, aber auch Öffentlichkeitsarbeit bzw. Aktionen. Z.B. ist in einer Wandzeitung ein Professor angegriffen worden, der in seiner Vorlesung erklärt hatte, es kämen nie Frauen in seine Veranstaltungen, allerdings mit einer Ausnahme, die man aber nicht zählen könne, da sie so häßlich sei, daß sie es wohl nötig gehabt hätte. Ermutigend sind solche Berichte von Frauen,

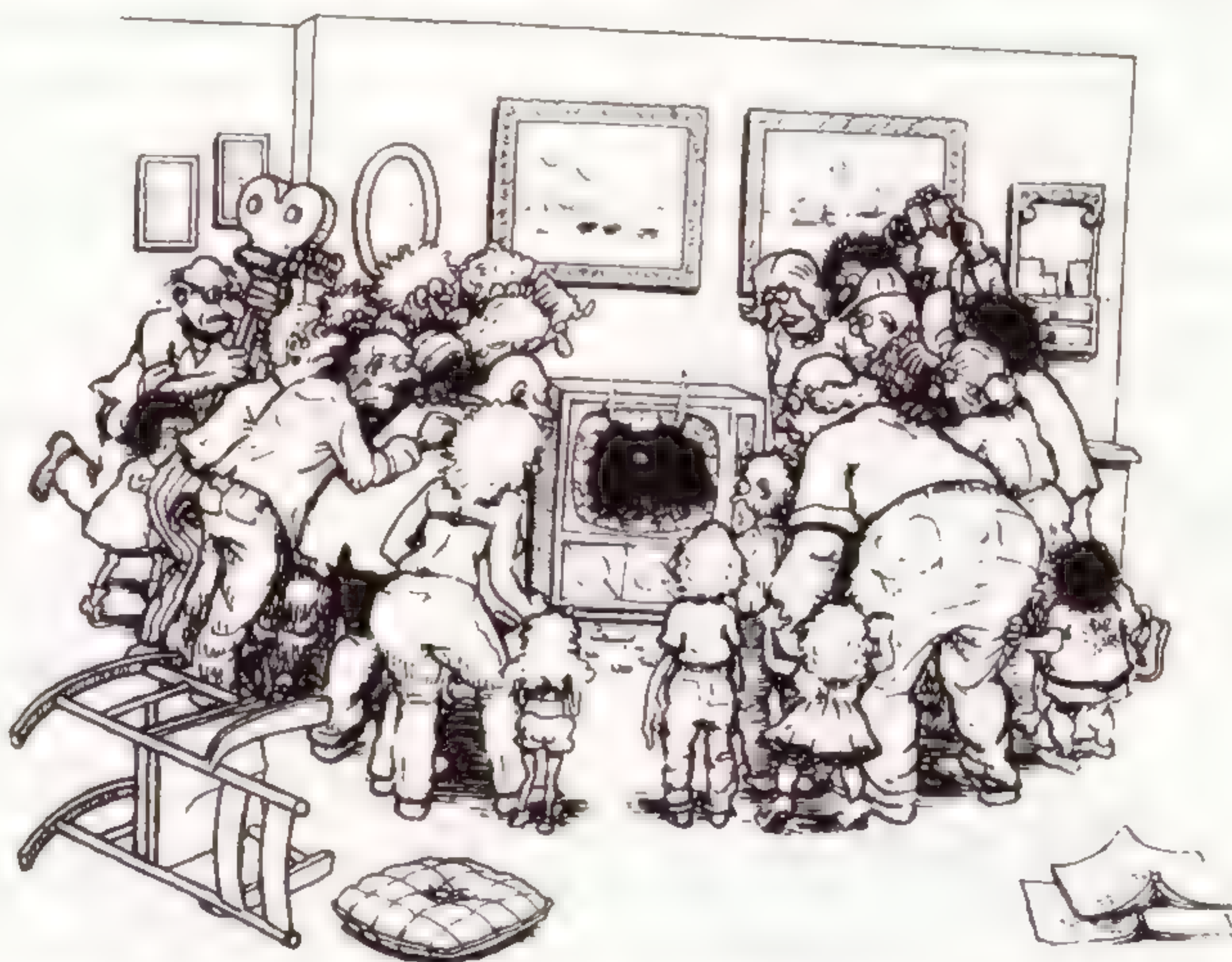
die sich gemeinsam wehren, gerade wenn man Berichte von einzelnen Frauen hört, die das ganze Studium als Horror und Machtkampf erleben, was damit anfängt, daß sie vom Professor gefragt werden, warum sie denn in der Vorlesung sitzen, ob es deswegen ist, weil es draußen so kalt ist, oder ob aus dem Grund, daß der junge Mann neben ihr so gut aussehen; und was damit endet, daß sie nach abgeschlossenem Studium, sei es auch noch so gut, keine Chance haben, in ihrem Beruf zu arbeiten, und sich als Sekretärin und Kaffeekocherin verdingen müssen.

Dann gibt es eine Reihe von Theorie-Gruppen, die sich mit der Funktion von Naturwissenschaft und Technik, mit menschen- bzw. frauenfreundlicher Technologie, mit Theorie und Geschichte, mit Ökologie usw. beschäftigen. Sie diskutieren, woher es kommt, daß der Bereich der Technik heute fast ausschließlich von Männern beherrscht wird, was diese männerbeherrschte Technik zustande gebracht hat, was Frauen dem entgegenzusetzen würden, wie eine frauenfreundliche, eine „sanfte“ Technologie aussehen könnte. Es ist sicherlich kein Zufall, daß

aus Stuttgart. Sie stecken in Diskussionszusammenhängen mit Handwerkerinnen und haben ein Frauencafé und Zentrum aufgebaut, in denen sie handwerkliche Kurse für Frauen machen. Sie überlegen sich, wie Frauen wohnen oder wohnen möchten und versuchen, die mit den Handwerkerinnen entwickelten Ideen praktisch umzusetzen, d.h. zu bauen. Oder es gibt die Frauengruppe aus Holland, die alle in Bauberufen arbeiten. Sie überlegen sich, Frauenbaugenossenschaften zu gründen wie in den 20er Jahren, um Häuser, die menschenfreundlich gebaut, oder vom Abriß bedroht sind, zurückzuerobieren.

Dann gab es Frauen, die eine Lebensmittelkooperative machen wollen, aus der Überlegung heraus, daß bis jetzt die Frauen in allen möglichen Bereichen aktiv geworden sind, nur nicht in so lebensnotwendigen wie der Lebensmittelbeschaffung, und daß es Spaß machen kann, gerade das auch ausschließlich mit Frauen zu machen.

Und dann gab es eine Frau von der „Wechselwirkung“, einer Zeitschrift von Naturwissenschaftlern und Technikern, die gern einen „Frauenstandpunkt“ und



die heutige Technik ihre wesentlichen Impulse von der Rüstungsindustrie bezogen hat und durch sie lebt und weiter vorangetrieben wird. Und es ist eine Tatsache, daß die heutige Technik von Männern bestimmt wird und Frauen der Zugang zu verantwortlichen Positionen in Naturwissenschaft und Technik verwehrt wird. (Ob es allerdings für Frauen erstrebenswert ist, Führungspositionen in solchen Berufen zu bekommen, war heiß umstritten.) Trotzdem oder gerade deswegen ist es wichtig, daß Frauen sich mit Naturwissenschaft und Technik befassen, auch wenn man in der Frauenbewegung einen wissenschaftlichkeitsfeindlichen Trend erkennen kann, denn einerseits bieten diese Wissenschaften die Möglichkeit, Zusammenhänge zu erfassen, Wechselwirkungen zu erkennen, andererseits kann es Spaß machen, sich damit zu beschäftigen, und den Frauen kommt eine besondere Aufgabe zu, menschenfreundliche Technologien zu entwickeln und zu verwirklichen.

Es gibt auch schon Gruppen, die sich mit der Verwirklichung solcher Ideen befassen, z.B. die Architektinnengruppe

eine Strategie zu bestimmten Fragen erarbeiten möchte, um ihn dann auch innerhalb dieser hauptsächlich von Männern bestimmten Zeitschrift durchsetzen zu können.

Schließlich gab es noch die Handwerkerinnengruppe, Frauen, die in gewerblich-technischen Berufen arbeiten, bzw. dort ihre Ausbildung machen. Während es auf dem letzten Treffen mehr um einen Erfahrungsaustausch unter den einzelnen Frauen ging, warum sie in den Beruf gegangen sind, welche Erfahrungen sie mit den Vorurteilen und der Anmache der Männer gemacht haben, was sich durch die Lehre bei ihnen selbst verändert hat etc., ging es jetzt mehr um Berufsperspektiven. Können sich die Frauen noch vorstellen, nach der Lehre jahrelang in einem „normalen“ Betrieb zu arbeiten? Welche Unterschiede gibts da zwischen Handwerks- und Industriebetrieben? Ist es sinnvoll, in der Gewerkschaft zu arbeiten? Welche Erfahrungen gibt es da bereits? Was gibt es für Arbeitsbedingungen, unter denen Männer und Frauen gleichzeitig leiden? Sind Akkordhetze, Schichtarbeit (z.B. im

Druckbereich), 8-Stunden-Tag, Hierarchie im Betrieb so groß, daß man sich so schnell wie möglich dem entziehen und lieber seine Energien darauf verwenden sollte, eine Alternative aufzubauen? Es existieren bereits verschiedene Vorstellungen; was man da machen könnte. Einige wollen einen eigenen Handwerksbetrieb aufmachen, am liebsten auf dem Lande, andere wollen ihre erworbenen Qualifikationen an Frauen und Mädchen weitervermitteln, weil sie bei sich selbst die Erfahrung gemacht haben, daß trotz vieler Schwierigkeiten im Umgang mit Männern das Erlernen von handwerklichen Fähigkeiten und die Kenntnis von technischen Zusammenhängen sich positiv auf das eigene Selbstbewußtsein aufwirkt.

Das Dilemma bei diesem wie bei allen vorhergehenden Treffen ist, daß alle Fragen und Themenbereiche nur andiskutiert werden können. Dazu kommt, daß die Frauen, die bisher auf jedem Treffen dabei waren, ziemlich sauer sind, weil sie wegen der großen Fluktuation jedesmal wieder von vorne anfangen können. Trotzdem werden diese Kongresse von den meisten Frauen als positiv erlebt, weil sie die Möglichkeit bieten, neue Anregungen und Ideen zu bekommen.

Um dem inhaltlichen Dilemma abzuweichen, daß auf allen Treffen bestimmte Fragen immer wieder neu aufgeworfen werden, in Ansätzen immer Standpunkte und Forderungen erarbeitet, aber nie fortgeführt werden, viele Frauen deswegen spätestens auf dem dritten Treffen einen solchen Frust erleben, daß sie nie mehr wiederkommen, wurde am Sonntagmorgen eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich speziell mit dieser Problematik auseinandersetzt. Es wurde die Möglichkeit diskutiert, einen Verein zu gründen, zum einen, um über diesen Verein Gelder zu beziehen, oder die Kongresse z.B. als Weiterbildungsveranstaltung oder Bildungsurlaub für die teilnehmenden Frauen erklären zu können, zum anderen aber, um inhaltlicher und konstruktiver diskutieren zu können, um die einzelnen Kongresse besser vorbereiten und durchführen zu können. Die Möglichkeit einer Dokumentationsstelle wurde angesprochen, wo Erfahrungsberichte, Diplom- oder Examensarbeiten etc. gesammelt werden können.

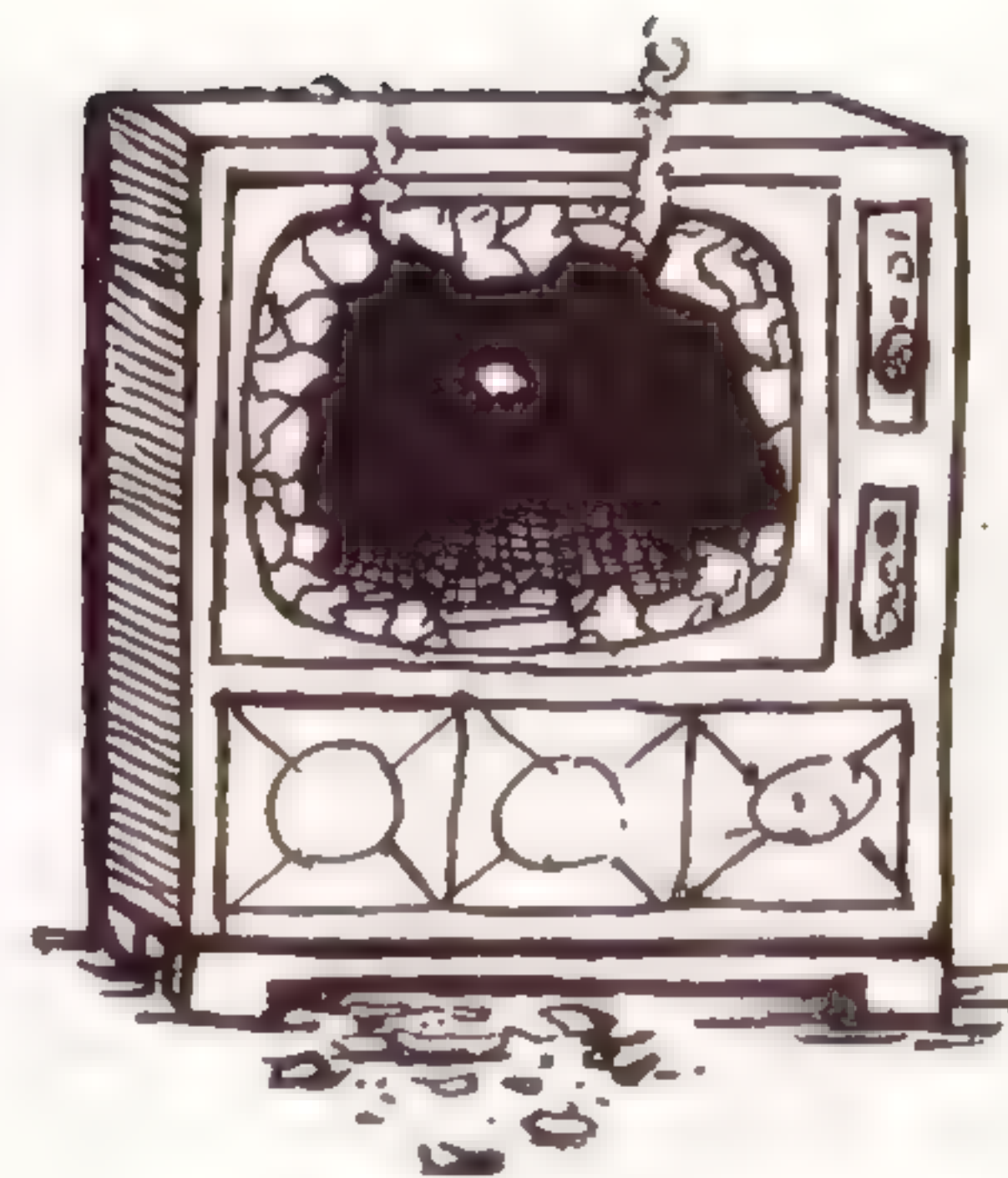
Auch die Möglichkeit einer massiven Öffentlichkeitsarbeit wurde diskutiert, denn auf den bisherigen Treffen wurden, wenn auch manchmal nur ansatzweise, schon eine Menge Positionen, Standpunkte und Forderungen erarbeitet, die auch nach außen getragen werden müssen, damit nicht jede Frau nach dem Treffen doch wieder sich vereinzelt an ihrer Arbeitsstelle oder bei der Stellensuche unterbuttern läßt.

Gegen eine Vereinsgründung zum jetzigen Zeitpunkt spricht allerdings, daß der dann zu wählende Vereinsvorstand sich zu sehr verselbständigen könnte, so daß den nationalen Treffen keine Funktion mehr zukommt. Deshalb einigen wir uns auf eine Gruppe, die diese Problematik noch einmal speziell disku-

tiert, die außerdem die Aufgabe hat, das nächste Treffen stärker inhaltlich vorzubereiten, als es bisher der Fall war.

Zusätzlich zu dieser Gruppe trifft sich vor dem nächsten bundesweiten Kongreß, der übrigens in Darmstadt stattfinden wird, jede einzelne Arbeitsgruppe, die sich in Stuttgart gebildet hat, um konzentrierter und intensiver ihr Thema diskutieren zu können.

Kontakt: Kristiane Thor, Weberstr. 20, 6 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 59 15 61



Vorsicht!

Hochspannung

LEHRERWARNSTREIK

FRANKFURT
5.11.79

Alle gewerkschaftlich organisierten Lehrer in Hessen legen am 13.11. zwei Stunden ihre Arbeit nieder, um ihrer

Forderung nach Durchsetzung der 40 Stunden-Woche gegenüber der Hessischen Landesregierung Nachdruck zu verleihen.

Kollegen in Hamburg und Niedersachsen bereiten zum gleichen Zeitpunkt Kampfmaßnahmen vor.

U.a. fordern sie:

- für alle Lehrer eine Stunde weniger;
- kein Lehrer über 25 Unterrichtsstunden.

Die anschließende Kundgebung des Bezirkslehrerverbandes der GEW findet statt am:

Dienstag, 13.11.79, um 12 Uhr im DGB-Haus, Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 65 - 67.

Bei Preiskorrekturen verlängert sich der Bezugszeitraum entsprechend.

**Das Geld habe ich überwiesen auf das Postscheckkonto 525228 – 602 (BLZ 500 100 60)
Postscheckamt Frankfurt/Main**

Name	
Straße	
Wohnort	
Unterschrift	
Bitte angeben:	
<input type="checkbox"/> Neuabo	<input type="checkbox"/> Patenschaftsabo für Gefangene
<input type="checkbox"/> Abo-Verlängerung	<input type="checkbox"/> Geschenkabo

Frankfurter Informationsdienst e. V.

Hamburger Allee 45

Postfach 90 03 43

6000 Frankfurt/Main 90

Tel. 0611/704352



Achtung liebe Abonnenten!

Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten ...

KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

GIBT ES NACH OFFENBACH NOCH DEN TRAUM VON EINER NEUEN BEWEGUNG? ?

Frankfurt 5. November Am 3. und 4. November fand in der Offenbacher Stadthalle ein Kongress zur Frage einer grünen/bunten/alternativen Wahlbeteiligung statt. Organisiert hatten ihn die Europa-Grünen. Am Samstag tagten sie allein, die Bunten/Alternativen trafen sich in der Technischen Hochschule in Darmstadt und am Abend in der 'Fabrik' in Offenbach. Am Sonntag sollte es eine gemeinsame Aussprache geben. Nach den verschiedenen Darstellungen über Verlauf und Beschlüsse hier ein Kommentar eines GLH'lers (Grüne Liste Hessen), der auch beim ID mitarbeitet.

Offenbach, seit Monaten als zentraler Einigungstermin angekündigt, brachte außer der Festlegung des 3./4. Januars als Parteigründungstermin zwar keine definitiven Entscheidungen, aber unter dem Strich blieb trotzdem viel übrig.

Es wurde gezeigt, daß die Europa-Grünen die erste Geige spielen und die Bunten und Alternativen Listen nur die Gäste sind, die sich zu einer bestehenden Sache äußern müssen. Statt nach dem grünen Klausur-Samstag am Sonntagmorgen mit dem angekündigten gleichberechtigten Diskussionstreffen zu beginnen, kam der Bescheid, daß die Bunten warten sollten. Dies Ganze wäre ein Europa-Grüner Kongress und man müsse die grüne Sache erst zu Ende bringen. Dann erst, kurz vor Mittag, durften sich auch die Bunten mit Rede- und Stimmrecht beteiligen.

Unter dem Strich blieb übrig: 'Liebe Bunte, tretet ein bei den Europa-Grünen, dann könnt ihr auch mitgestalten. Aber als Nichtmitglieder der Europa-Grünen seid ihr von bindenden Beschlüssen über Satzung und Programmatik der neuen Partei ausgeschlossen.' Darauf haben sich bis jetzt nur wenige Bunte/Linke/Alternative eingelassen, sie wollen wissen, welche

Zielsetzung ihnen bevorsteht. Ob sie da mit einem Blankoscheck in eine Partei eintreten, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse als Forderung hat, die die Frau auf Heim und Herd einschwören will, die die 35-Stundenwoche ablehnt, die zu Berufsverboten, Abtreibung und Kontaktsperregezet keine klaren Aussagen macht. Sie wollen sich nicht in einer im Politikverständnis bürgerlichen Partei als linker Flügel, der inhaltlich nur Minderheitspositionen vertreten kann, einbinden lassen.

Eine grüne/grün-bunte Bundespartei wird im Januar gewählt und es ist ein Paradox, daß sich die Mitglieder der Europa-Grünen allein das Recht zusprechen, über den Kurs dieser in zwei Monaten zu gründenden Partei zu bestimmen. Da wird beabsichtigt, die Inhalte der Europa-Grünen bruchlos in die neue Bundespartei zu überführen. Da tritt dann ein Funktionär der Saar-Grünen auf und sagt: "Ich bin in einer grünen Partei, wenn die bunt werden sollte, trete ich aus!" Aber auch die Europa-Grünen wissen trotz Bremen, daß ohne die Bunten/Alternativen/Linken die 5% schwer zu erreichen sind. Aber es ist ein Unterschied, ob dort linke 'Gurus' linke Politik repräsentieren (!) oder ob das Programm eine sozialistisch-ökologische Perspektive enthält. Es scheint, als ob einzelne Linke sich auf einen erneuten 'Marsch durch die Institutionen' eingelassen haben. In der SPD damals hat es nicht geklappt, bei einer sich jetzt erst konstituierenden neuen Partei scheint das eher möglich. "Erst einmal drin sein, ein Programm, das selbst nur in Spurenelementen sozialistische Positionen enthält, läßt sich ja später (!) mit linken Inhalten ausfüllen." Ob das ohne Identitätsverlust vor sich geht? Warum kommt auf dem Kongress die schärfste Attacke gegen die Linken gerade von Rudi Dutschke? Und das anderthalb Stunden, nachdem die Europa-Grünen gerade noch mit äußerst knapper Mehrheit per Hammelsprung beschlossen hatten, daß eine Doppelmitgliedschaft möglich ist. Warum profiliert er sich als Scharfmacher gegen



die Leute, die u.a. eine stärkere programmatische Ausrichtung auf Arbeiter- und Frauenfragen fordern?

Und es werden immer mehr Linke geködert — in Nordrhein-Westfalen sogar mit dem Versprechen von Posten und Mandaten —, sich ohne inhaltliche Auseinandersetzung auf das Programm der Grünen als Mitglied festzulegen.

Mit dieser Gründung von Kreis- und Landesverbänden von 'Die Grünen' ist das sowieso etwas seltsam. Ein Großteil versteht sich als Unterabteilung der noch zu gründenden(!) Bundespartei und hat schon Aussagen getroffen, Satzung und Programm (wie sie auch ausfallen mögen) zu übernehmen. In der Präambel wird 'Basisdemokratie' als eine der vier Säulen der beabsichtigten Partei herausgestellt. Beim Konstituieren dieser Partei aber werden Satzung und Programm zentralistisch nach unten weitergegeben.

Linke Ohnmacht gegenüber einem Plan, eine Partei zu gründen, die schon in der Präambel (u.a. abgedruckt in der TAZ vom 1. und 2. November) wesentliche Punkte nicht berücksichtigt?

- Zwar wird von der Einbindung in die weltweite ökologische Bewegung gesprochen, Wurzeln in der Arbeiterbewegung aber nicht erwähnt.
- Apokalyptisch wird das ganze Übel der Welt auf die "unendliche industrielle Produktionssteigerung" geschoben, aber vergessen, darauf hinzuweisen, wer mit welchen Interessen (Profit) diese Produktion betreibt.
- Die Frauenfrage wird als eine am Rande stehende Problemstellung behandelt.
- Behinderte fallen bis auf den Aspekt, daß sie "Opfer einer realen Verarmung" seien, völlig unter den Tisch.
- Alles(!) läßt sich auf die Ökologie zurückführen, damit steht diese Präambel hinter der Position der GLH und anderer zurück, "Radikaldemokratie ist das eine Bein, Ökologie das andere Bein, auf dem die Bewegung stehen muß".

Einer inhaltlichen Auseinandersetzung steht auch das Polarisieren auf die Frage 'Unvereinbarkeitsbeschlüsse'(UVB) entgegen. Kann ein 'Grüner' gleichzeitig auch Mitglied im KB, im SB, in der KPD etc. sein? — Hier sind die Linken von vornherein die Verlierer. Eine inhaltliche Abgrenzung ist nicht über Parteizugehörigkeit möglich. Und: je mehr Energie die Linken gegen die UVBs investieren, desto mehr vernachlässigen sie inhaltliche Zielsetzungen. Offenbach zeigte das deutlich. Vielleicht ist das beständige Vorbringen von UVB-Anträgen (ein baden-württembergischer 'Grüner' im Gespräch: "Wenn das heute nicht klappt, machen wir solange, weiter, bis es irgendwann einmal doch die Mehrheit dafür gibt") eben auch nur ein Trick, um eine programmatische Auseinandersetzung zu verhindern.

Und dann die 'Verkehrsformen'. Bahro spricht von einer Bewegung, die "eine ganze Zivilisation retten will" und dann braucht diese Bewegung Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber Sozialisten und Kommunisten und auch noch 22 Geschäftsordnungsanträge plus Gegenanträge und Abstimmung, um den ersten Diskussionsbeitrag am grün-bunten Sonntag zuwege zu bringen. Und dann genehmigen sich Funktionäre monatliche Einkommen von bis zu 5 000.- DM zuzüglich Spesen, Freiflügen und Büro (Das sind dann also 10 000.-Eier im Monat, was? D.Comp.). Da erhöhen sich hauptamtliche Angestellte eines Landesbüros Gehälter im Alleingang von 1 200 auf 1 800 bzw. von 1 200 auf 2 500.-DM. Dagegen anzugehen ist nicht nur aus Gründen der Wahlstrategie notwendig (die bürgerliche Presse greift das schon begierig auf), wo bleibt da der Anspruch von 'anderer' Politik? ?

Wie kann es weitergehen? Die Bunten/Alternativen/Linken müssen sich mit den Grünen zusammensetzen, um noch vor der Januargründung programmatische Fragen zu klären. In Offenbach wurde schon von einem Beratungskongress in Frankfurt Anfang Dezember gesprochen).

Wenn immer mehr Linke sich nach und nach klammheimlich ohne programmatische Zugeständnisse auf eine Mitgliedschaft bei den Grünen einlassen, sind die Bunten bald so geschwächt, daß allen anderen Linken, die grundsätzlich auf den Weg einer Partei gesetzt haben, nichts anderes übrigbleibt, als zu folgen. Dann spielen wir den Part bei den Grünen, den die Jusos bei der SPD übernommen haben. Dabei steht uns die Möglichkeit offen, ohne Sektierertum und Opportunismus grün-rote Politik bei den Grünen zu machen.

Die Grünen müssen einsehen, daß ein generelles Aufgeben der Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht nur aus wahltaktischen Gründen (Erreichen der 5%) notwendig ist. Sonst entsteht im Januar eine neue bürgerliche Partei, die sich irgendwo zwischen SPD und FDP ansiedelt, aber im Unterschied zu diesen ein grünes Mäntelchen umhat.

Dann sind die Träume von einer neuen Bewegung ausgeträumt.



»Frauen im Knast« Nr. 3
 Zeitung von Frauen aus dem Frauenknast Lehrter Str. in Berlin und der Frauenknastgruppe
 Schwerpunkte:
Fixer im Knast
systematisierte Kontrolle
„Wohngruppenvollzug“
Hochsicherheitstrakt
 kostet 2 DM (+ Porto), für Gefangene umsonst und ist zu beziehen über
Frauenknastgruppe
c/o Zeitungskoooperative
Eisenbahnstr. 4
1000 Berlin 36
Pschkto: 41 83 23 - 109 Bln
Krista Schnorrenberg
(oder in Briefmarken)

Ich kann mir absolut nicht vorstellen, was
Soldaten anders anfangen sollten als Krieg.
Einer Johannes



Photo: Soldaten-Delegationen beim internationalen Treffen in Putten (Photo Max Watts)

Putten/Holland, 5. November 1979

Vom 2. bis 5. November haben sich Wehrpflichtige und Vertreter der Organisationen Wehrpflichtiger aus zehn Ländern — Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Bundesrepublik, Holland, Belgien, Frankreich, Schweiz, Italien — und außerdem Beobachter der Exilsoldaten aus Südafrika und Chile — zu einer sehr erfolgreichen viertägigen Konferenz getroffen.

Das außerordentliche an dieser Konferenz war, daß sie wirklich von Soldaten (und einige erst kürzlich von ihrem Dienst befreiten Exsoldaten) durchgeführt worden ist.

Na — um ganz bei der Wahrheit zu bleiben — es war doch ein General dabei. Ein chilenischer, ein Exil-General. Aber der hat nix geführt. Er hat nur eine Grußadresse verlesen. Außerdem hat er — in

den Pausen — Kaffee serviert. Das war das erste Mal in meinem Leben, daß ich gesehen habe, wie Soldaten von einem General Kaffee serviert bekamen. Naja, ein General macht noch keinen Sommer.

Entgegen dem, was mancher Zivilist denkt, stellt sich heraus, daß das größte Problem beim Aufbau einer Soldaten-Internationale nicht — oder zumindest noch nicht — die Militär-Repression ist. Nicht das es sie nicht gibt.

Ein Vertreter der spanischen UDS (Union Democrática de Soldados): „Obwohl ein Teil unserer Akten bei Razzien beschlagnahmt wurde, haben wir schon ausgerechnet, daß von UDS-Mitgliedern bis jetzt insgesamt so rund 800 Jahre abgesessen worden sind.“ Auch bei den französischen Delegierten war niemand, der nicht schon mindestens 60 Tage in Militärgefängnissen verbracht hat. Aber diese Repression wird von den Soldatenorganisationen vorab in Kauf genommen.

Die erste Schwierigkeit, einer internationalen Soldatenbewegung auf die Beine zu helfen, liegt woanders: die Mehrzahl der Leute, die normalerweise ihren Dienst als Soldaten tun, sind eben nicht dieselben, die bis jetzt Organisationen aufbauen. Das wird nämlich von den Herren gemacht, die entweder Offiziere wurden oder aber — wie heutzutage besonders in Deutschland — einfach in der Universität blieben, während ihre weniger gebildeten Genossen, die sich schlecht drücken können, sich im Militär wiederfinden. Wenn man davon ausgeht, daß es die Hardthöhe — den deutschen pentagon — auch noch freut, wenn diese „Verweigerer“ nicht in den Kasernen — und dort aufmüßig — sind, kann man dieses grundsätzliche Problem vielleicht besser verstehen. Es hat seine größte Ausprägung in England und den USA, wo nur „Freiwillige“ Soldaten werden. Mit anderen Worten: Arme Teufel.

Aber ohnehin — nicht nur die Freiwilligen — auch die Mehrzahl der „Eingezogenen“ — sind kaum dick betucht und haben selten in einem Uni-Asta Gelegenheit gehabt, Parlament zu spielen (außer sie waren beim RCDS, doch dann werden sie Offiziere).

Deswegen war schon das schlichte Zusammenkommen in Putten ganz was Außergewöhnliches.

Natürlich sind unter den Vertretern der organisierten Soldaten schon eine hohe Zahl, die mindestens das Abitur gemacht haben. Aber eben nicht nur. Jedenfalls stehen hinter ihnen ein Haufen Leute, deren normale From des Widerstands in der Armee darin besteht, den Feldweibel in einen Spind einzusperren und aus dem dritten Stock zu schmeißen (so in Philipsburg am Rhein vor zwei Jahren) oder eben Leute, die ein bißchen Feuer in der Kaserne legen.

Das zweite Problem ist der enorme Unterschied der Bedingungen, unter denen in den einzelnen Ländern der Militärdienst geleistet wird. Das trifft kaum für die Generäle zu, wohl aber für die einfachen Soldaten. Ein dänischer Gefreiter, bekommt rund 5.000 Kronen (das sind 1.000 Dollar oder über 1.800 Mark), während er seine 8 Monate Wehrdienst absitzt. Jeden Monat! Ein spanischer Gefreiter bekommt 300 Pesos monatlich, das sind 8 Mark. „Gerade genug,

um Schuhcreme zu kaufen!“ (Eine Ungerechtigkeit, die noch stärker gespürt wird, nachdem die Spanier von den Holländern gelernt haben, daß die Soldatengewerkschaft in der niederländischen Armee das Stiefelputzen und Knöpfepolieren erfolgreich eingedämmt hat). Dänemark ist halt viel „reicher“, auch Arbeiter werden dort besser bezahlt als in Spanien. Aber wie erklärt man denn den Militär-Unterschied zwischen der Bundesrepublik und - sagen wir - Holland? Junge Zivilisten leben hier und dort ungefähr gleich „gut“, aber der deutsche W-15 bekommt 200 DM, der holländische 1100 brutto, 750 netto. Der hat halt — schon 13 Jahre — eine Gewerkschaft.

Aber nicht nur das materielle Leben der Soldaten ist ganz verschieden. Auch das Verhältnis der Soldaten zum „Staat“ ist in Norwegen kaum dasselbe wie in Frankreich oder sogar in der BRD.

All dies erschwerte von Anfang an die internationale Zusammenarbeit. Einige Beispiele:

Zum Beispiel wollten die schwedischen Wehrpflichtigen keineswegs für die „Profis“, für die Freiwilligen, sich einsetzen. Der Leiter der schwedischen Wehrpflichtigenarbeitsgemeinschaft.

(VapAG): „Wenn wir die Professionalisierung der Armee bekämpfen, ist es doch Unsinn, daß wir für verbesserte Bedingungen der Profis überhaupt kämpfen.“

Er weigerte sich lange Zeit, mit „Profisoldaten“ irgendwie zusammenzuarbeiten. Das ging absolut gegen den Strich nicht nur der Franzosen und Spanier, sondern auch der Deutschen, die — zum Teil erfolgreich — versuchen, die Zeitsoldaten in ihre Arbeit einzubeziehen.

Oder so der finnische Vertreter: „Wenn die Soldateninternationale sich nicht mit dem Problem des Friedens und der Abrüstung beschäftigen wird, sehen wir Finnen keinen Grund, weiter mitzumachen.“ Dagegen legten sich Spanier und Franzosen quer. Friedensforschung sehen sie nicht als ihr Problem. Gottseidank wurde hier mit sechs zu neun Stimmen beschlossen, daß die Friedensfrage doch ihren Platz in der Soldatenbewegung hat.

Die Belgier fühlten sich schlecht behandelt, weil sie meinten, ihr großer holländischer Bruder habe sie überflügelt und kaltgestellt. Sie wurden zum Teil dadurch beruhigt, daß die nächste Konferenz in Belgien stattfinden wird. Belgien ist damit im leitenden Komitee, zu dem auch Dänemark, Spanien und Holland gehören.

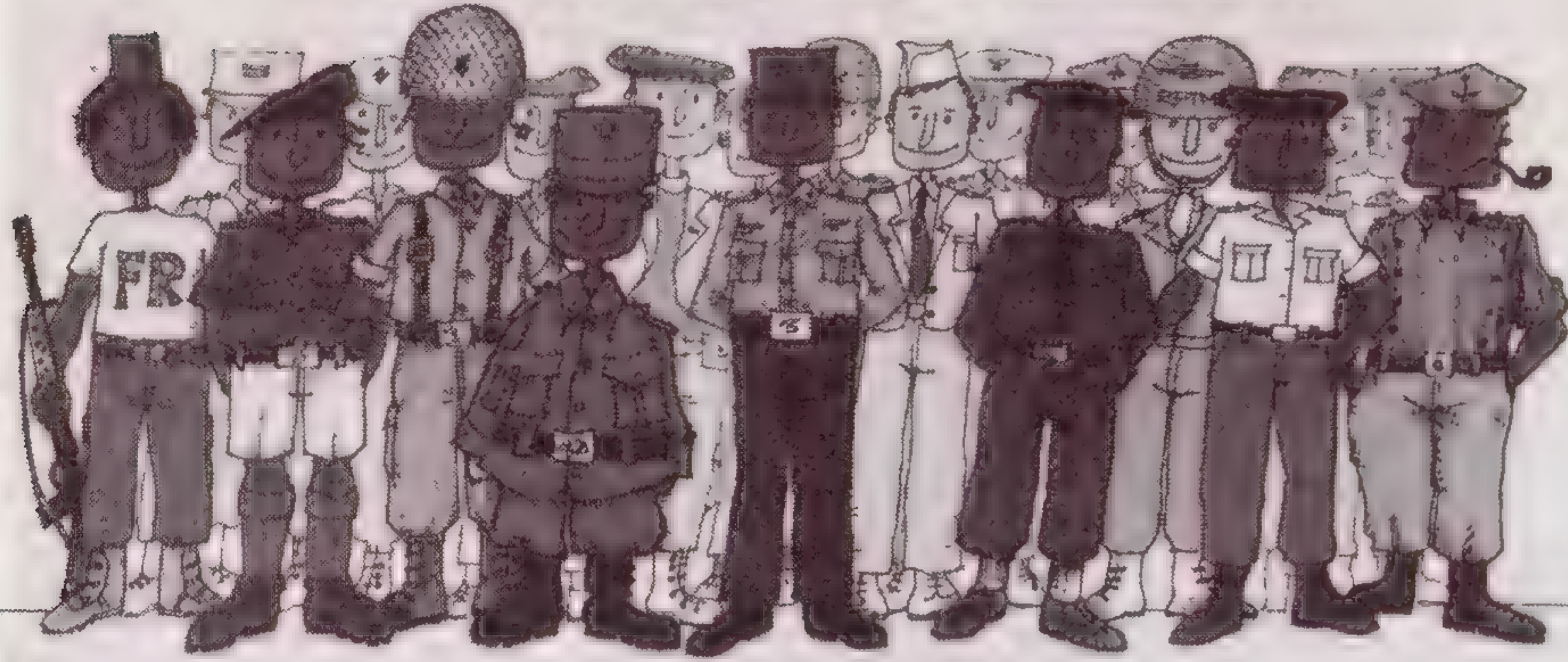
Die Einheitsgewerkschaft

Aber eigentlich drohte die Konferenz schon am Anfang zu platzen, als ein grundsätzlicher Beschluß gefaßt wurde: Alle Länder werden durch eine Stimme



Photo: Amerikanische Soldaten - nicht beim Soldatentreffen -, sondern während ihres Dienstes in der Armee

Los soldados europeos por sus derechos



1^{er} CONGRESO EUROPEO DE SOLDADOS

Unión Democrática de Soldados

pro Land vertreten. Die Delegationen, die jeweils bis zu vier Vertreter haben dürfen, müssen sich auf ihre „Landeshaltung“ einigen. Während dieses Prinzip der Einheitsgewerkschaft für die Skandinavier und die Holländer leicht durchführbar war, trieb es die französischen Soldaten fast zu einer Prügelei. Die Gruppe um ‚Information pour les Droits des Soldats‘ (IDS) hat — vielleicht auch etwas durch die Ungeschicklichkeit ihrer politischen Gegner innerhalb der Soldatenbewegung — es erreicht, die Alleinvertretung der Franzosen bei dieser Konferenz zu haben. Drei andere angereiste Gruppen, darunter auch Soldaten, die z.T. aus den Kasernen 1.000 Kilometer mit großem Risiko geist waren, wurden vor geschlossenen Türen abgeblitzt und waren sehr verbittert, als sie abreisten. Trotzdem versprochen auch diese verbitterten Vertreter der Soldatenkomitees, daß sie versuchen werden, für das nächste Mal mit der IDS eine gemeinsame Delegation zusammenzustellen. Komischerweise waren die Deutschen diesmal weniger zänkisch. Auch sie bildeten keine gemeinsame Delegation. Die unabhängigen linken

Hamburg), zeigten sich sogar erfreut, daß die politisch andersdenkenden Soldaten und Soldatenvertreter von dem DKP-nahe ADS; (Aktionskreis Demokratische Soldaten), die die originnelle deutsche Mannschaft stellten, im letzten Moment angereist kamen. Obwohl die ADSler nicht mehr in die offizielle deutsche „Gastgruppe“ kamen, saßen doch im Saal als freundliche Beobachter. Und arbeiteten auch am Kongreß mit.

Und es gab noch zahlreiche andere Probleme, die stündlich drohten, den Kongreß zu sprengen oder zu spalten. Mehrere Male sah es so aus, als ob die Leute mit leeren Händen nachhause gehen würden. Zum Beispiel: Die holländische Soldatengewerkschaft, die größte und bestorganisierte, die VVD (Vereinigung von dienstpflchtigen Militärs) legte sich grundsätzlich quer. Sie sagte: „Wir sind nicht bereit, zu diesem Zeitpunkt, in eine feste internationale Organisation einzutreten.“ „Wir wollen keine Eurokraten sein, uns ist die Arbeit in der Kaserne am wichtigsten. Wir bauen keine Internationale auf, ohne zu wissen,

warum. Dazu sagen wir Nein danke.“ Dazu die Schweden: „Warum sind wir denn hier?“ „Wenn keine Organisation gegründet werden soll, können wir gleich gehen!“

Auch dieses Problem wurde mit einem Kompromiß gelöst: Es wird noch keine feste Organisation aufgebaut, aber das Steering-Komitee (Koordinations-Ausschuß) nimmt mit voller Unterstützung der holländischen Soldatengewerkschaft die Aufgaben der zukünftigen Internationale wahr und wird auch bis zum kommenden Mai — dem nächsten Treffen — die gemeinsamen Interessen verwalten.

Verdammt zur Einigkeit

Zwistigkeiten gab es genug, aber letzten Endes wollte doch keiner die Spaltung. Alle waren sich darüber einig, daß die Soldaten Bürgerrechte haben müssen, die politischen Rechte: Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, gewerkschaftliche Freiheit, und auch daß ihre ökonomischen Interessen mit denen gleichaltriger ziviler Mitbürger gleichgestellt werden müssen.

Aber auch hier Probleme Zum Beispiel waren die Norweger absolut dagegen, das Prinzip, das in der Organisation bindend sein soll: Wehrpflichtige Soldaten müssen ihren Dienst nahe des Heimortes antreten. Dies, sagten die Norweger, würde einen schweren Schlag gegen die Verteidigungsbereitschaft Norwegens bedeuten: „Unsere Bevölkerung lebt im Süden, aber unsere Kasernen sind oft im fernen Norden, vielleicht 2.000 km entfernt. Die große Zahl unserer Mitglieder wäre nicht bereit, sich so entscheiden gegen den norwegischen Generalstab zu stellen.“ Dagegen sehen die französischen IDS-Vertreter die absolute Notwendigkeit, für die heimatnahe Stationierung zu kämpfen. Die französische Armee schickt nämlich ihre Soldaten immer weit weg von ihrem Heimatort — jedenfalls seit 1907, als das 17. Infanterie-Regiment im südlichen Frankreich — dessen Soldaten aus dieser Gegend stammten — sich weigerte, auf revoltierende Winzer zu schießen und sich der Revolte anschloß. Ähnlich ist es in Spanien, wo Soldaten ihren Dienst

immer heimatfern antreten müssen.

Aber auch hier ein Kompromiß: Im Prinzip sollen Soldaten (Wehrpflichtige) ihren Dienst heimatnah tun. Falls sie doch weggeschickt werden, müssen sie dafür finanziell genügend entschädigt werden.

Nicht revolutionär?

Man kann ja sehen: die Beschlüsse sind theoretisch nicht besonders revolutionär. Aber wie wirken sie sich in der Praxis dieser Konferenz aus?

Die Teilnehmer einigten sich — auch wenn zum (einen) Teil zähneknirschend —, daß die Soldaten-Charta, die hier doch zustandekam, keine revolutionären Gesellschaftsveränderungen beinhaltet, sondern nur das ausdehnt und fordert, was die gleichaltrigen Zivilisten (in der Theorie) längst erworben haben.

Sie wollen NUR Bürgerrechte für Soldaten. Daß dies in der Mehrzahl der Länder der Welt eine revolutionäre Änderung bedeuten würde, nimmt man ganz stillschweigend hin.

Daß eine Gewerkschaft, die den Soldaten die Möglichkeit gibt, sich zu treffen, ihre Probleme offen auszusprechen, sich zu organisieren, es unmöglich machen würde, Soldaten nach Vietnam zu schicken, ist schon dem Pentagon klar gewesen. Das hat dazu geführt, daß „Menschenrechtler“ Ednuss-Carter auch der konservativste ÖTV-ähnliche amerikanische Gewerkschaft AFGE verbot, sich weiterhin im Militär zu betätigen. Das wurde — seit 1978 — mit Höchststrafen bis zu fünf Jahren Gefängnis bedroht. In Deutschland scheint es den staatstragenden Parteien und Institutionen klar zu sein, daß man den deutschen Wehrpflichtigen Bürgerrechte verweigern muß. Sonst wäre die Aufgabe der Bundeswehr, die ja auch den inneren Frieden nicht nur in Brokdorf, sondern auch in Namibia und im Kongo vielleicht morgen schützen muß, erheblich erschweren.

Copyright Mx Watts/ID

Nationales Frauenfest

Am 17./18. November treffen sich Frauen in Nürnberg zu einem nationalen Fest. Kontakt über die Komm-Zeitung, Königsstr. 93, 85 Nürnberg, Tel. 0911/22 36 47.

NEUE MITTELSTRECKENRAKETEN „BEDEUTEN ZUNEHMENDE KRIEGSGEFAHR FÜR EUROPA

Vlotho, 7. November 1979

In Vlotho hat sich eine Abrüstungs-Initiative gegründet. Die Initiativler wollen versuchen, die Regierung zu veranlassen, auf Breschnews Abrüstungsvorschläge ernsthafter einzugehen, als es nach den bisherigen Äußerungen beabsichtigt ist. Wie 1952, als Stalins Vorschlag eines entmilitarisierten, neutralen Gesamtdeutschlands von der Adenauer-Regierung mit ähnlichen Argumenten abgeschmettert wurde, soll der sowjetische Abrüstungsvorschlag auch heute wieder als besonders infamer politischer Trick abgetan werden. Vielleichts ist ers ja. Aber aus unseren Erfahrungen wissen wir auch, daß die politischen Trickser nicht ganz so einseitig verteilt sind.

Bisher haben wir uns, auch hier im ID, immer mit Grausen von solcher Art „großer Politik“ abgewandt. Aber vielleicht gibt es eine Möglichkeit, damit umzugehen, die nicht selbst gleich wieder zum „Große-Politik-machen“ verführt.

Was die Initiativler aus Vlotho zu ihrem Vorschlag sagen, sind sicher nicht die einzig möglichen Überlegungen dazu.

Leonid Breschnew hat, wie man sich erinnern wird, am 6. Oktober 1970 in Ost-Berlin eine Rede gehalten, in welcher er dem Westen folgendes Abrüstungsangebot machte: Die UdSSR will im Rahmen von SALT III ihre Übermacht im Bereich der Mittelstreckenraketen abbauen, falls die NATO die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa unterläßt. Als bedingungslose Vorleistung bot Breschnew den Abzug von 20.000 Sowjet-Soldaten und 1.000 Panzern aus der DDR an.

Die Nato und die angeschlossenen Staaten, vor allem die BRD und die USA, haben darauf sehr unangemessen reagiert, selbst der SPIEGEL sprach in einer Schlagzeile von einem geschickten Schachzug des Ostens. Der Tenor derer, die in unserem Staate das Sagen haben, lautete: Zuerst müssen die Mittelstreckenraketen her, danach können wir mit dem Osten über eine Begrenzung sprechen. Ein solches Vorgehen hat natürlich nichts mehr mit Abrüstung zu tun.

Immerhin stehen wir vor der historisch einmaligen Situation, daß unser potentieller „Feind“, der uns doch nur durch seine aggressive Rüstungspolitik in die Aufrüstung trieb, ein Angebot hinlegt und dabei noch — ohne Bedingungen — einen ersten Schritt tut. Wir sollten das nicht überbewerten; die militärische Position der Sowjetunion wird durch den Abzug der Panzer und Soldaten sicherlich nicht geschwächt — vom Westen aber könnte man erwarten, daß er wenigstens in der gleichen Form (Abzug von 20.000 GI's und 1.000 amerikanischen Panzern aus der BRD) antwortet.

Natürlich — genau können wir nicht wissen, was Breschnew mit seinem Angebot bezweckt und ob es ihm tatsächlich ernst ist. Aber man könnte doch wenigstens verhandeln und dann während der Verhandlung entscheiden, ob die Vorschläge des Ostens so indiskutabel sind, und man könnte dann immer noch die Mittelstreckenraketen hier stationieren (obgleich wir auch dann dagegen wären!). Der Westen würde, wenn er auf diese Verhandlungen einging, sich keinen Nachteil verschaffen.

Die Stationierung dieser von der NATO geplanten Atomwaffen in der BRD und anderen westeuropäischen Staaten hat auch noch eine andere Dimension: Zum ersten Male ist die Sowjetunion von Europa aus mit Atomwaffen zu erreichen. Das bedeutet aber, daß ein Atomkrieg West gegen Ost oder Ost gegen West von westlicher Seite auf Europa beschränkt bleiben kann, gleichzeitig verringert sich die lokale Kriegsgefahr für das Land USA. Einem Krieg im Ausland aber kann man immer etwas ruhiger gegenüberstehen als im eigenen Land, weshalb ein Krieg (Ost-)Europa gegen (West-)Europa den USA (ketzerische Worte!) auch nicht so viel ausmachen

würde. (Außerdem hätte die Wirtschaft (Wiederaufbau!) neue Expansionsmöglichkeiten.)

Trotz Spekulation bleiben genug Gründe gegen die neuen Mittelstreckenraketen. Wir haben deshalb eine bundesweite Unterschriftenaktion gestartet, um ein wenig Druck „von unten“ auf Helmut Schmidt auszuüben. Das alles muß jetzt sehr schnell gehen, denn bereits am 8./9. Dezember werden die Beschlüsse hierzu in Brüssel gefaßt werden.

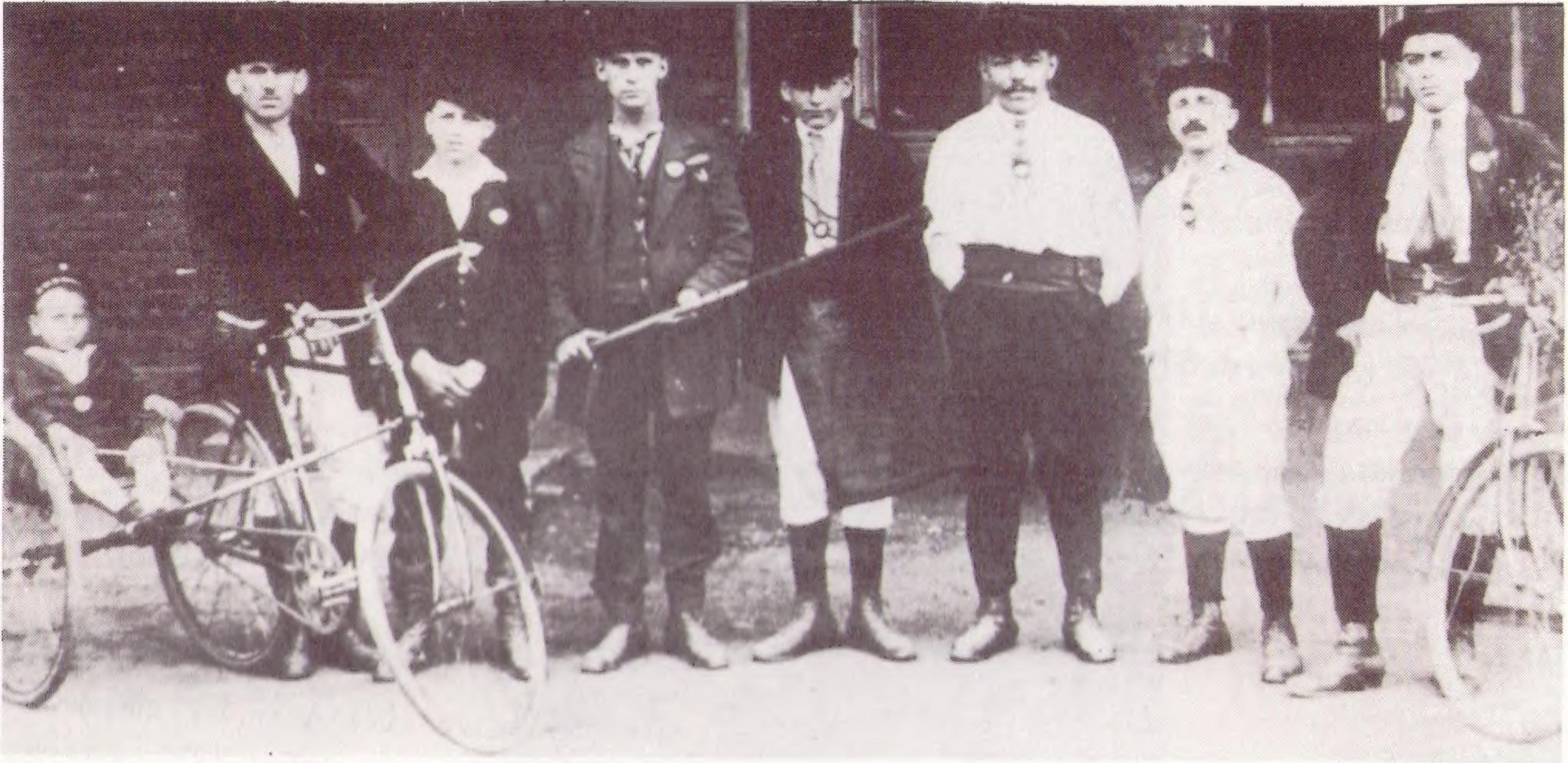
Bitte beteiligt auch Ihr Euch an dieser Aktion! Wenn Ihr unser Flugblatt oder unsere Unterschriftenliste haben wollt, wendet Euch bitte an

Abrüstungs-Initiative Vlotho, Michael Niewind, Bretthorststr. 204, 4973 Vlotho!



Ab rüstungskampagne der frühen 60er Jahre. Parolen, die zu dem Zeichen der Kampagne gehörten, waren: „Ban the bomb“, und „Make love, not war.“





Türkischem Arbeiter droht „Doppelbestrafung“

Nach drei Jahren Haft wegen Streit um Streik Ankündigung der Ausweisung „für dauernd“

was Ihr hier auf türkisch seht, habt Ihr im letzten ID (Nr. 203 vom 3. November, S. 4) auf deutsch lesen können: Hasan Törezen droht die zweite Ausweisung in diesem Jahr, nachdem er 1976 wegen versuchten Totschlags nach einer Streikauseinandersetzung für drei Jahre in die Knäste von Darmstadt und Butzbach kam. **BITTE GEBT DEN TÜRKISCHEN TEXT WEITER!** Die Kontaktadresse der Initiative gegen Abschiebung, von der wir den Text haben, ist der Rechtsanwalt vom Hasan **HELMUT BRUNN**, SANDWEG 9, 6000 FRANKFURT 1, Tel. 0611/ 49 03 92

Türk işçisi çift cezaya karşıtlıma
tehlikesinde

Grev ve kavgadan dolayı 3 sene
hapis cezasından sonra her zaman için
dönmemek üzere çıkarma kararı.

Frankfurt am Main 30 Oktober 1979

Frankfurter rundschau:

Redaksiyon üyemiz Wolf Günter Brüggemann
dan.

Alman yabancı kanununa göre Türk
işçisi H. Törezen aynı suç için ikinci defa
cezalandırılma tehlikesi içerisinde.

Sebebi bir Alman mahkemesinin önce-
den aldığı karara göre onun tekrar yurt dışına
çıkarılmasıdır. Bu demektir ki onun ailesinden
ve çocuğundan ayrılmasıdır.

1949 doğumlu H. Törezen 1972 senesi-
den beri Almanya'da yaşamaktadır. O
Taunussteindeki Z/er Tekstil fabrikasında
da işçi idi. Sendika tarafından organize
edilmiş 1975'deki grevde işçi ücretlerinin
değiştirilmesindeki bu grevde H. Törezen
grev sözcüsü idi. Grevden sonra onun
Türk Arkadaşları tarafından hakarete
uğraması ve kızdırılması grev karşı olan
Arkadaşlarından birisinin üzerine atılır.

~~Ederek~~ yaralamıştı. O kendisini
öste vererek polise teslim etmiş ve 4,5 sene-
ye mahkûm olmuştur. 1979 yılında ceza süresi-
nin 3te 2sini bitirdikten sonra serbest bırakı-
lan, fakat ailesi ve avukatı ile görüştürül-
meden Butzbach polisi tarafından Frankfurt
hava alanına getirilerek H. Törezen yurt
dışına çıkarılmıştır. Kısa bir süre sonra bu
yurt dışına çıkarılmanın kanuna uygun olmadığı
1976 subatında Rheingau-Taunus-Kreis yurt
dışına çıkarılma talebinin savcılık tarafınca
yapıldığını fakat bu suçun sadece Almanya
içerisine ilgilendirildiğini ve böyle bir
çıkarılmanın yapılmayacağını bildiren
kararı Friedberg den Butzbach'a yollanan
dosyada görülmediği bunun benim dosyamda
bir fotokopisi olduğunu öğrenen H. Törezen
1978 yazında tekrar Almanya'ya dönmüştü
ve böylece O yeni bir olurma iznini ailesiyle
birlikte olabilmesi için Annesinin bulundu-
ğu Frankenthal polisinden talep etmişti.
Frankenthal polisi 24 Oktober 1979'da
onun avukatına yabancılar kanununun
10cu maddesi gereğince dönmek şartı
ile yurt dışına sürüldüğünü ileri
sürmüştür.

10 cu paragraf ise:

"Almanya'da suça teşebbüs eden her yabancı yurt dışı edilebilir."

- H. Töreene Cuma gününe kadar zaman tanınmıştır. Herhangi bir teşebbüs için, ümit ederki Alman polisi kararını geri almasını, Eğer almasa Alman arkadai
- ları onun için sığınma yetkisi talebinde bulunacaklardır. Çünkü onun politik şekilde izlendiği tehlikesidir.

TÖREYEN'in İkinci defa yurt dışına çıkarılma kararı.

Frankenthal / FRANKFURT 31 Oktober

Frankenthal polisinin ikinci defa yurt dışına çıkarılmasına karar aldığı Türk işçisi

H. Töreene'in 1976 senesinde sendika yönetiminde -ki grevde, greve karşı olan bir Türk arkadaşı yüzünden 3 sene hapis yatmıştır (S ID 215) 1979 senesinde sebep gösterilmeden yurt dışı edilmiştir.

H. TÖREYEN Aile efradının Almanya'da Olmasından ve Memleketindeki çarpık düzenin verdiği zorluklardan dolayı 1979 senesinin yaz ayında tekrar Almanya'ya dönmek zorunda kalmıştır. Alman polisi onun, ~~Alman polisi~~ ~~Adan~~ öldürmeğe teşebbüsten dolayı 1976 senesinde 3 sene mahkûm edilmiştir diyerek, Mahkûmluk süresi sonunda Türki-ye'ye gönderildiğini öne süren pfälzer polisi tekrar yurt dışına çıkarılma kararı alınmıştır.

Çıkarılma kararına karşı olan yazar ve gazeteci Jürgen Roth ve Jakob Moneta yurt dışına çıkarılma kararına karşı talepte bulunmuşlardır. Töreene'nin ceza kararını alan mahkeme 1976'daki L'es grevindeki huzur-suzluğun suça işiyle bir ilişkisi olmadığını sendikamızda bunu anlatıldığını söylemiştir.

L'es işçilerinin grevi sadece Taunussteinde değil, onun tutuklu bulunduğu Darmstadt da da Eleştiri grevine girişmiştir. Gösteriyor ki savunmasında Töreene serbest konuma talebine rağmen Alman kanunlarına göre sert bir şekilde cezalandırılmıştır. Onun yurt dışına çıkarılmasından sonra bu ikinci çıkarma kararı aynı olaydan dolayı 3ü defa cezaya karşılanması demektir.

Örneğin Heinz Kühn Alman hükümetine yaptığı talepte şu sözlerle belirttiği gibi yabancıların arasına sıkı bir bağın bulunduğundaki; Töreene'nin 5 seneden beri burada yaşadığı halde Ailesinden ayrı kalmasına karar verilmektedir.

Bu örnek sadece H. Töreene değil Alman ceza evlerinde bulunan yüzlerce yabancı uyruklu mahkûmunda aynı tehlike içerisinde bulunmasıdır.

İletişim Adresi:
Avukat Helmut Brunn
Sandweg 9 6000 Frankfurt.
Tel: 0611/490392.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Trotzki wird 100 Jahre alt!

Die „Neue Arbeiterpresse“ feiert am 18. November in Frankfurt Leo Trotzki 100. Geburtstag. Alle sind herzlich eingeladen! Und zwar im Haus Dornbusch, Eschersheimer Landstr. 248, Beginn 15 Uhr. Sprechen werden etliche offizielle Verwalter des Erbes von Trotzki. Außerdem wird ein spannender Film gezeigt: „Vom Zar zu Lenin.“

90 Minuten Original-Filmmaterial über die Ereignisse der russischen Revolution 1917, gedreht von Kamerateams aus aller Welt. Kommentar von Max Eastman. Wurde bei der Uraufführung 1937 in den USA als „größter Dokumentarfilm unserer Zeit“ bezeichnet. Beginnt mit Szenen aus dem Privatleben des Zaren Nikolaus, die aus dessen Privatbesitz stammen. Weiter enthält er wichtige Ereignisse vom Sturz des Zaren bis zur Oktoberrevolution und zum darauf folgenden Bürgerkrieg, z.B. die Massendemonstration während der Februar-Revolution in Petersburg, die Rückkehr Lenins nach Rußland, die Ankunft Trotzki in Petersburg, der Kreml nach der Machtübernahme usw.

Als kurz nach der Uraufführung die Vernichtung des Filmes durch die stalinistische Geheimpolizei GPU angedroht wurde, zog ihn Axelbank aus der Öffentlichkeit zurück. Auch während der McCarthy-Zeit und staatlichen Repression blieb er in Axelbanks Privatarchiv.

Erst Jahrzehnte später, kurz vor seinem Tod, überließ er den Film den Vanessa Redgrave Productions und dem Internationalen Komitee.

Kontakt: 0611/73 66 14

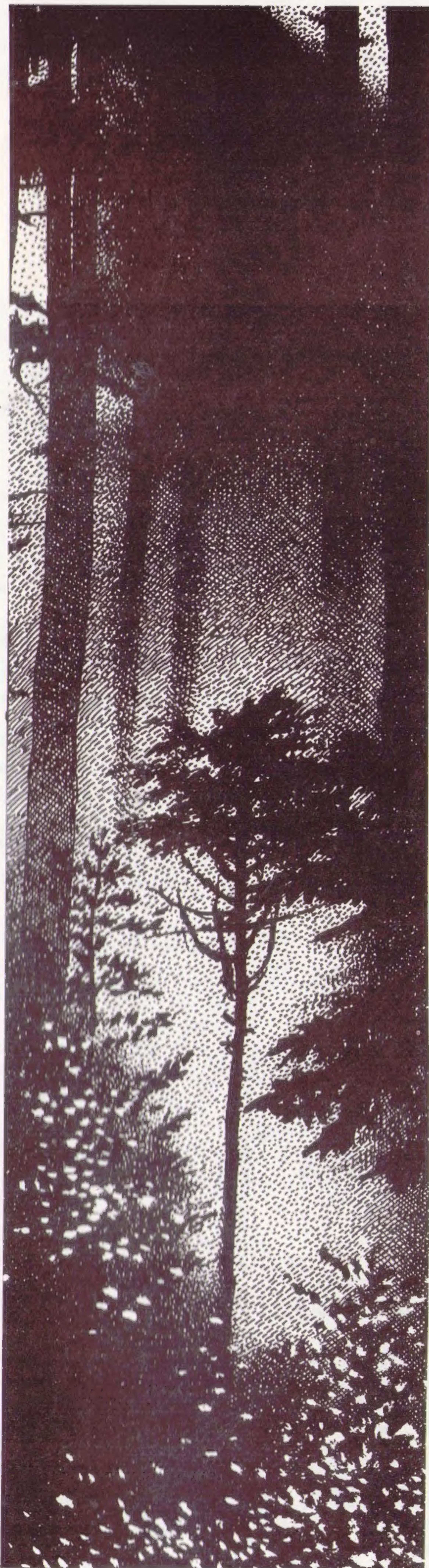
Das alternative Adreßbuch 1989

Bereits im fünften Jahr gibt es das alternative Adreßbuch. Es ist inzwischen ein wichtiges Hilfsmittel zur Vernetzung der Alternativen geworden.

Wenn ihr reinkommen wollt, schickt uns **schnell** eine Darstellung eurer Aktivitäten (80 - 90 Wörter, mit Schreibmaschine, bitte!). Das Buch erscheint am 1. April 1980 mit 10.000 Exemplaren in zwei oder drei Sprachen.

Redaktionsschluß: 2. Januar 1980. Mit dem Adreßbuch wird kein Profit gemacht. Die Anzeigen sind kostenlos!

Kontakt: Arbeitskreis alternatives Adreßbuch, Obergasse 30, 6501 Ober-Olm.



Ermittlung gegen Geldspender

Bernhard Grimm aus Ellwangen hatte die Artikel über Borvin Wulf im ID 266 und 268 gelesen. Daraufhin hat er für die Familie von Borvin Wulf 200 Mark auf ein Solidaritätskonto überwiesen. Jetzt läuft deshalb gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen „Verdachts der Vereitelung einer Strafverfolgung“. Er sucht Leute, denen ähnliches widerfahren ist und außerdem einen Rechtsanwalt – möglichst im Raum Stuttgart.

Kontakt: Gerhard Grimm, Dalkinger Str. 22, Ellwangen/Jagst.

Mordanklage gegen

Astrid Proll geplatzt

Schneller als erwartet lösten sich am heutigen Verhandlungstag (7.11.) alle Vorwürfe gegen Astrid Proll in Luft auf. Die vorsitzende Richterin am Frankfurter Gericht, Diercks, kündigte eine wichtige Mitteilung des Bundesinnenministerium (einen Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz in Köln) an, der bisher zurückgehalten worden war.

Es handelt sich um das Protokoll einer Anhörung von zwei Verfassungsschützern, die am 10. Februar 1971 als „stille Beobachter“ an der Festnahme von Astrid Proll beteiligt waren. Beide V-Männer stimmen in ihren Berichten darin überein, daß Astrid Proll weder eine Waffe in der Hand hielt, noch einen Schuß abgab. Insbesondere nicht auf den Beamten Simons geschossen hat. Von der angeblichen Westend-Schießerei in Frankfurt haben sie erst durch mündliche Mitteilung des Beamten Grünhagen im Polizeipräsidium gehört.

Nachdem nunmehr Falschaussagen endlich - nach acht Jahren - entlarvt worden sind, wird der Prozeß zur Farce, der Astrid Proll immerhin viereinhalb Jahre Knast und Isolationshaft und eine Flucht ins Ausland bescherte.

Nächste Termine: 15.11. 79, als Zeuge war Kronzeuge Ruhland vorgesehen.

Nr. 307
Bitte bis spätestens
8. Dezember remittieren.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos

bez. bis ID Nr.

Exempl.

EIGENTUMSVORBEHALT:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zurhabnahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.

Redaktionsschluß: Mittwoch 16 Uhr

INHALT:

Leserbriefe	1-4	Gegen Urananreicherungsanlage in G.	25
Das Ende von Jacques Mesrine	7	Wiederaufbereitung in Hanau-Wolfgang	26
Verfahren wegen versuchten Mordes an Rolf Heißler eingestellt	9	Ide Bibliographie	27
Offener Brief zum Tode Mohammed Jussuf	10	V. Nationales Treffen Von Frauen Aus Naturwissenschaft Und Technik	28
Die Chancen produktiv zu leben sind gleich Null	10	Lehrerwarnstreik !	29
Komm aufs Glücksrad !	12	Offenbach, Traum, Bewegung?	30
Ein Besuch bei Angelika Speitel	14	Internationales Soldatentreffen in Holland	32
Arbeitskreis Päderastie	16	Neue Mittelstreckenraketen	35
Die Nackten und die Roten	17	Türkischem Arbeiter droht Doppelstrafe	36
Totalverweigerer Jetter	18	Töreyen' in İkinci defa vurt disinia Gikarilma karari !!	36
Pojektarbeit einer Theatergruppe	19	Trotzki wird 100 Jahre alt, Stalin workte gelassen	38
“Mir sind noch richtige Idealisten“	20	Mordanklage gegen Astrid Proll geplatzt !	38
Rassentrennung	24	Inhaltsverzeichnis	39

ENFORMASYON BÜROSU
ORTAYA ÇIKARILMAYAN HABERLER.

EB